

Tagebuch 1965

Streit mit der CDU. Nahost-Politik und Hallstein-Doktrin

Samstag, den 2. Januar 1965

Das neue Jahr hat mit einer sechsstündigen Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes begonnen. Man diskutierte, was in Stuttgart auf dem Forum zu erwarten und zu sagen sei. Mende erwartet nach dem Flach-Artikel heikle Fragen, besonders zu den Koalitionsabsichten der FDP. Die Vorstandsdebatte zeigte allerdings, daß die Ansichten darüber noch relativ weit auseinandergehen. Während sich z.B. Weyer dagegen wandte, „auch nur gedanklich“ eine Verbindung mit der SPD ins Auge zu fassen, wehrte sich Zoglmann gegen solche „Festlegungen“, äußerte Logemann Bedenken, allein die CDU als Koalitionspartner in Erwägung zu ziehen, forderten Borm und Hoppe, die Tür zu den Sozialdemokraten zumindest offen zu lassen. Einige sprachen sich dafür aus, daß die FDP in die Opposition geht. Mende hielt eine mittlere Linie: Keine Absage an die SPD, aber deutlich machen, daß wir die jetzige Koalition fortführen wollen, wenn der Wähler sie bestätigt.

Im Verlaufe der Debatte zeichnete M. ein düsteres Bild der Deutschlandpolitik zu Beginn des Wahljahres: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sei bei den Alliierten längst „res judicata“. Durch das Nein der USA zu neuen Deutschlandinitiativen des Westens (Rusk) komme die FDP „in eine beschissene Lage.“ Auf diese Bemerkungen gingen jedoch die anderen Vorstandsmitglieder nicht ein: sie interessiert augenblicklich wohl nur das Koalitionsthema.

Mittwoch, den 6. Januar 1965

Auf der Fraktionsvorstandssitzung in Stuttgart kam es am Dienstag zu einer längeren Debatte über die Vertretung Kühlmanns, der wegen einer Erkrankung noch bis April ausfallen wird. Scheel favorisierte seinen Freund Zoglmann, Mende plädierte für ein Führungsgespann Mischnick-Zoglmann, Mischnick, der nach den Vorstellungen Scheels den Posten eines Wahlkampfleiters bekleiden sollte, hatte sich geweigert, diese Aufgabe zu übernehmen. Da Zoglmann seinerseits ablehnte, die Fraktion bis zur Rückkehr von Kühlmanns zu führen, wird Mischnick nun den Laden übernehmen müssen. Eine gute Lösung, scheint mir. Nicht weniger erfreulich, daß der Vorstand Achenbach durch Krümmer im Außenpolitischen Ausschuß ablösen will, nachdem A. sich in der letzten Ausschußsitzung gegen eine Viermächte-Deutschland-Konferenz und für eine Friedenskon-

ferenz ausgesprochen hat. Nur dürfte Achenbach freiwillig seinen Platz nicht räumen wollen, so daß man daran denkt, Kühlmann um Freigabe seines Sitzes für Krümmner zu bitten.

Bei der Beratung der von Genscher vorgelegten Diskussionsgrundlage eines Schwerpunktprogramms für die Bundestagswahlen teilte Mende mit, er habe den Kanzler um eine Sondersitzung des Kabinetts über die Deutschlandfrage gebeten; sie sei notwendig geworden, nachdem sich herausstellte, daß weder Washington noch London oder Paris bereit sind, die Deutschlandvorschläge Bonns vom 9. August 1963 zu diskutieren. Es gebe nur einen Ausweg aus dem Dilemma: gemischte Kommissionen, die über die Modalitäten verhandeln. Abschließen müßten dann die Regierungen, natürlich unter einer salvatorischen Klausel. Aber Washington genüge das noch nicht, weil Bonn sich über das Ende dieser Entwicklung angeblich nicht klar sei: Nichtangriffspakt, Anerkennung der Ostgrenzen etc. – Wilson gehe unterdessen mit dem Gedanken eines großen Disengagements schwanger. De Gaulle wünsche eine Wiedervereinigung Deutschlands in den heutigen Grenzen mit Zustimmung Warschaus, Prags und Budapests.

Er, Mende, schlage vor, an dem festzuhalten, was wir vor einem Jahr in Berlin erklärten. Für die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen bedürfe es keines Auftrags (damals war M. noch anderer Meinung), es genüge das „Einvernehmen“ der Vier Mächte: „Mehr ist bis 1969 nicht drin!“ Moskau sei nicht zur Erörterung des „großen Konzepts“ bereit. Und hinter unserem Rücken hätten die drei Westmächte bereits viel mehr Wirtschaftsbeziehungen zur DDR als wir dächten. Diese Staaten wollten sich mit der Deutschlandfrage nicht belasten. M. sagte für die nächsten Jahre „einen starken patriotischen Trend bei der Jugend“ voraus. „Wir müssen den Alliierten unsere Vorleistungen unter die Nase halten: ‚Und was tun Sie? Nichts!‘ Man solle de Gaulle richtig beurteilen; wir müßten uns angewöhnen, „mit mehreren Bällen zu spielen.“ Krümmner warf ein, die junge Generation sei gerade gegenüber der Deutschlandpolitik der Parteien und der Westmächte skeptisch; wir müßten unser Gesicht mehr dem Osten zuwenden ...

Am Dienstag, im außenpolitischen Arbeitskreis des Landesparteitages, war von solchen Ketzereien wenig zu spüren. Herr von Mühlen hielt ein ziemlich dürftiges Referat. Die Diskussion war zum Teil gar nicht schlecht, aber kaum geordnet. Sweet und Dimitrijew hörten zu; Überraschendes oder Schockierendes dürften sie kaum vernommen haben. Die Entschließung des AK brachte Altbekanntes. Dafür wurden wenigstens noch einige Unmöglichkeiten verhindert bzw. aus dem Entwurf eliminiert¹.

¹ So entfiel die im ursprünglichen Entwurf enthaltene Bereitschaftserklärung zur Beteiligung der Bundesrepublik „an einer multilateralen Abschreckungsmacht zur Erhaltung des Friedens“. Nicht eingefügt wurde der Vorschlag, das Wiedervereinigungsbekanntnis mit dem Gedanken zu verbinden: „endgültige Grenzen nur nach Abschluß eines Friedensvertrages.“

Am Abend öffentliches Forum mit Mende, Weyer, Bucher, Mischnick und Saam. Der Mozartsaal war mit über tausend Gästen bis auf den letzten Platz besetzt. Mich störten Mendes z.T. recht nationalistische Töne, die das Publikum leider mit stürmischem Beifall quittierte². Moersch leitete gekonnt, die fragenden Journalisten waren recht zahm.

Zum Auftakt des Dreikönigstreffens in Stuttgart brachte *Die Zeit* vor einer Woche einen umfangreichen Artikel Flachs zur Situation bei der FDP zu Beginn des Wahlkampfes. Eine ziemlich düstere Bilanz, wenn auch m.E. zutreffend. F. optiert für eine Koalition mit der SPD und verteidigt meine Deutschlandinitiative. Ich bin sehr gespannt, ob und wie sich die Partei mit dieser Philippika ihres ehemaligen Bundesgeschäftsführers auseinandersetzen wird.

Inzwischen hat Johnson, durch Bonner Reaktionen auf Rusks Äußerungen offensichtlich alarmiert, Erhard mitteilen lassen, die Politik Washingtons in der deutschen Frage habe sich nicht verändert; die Wiedervereinigung werde mit dem gleichen Nachdruck angestrebt wie bisher³. Hoffentlich nicht!

Samstag, den 9. Januar 1965

Am Donnerstag besuchte mich erstmals Paul Sethe zu einem längeren Gespräch über tatsächliche oder denkbare Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf jüngste Entwicklungen in der Deutschlandpolitik. Auch wollte er meine Meinung über den Flach-Artikel und die gegenwärtigen Probleme in der FDP erfahren. S. wirkt verschlossen; er sprach nicht viel, sondern hörte 1¼-Stunden lang überwiegend zu. Doch waren wir uns offensichtlich in unseren Ansichten recht nahe, wie ich seinen gelegentlichen Einwürfen entnehmen konnte.

Donnerstag, den 14. Januar 1965

Mendes überraschender Parforce-Ritt in Berlin hat reihum Kritik ausgelöst. Der von M. angeregte Blitzbeschluß des Fraktionsvorstandes am Dienstagmittag im Hotel am Zoo, das Plenum des Bundestages noch in dieser Woche nach Berlin einzuberufen und dort eine gemeinsame Erklärung zur Deutschlandpolitik abzugeben, erzürnte vor allem den Koalitionspartner. Auf der anschließenden Fraktionssitzung im Reichstag berichtete Emde aus dem Ältestenrat, die FDP-Initiative habe dort Verblüffung ausgelöst, mit Vorwürfen sei nicht gespart worden. Eine Chance der

² Lt. *Südwest-Merkur* vom 8. 1. wandte sich Mende „gegen dauernde Vorleistungen durch die Deutschen“. Dieses „Musterschülertum“ gefalle ihm nicht, ihm gingen die Interessen des eigenen Volkes vor.

³ Außenminister Rusk hatte (lt. *Der Spiegel* Nr. 3 vom 13. 1. 1965) am 30. 12. 1964 geäußert, eine in Bonn geforderte westliche Deutschland-Initiative müsse von vornherein die Fragen der deutschen Ostgrenze, der europäischen Sicherheit, des Truppenabzugs etc. einbeziehen.

Zustimmung von CDU/CSU und SPD für dieses Unternehmen gebe es nicht; die FDP müßte schon „allein marschieren“. Mommer und Rasner fühlten sich „zutiefst brüskiert“, Gerstenmaier wollte Mende sprechen. Beide Fraktionen beabsichtigen, die FDP auf ihren Pressekonferenzen „frontal“ anzugreifen. Von diesem Vorhaben habe er – Emde – CDU und SPD jedoch noch abbringen können.

Zoglmann ergänzt: Gerstenmaier habe im Ältestenrat dargelegt, warum eine solche Sondersitzung gar nicht einberufen werden könne: die Amerikaner wollten das nicht. Dagegen soll der britische Botschafter angeblich keine Bedenken geäußert haben. Gerstenmaier habe die Frage aufgeworfen, was wohl geschehe, wenn eine „Friktion aufgelöst“ werde und die Abgeordneten aus Berlin mit einem Flugzeug herausgeholt werden müßten? Zoglmann habe geantwortet, etwas Besseres könne dem Bundestag gar nicht geschehen (!). Aber die FDP-Vertreter hätten Gerstenmaier nicht überzeugen können. Und damit war Mendes Vorstoß gescheitert⁴.

Zuvor hat M. die Fraktion über den Stand der gegenwärtigen Deutschlanddiskussion unterrichtet. Es war ein einziges Klagelied. Man habe in der Bundesregierung Hoffnungen auf das Deutschlandmemorandum vom 9. August 63 gesetzt und mit einem Vorstoß des Westens Anfang 1965 gerechnet. Nun sei man durch die Deutschlanddebatte im NATO-Rat und wegen der Rusk-Äußerung enttäuscht. Rusk habe verlangt, die Bundesregierung müsse im Falle einer Initiative das gesamte Konzept ihrer Deutschlandpolitik auf den Tisch legen. Das sei „unlogisch“ und stehe zudem im Widerspruch zum eigenen Verhalten (der USA) gegenüber der Sowjetunion und China. Bei der Beratung im Kabinett hätten alle Mitglieder gegen Schröder gestanden, der völlig isoliert gewesen sei⁵. Mende erregt:

⁴ Seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im Jahre 1958 hatten, dem Wunsche der Alliierten entsprechend, keine Plenarsitzungen mehr in Berlin stattgefunden. Vor der Presse hatte sich Gerstenmaier, lt. *Die Welt* vom 13. 1. vorsichtig geäußert: bei allen Bemühungen, sooft wie möglich den Bundestag in Berlin tätig werden zu lassen, werfe die Einberufung von Plenarsitzungen in Berlin „politische Schwierigkeiten“ auf, die im Zusammenhang mit den alliierten Vorrechten in Berlin stünden.

⁵ Dieser Interpretation Mendes widerspricht *Der Spiegel* Nr. 3 vom 13. 1. 1965. Lemmer habe den Äußerungen Schröders zugestimmt, daß Rusk nichts anderes gesagt habe, als was amerikanische Deutschlandpolitik seit längerer Zeit sei. Auch Schollwer war der Ansicht Schröders, daß man nicht länger auf westliche Initiativen in der Deutschlandpolitik warten dürfe, sondern selbst initiativ werden müsse. In einem 9 Seiten umfassenden Entwurf für die FDP-Wahlbroschüre („Eine realistische Politik für Deutschland“), der in leicht abgeänderter Form in der Broschüre „Mit festem Ziel für Deutschland – Die Deutschlandpolitik der Freien Demokratischen Partei“, herausgegeben von der FDP-Parteileitung im Wahlkampf 1965 erschien, schrieb er, daß „heute bereits in fünf Punkten eine mehr oder minder große Übereinstimmung zwischen den kommunistischen Staaten und den Westmächten in der deutschen Frage“ bestehe. Daraus zog er die Konsequenz: „Angesichts dieser harten Tatsachen hat es keinen Sinn mehr, weiterhin den Kopf in den Sand zu stecken und auf ein Wunder in der Deutschlandpolitik zu hoffen. Wir müssen uns vielmehr darauf einrichten, die deutschen Dinge künftig mehr in unsere eigene

„Wir haben unsere Interessen zurückgestellt in der Embargo-Frage“, hätten dafür 30 Mio DM Ersatz geleistet und auf eine Handelsmission in China verzichtet, seien den Amerikanern zuliebe bei der MLF „mitgelaufen, als sie schon tot war.“ Frankreich „belog uns wegen der Handelsvertretung mit Pankow“. – In der Deutschlandpolitik seien wir bei jedem Projekt von Pankow abgewiesen worden. Die Treuhandstelle habe uns stets auf Zweistaaten-Verhandlungen verwiesen. Wir stünden nun vor folgender Entscheidung: entweder entschließen wir uns zu solchen Verhandlungen oder wir suchen einen „dritten Weg“ über gesamtdeutsche technische Kommissionen. „Der Weg, den wir jetzt gehen, bedeutet, daß der Status quo bleibt und mit einer Konföderation endet“, meinte M. Es sei für ihn nicht überraschend, daß der Westen nicht über eine Friedenskonferenz sprechen solle; daß man aber auch nicht über gesamtdeutsche technische Kommissionen verhandeln wolle, stelle doch eine Überraschung dar.

Starke ergriff für die Amerikaner Partei: Rusk habe recht; er sei von den Deutschen „sitzen gelassen worden“. Scheel warf die Frage auf, ob sich Europa von den USA lösen wolle. Man müsse ein Gesamtkonzept überlegen. Schultz schlug vor, die Fraktion solle Ende Januar dieses Thema behandeln; Krümmer regte eine Große Anfrage zur Außenpolitik an.

Im Reichstag traf ich Roderich Schneider. Er sagte, er werde in Kürze mit dem Angebot an mich herantreten, zum *Spiegel* zu kommen. Warten wir es ab.

Freitag, den 15. Januar 1965

Heute nachmittag meldete *DPA*, der 90jährige Churchill habe einen Schlaganfall erlitten. Als diese Nachricht über die Agentur tickerte, saß ich mit Kollegen der Parteileitung und Fraktion in der Filmstelle des Gesamtdeutschen Ministeriums; wir sahen den sowjetzonalen Propaganda-Film „Döring sagt, wie es ist“. Der Streifen lief vergangenes Jahr im DDR-Fernsehen. Ein fürchterlicher Schmarren, der die Frage beantworten soll, warum Döring sterben mußte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 238

Hand zu nehmen als bisher.“ Schollwer forderte deshalb die „Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas“, eine stärkere Koordinierung der innerdeutschen Kontakte der Bundesregierung, die Errichtung eines entsprechenden Bundesamtes in Berlin, das die Tätigkeit gesamtdeutscher technischer Kommission zu koordinieren habe, sowie die Bildung eines „ständigen westlichen Beratungsgremiums“, das die Lösung der deutschen Frage langfristig planen und die Ergebnisse dieser Planungen zur Grundlage eines westlichen Verhandlungsvorschlages machen sollte. (Bei den Akten Schollwers, ADL 6955/45).

Dienstag, den 19. Januar 1965

Auf der heutigen Fraktionssitzung meldete Emde Zustimmung auch der anderen Parteien zur Plenarsitzung in Berlin. Die CDU bat jedoch, die Entscheidung darüber bis zur Rückkehr Erhards aus Paris zurückzustellen. Die Deutschlanddebatte solle dann nächste oder übernächste Woche stattfinden. So haben wir denn unser Gesicht nicht gänzlich verloren. – Für den noch immer kranken Kühlmann wurde Mischnick zu dessen Abwesenheitsvertreter gewählt, mit deutlicher Mehrheit gegenüber seinem Mitbewerber Zoglmann⁶.

Gestern tagte der Vorstand und bereitete Parteitag und Wahlkampf vor. Man entschied, diesmal auf Arbeitskreise zu verzichten und die Verteilung von DJD-Parteitagdiensten nicht zu gestatten – von wegen Geschlossenheit der Partei im Wahlkampf⁷. Lange Debatte darüber, wer auf dem Plakat der Spitzenpolitiker erscheinen solle bzw. nicht: Starke oder Kühlmann. Es war ziemlich verwirrend.

Mendes Lagebericht wieder recht subjektiv und nicht in allen Einzelheiten nachprüfbar. Überraschung des Vorsitzenden darüber, „wie stark der Oppositionsgedanke bei uns Fuß gefaßt hat“. Insbesondere bei den Jungen, die sich davon eine Regeneration der FDP erhofften, falls die Wahlentscheidung zur Opposition zwingt. – Verärgert äußerte sich M. über die Abfuhr, die wir in Berlin erhielten. CDU/CSU und SPD hätten bei der Ablehnung unseres Vorschlages „rüdes Verhalten“ an den Tag gelegt. Dafür habe aber die Öffentlichkeit absolut kein Verständnis (?).

Mittwoch, den 20. Januar 1965

Die Diskussion nach meinem Standard-Referat vor dem Rengsdorfer Seminar am heutigen Vormittag stimmt mich optimistisch: Von nahezu allen Diskussionsteilnehmern wurden eine pragmatische Deutschlandpolitik sowie Verhandlungen mit der DDR gefordert. Steter Tropfen höhlt den Stein? – Gestern, bei einem Essen mit Botschaftsrat Georgijewicz, wieder das leidige Thema deutsch-jugoslawischer Beziehungen. G. zeigte sich sehr bekümmert, daß sich Bonns Haltung gegenüber Belgrad angeblich erneut versteift habe, nachdem Tito beschloß, Ulbricht noch in diesem Jahre zu besuchen.

⁶ Zoglmann erhielt von 49 abgegebenen Stimmen 18, Mischnick bekam 20.

⁷ Auf Einspruch von Engelhard und Bortscheller und Hoppe erklärte sich Mende jedoch schließlich bereit, wenigstens eine Sondernummer der *Stimmen der jungen Generation* zur Verteilung in Frankfurt zu genehmigen. M. knüpfte jedoch daran die Bedingung, daß diese Ausgabe der Stimmen „in enger Zusammenarbeit mit Genscher, Friderichs, Schollwer und Mischnick“ erfolge, die zu entscheiden hätten, ob das Blatt den „Interessen der FDP“ entspreche.

Freitag, den 22. Januar 1965

Aufregungen und viel Ärger um meinen letzten fdk-Artikel. Wenige Stunden, nachdem meine gestrige Bilanz von Rambouillet in den Pressehäusern verteilt war, rief mich Herr von Hase an, um mir eine spezielle Unterrichtung über den Verlauf der zweitägigen Besprechungen zwischen Erhard und de Gaulle anzubieten. Ich akzeptierte, erfuhr aber nichts Neues, sondern nur die übliche schönfärberische Sicht des Regierungssprechers. H. war sehr höflich und erklärte sich in solchen Fällen ständig zu bevorzugter Information durch ihn selbst oder seinen Vertreter bereit.

Kaum zurückgekehrt, ein Anruf von Flügge: Die Fraktion hatte sich inzwischen von meinem Artikel distanziert (!)⁸.

Heute brachte die gesamte Presse Auszüge aus meinem kritischen Kommentar, einige leider auch zugleich das Fraktionsdementi. Raoul Delaye, mit dem ich im Gästehaus der französischen Botschaft zu Mittag aß, stimmte meiner Betrachtung von Rambouillet weitgehend zu, mokierte sich über deutsche Gaullisten und kommentierte Guttenbergs Buch „Wenn der Westen will“ so: Guttenberg fordere europäische politische Integration, aber de Gaulle sei dagegen, Guttenberg rufe nach einer europäischen Atommacht, jedoch der General lehne das ab. Treffender kann die Irrationalität des deutschen Gaullismus wohl kaum charakterisiert werden.

Mittwoch, den 27. Januar 1965

Ich bin dem Kanzler persönlichen Dank schuldig: Mit seinem gestrigen Auftritt vor der Fraktion hat Erhard meinen Rambouillet-Artikel vom vergangenen Donnerstag nachträglich gerechtfertigt. Aus des Kanzlers Darlegungen sprach soviel Ratlosigkeit und Unvermögen, harten Realitäten der Europa- und Deutschlandpolitik tapfer ins Gesicht zu schauen, daß Schultz nach Erhards Fortgang erklärte, ich hätte mit meiner Darstellung des Treffens Erhards mit de Gaulle doch recht gehabt. Auch Starke bedauerte die seinerzeitige Distanzierung der Fraktion von meinem Artikel. Am Abend ein Vortrag vor der Alten Schlesischen Burschengemeinschaft über die „Deutsche Ostpolitik heute“. Eine sehr lebhafte, aufgeschlossene und

⁸ W. Schollwer „Erste Bilanz von Rambouillet“ – in fdk 16/6 vom 21. 1. 1965. Die Sätze dieses Artikels, die in der Presse am häufigsten zitiert worden waren und offenbar sowohl Herrn von Hase als auch die CDU/CSU und die FDP-Bundestagsfraktion aufgeschreckt hatten, lauteten:

„Das Fehlen eines Communiqués deutet jedoch darauf hin, daß es nach wie vor eine Reihe von Fragen zwischen Bonn und Paris gibt, die noch ihrer Klärung harren. Auch die Äußerungen deutscher und französischer Regierungssprecher vermögen im Grunde nichts beizutragen, um wirklich genau zu erfahren, wie es nun in der Frage der europäischen Einigung und in der Deutschlandpolitik des Westens weitergehen soll. Man ist in beiden Fällen noch immer im Stadium der Prüfung und der Konsultationen, und niemand kann heute sagen, ob aus diesen Beratungen jemals etwas Greifbares herauskommen wird.“

zwanglose Diskussion. Das sollte den Parteien und Regierenden eigentlich zu denken geben. Doch die lassen sich wohl mehr von solchen Kalten Kriegern wie Kissinger und Kux beeindrucken, die dieser Tage vor der Katholischen Akademie in München sogar gegen Dulles vom Leder zogen, weil dieser angeblich eine illusionäre Entspannungspolitik gegenüber dem Osten betrieben haben soll. Eine absurde Behauptung.

Heute morgen, im „Team“, hat Friderichs – nach Rücksprache mit Genscher – die Parole ausgegeben, verstärkt auf die „auf der Flucht“ befindliche SPD einzuschlagen. Ich warnte davor, Brandts jüngstes Ost-Memorandum in die Attacken mit einzubeziehen⁹. Wir würden damit ja nur unsere eigenen ostpolitischen Bemühungen desavouieren.

Freitag, den 29. Januar 1965

Die Bundesregierung hat auf den angekündigten Ulbricht-Besuch in Kairo bisher mit Zurückhaltung reagiert, das entspricht den Interessen der Bundesrepublik. Doch ändert es nichts an der Tatsache, daß Bonn jetzt vor sehr ernste und weitgreifende Entscheidungen seiner Außenpolitik gestellt wird. Denn es ist sehr fraglich, ob es der Bundesregierung gelingt, Nasser noch umzustimmen. Wenn nicht, was dann?¹⁰

Wie mißtrauisch manche Leute schon auf solche Überlegungen reagieren, beweist Wolfgang Wagner, Bonner Korrespondent mehrerer deutscher Tageszeitungen. Der zitierte heute aus meinem gestrigen Kommentar über die Bonner Nahost-Politik und registrierte dabei „einiges Aufsehen“, weil die fdk die mögliche Aufgabe der Hallstein-Doktrin angedeutet habe (das ist sicherlich zutreffend!). Gestern abend versuchte nun Wagner im ZDF Siegfried Zoglmann auf ein uneingeschränktes Bekenntnis zu eben dieser Doktrin festzulegen (was nicht gelang), nachdem Frau Purwin zuvor Z. um Erläuterung meiner Andeutungen in der fdk gebeten hatte¹¹.

⁹ Am 20.1.1965 berichtete der SPD-Pressedienst über einen „Marshall-Plan für Osteuropa“ des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt; er wurde bereits im Herbst 1964 dem amerikanischen Außenminister zugeleitet. Der amtierende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Mischnick hatte noch am gleichen Tage in einer Dringlichkeitsanfrage die Bundesregierung um Auskunft ersucht, wann sie „über Tatsache und Inhalt“ des Memorandums unterrichtet worden sei. Die FDP-Fraktion attackierte in der Folgezeit wiederholt die Taktik Brandts, die den Verdacht aufkommen lasse, „als betreibe Berlin eine eigene Außenpolitik“.

¹⁰ Am 27.1.1965 gab das *Neue Deutschland* bekannt, Nasser habe Ulbricht zu einem Freundschaftsbesuch in die VAR eingeladen. Kairo begründete diesen Schritt mit den deutschen Waffenlieferungen an Israel. Die Bundesregierung beschloß daraufhin, künftig keine Waffenlieferungen mehr in Spannungsgebiete zu genehmigen und Israel eine Kompensation für die Ablösung der mit diesem Staate getroffenen Vereinbarungen anzubieten. Das löste Spannungen zwischen Bonn und Jerusalem aus, das auf weitere Waffenlieferungen durch Bonn beharrte (ADG, S. 11 694).

¹¹ Eine Abschrift der Sendung befindet sich bei den Akten Schollwers, ADL 6955/45.

Montag, den 1. Februar 1965

Ein Thema unseres heutigen Morgengespräches mit Mende waren die wachsenden Pressionen des Auslandes wegen der Absicht der Bundesregierung, die Verjährungsfristen nicht zu verlängern. Dabei steht besonders Ewald Bucher unter Beschuß, der sich in den letzten Wochen wiederholt gegen eine Verlängerung über den Mai hinaus ausgesprochen hatte. Vom *Economist* („Elefantengetrappel“) bis zur *Literaturnaja Gazeta* bekam unser Parteifreund dafür Prügel.

Dann erörterten wir die Nahost-Lage. Beschluß: Weyer soll einen Artikel veröffentlichen mit dem Tenor, die Ulbricht-Reise nach Kairo – kein Fall für die Hallsteindoktrin. Ich erhielt den Auftrag, diesen Kommentar für die morgige fdk zu fertigen.

Donnerstag, den 4. Februar 1965

Heute mittag ein längeres Gespräch mit Scheel. Er entwickelte mir seine außenpolitischen Grundvorstellungen, berichtete über die Kabinettsitzung am Mittwoch, auf der er den Kanzler anhand amerikanischen Materials von der Richtigkeit des Weyer-Schollwer-Artikels überzeugt habe, und bat um künftige engere Zusammenarbeit. Scheel will sich im Wahlkampf als Außenpolitiker profilieren.

Der Weyer-Artikel hat einiges Aufsehen erregt. Der *General-Anzeiger* berichtete gestern darüber mit der Schlagzeile „Einheitsfront der Parteien zerbrochen“. Diese dramatische Feststellung Wagners ist insoweit unzutreffend, als die FDP bekanntlich schon seit Jahren eine rigide Anwendung dieser Doktrin ablehnt.

Amüsant auch die Feststellung Hilde Purwins in der *NRZ*, die FDP warne vor einer Ausweitung der Hallstein-Doktrin, während die SPD „am stärksten für eine harte Haltung gegenüber Ägypten“ eintrete. Es ist schon schlimm mit dieser Brandt-Partei! Dagegen hat sich Herr von Hase in aller Öffentlichkeit für den fdk-Artikel bedankt.

Mittwoch, den 10. Februar 1965

Gestern abend diskutierte die Fraktion unter Vorsitz von Kühlmanns vierinhalb Stunden lang die Deutschlandpolitik. Der Debatte lag ein von Krümmer verfertigtes Papier zur außenpolitischen und gesamtdeutschen Frage sowie Thesen des Arbeitskreises vom 9. Februar zugrunde, die freilich bei dem „Glaubensstreit“ der Abgeordneten nur eine sehr bescheidene Rolle spielten. Es waren die üblichen Fronten: Mende hin- und herlavierend, Scheel wieder mit unverkennbar progauillistischer Tendenz, Dehler sich verbissen an alte, längst überholte Positionen klammernd und

dabei auch noch Moersch absichtlich mißverstehend. Man kam auch diesmal nicht einen Schritt weiter¹².

Am Montag erneut bei Scheel. Wir besprachen einen Artikel zur Nahost-Politik, den ich dann doch nicht veröffentlichte, nachdem von Hase ein Einlenken der Bundesregierung in der Frage der Waffenhilfe für Israel mitteilte. Erstaunlicherweise waren Scheel und ich diesmal in der Bewertung der jüngsten Pressekonferenz de Gaulles weitgehend einig¹³.

In Asien geraten die Amerikaner immer tiefer in den Sumpf des Vietnam-Krieges, der für Washington militärisch nicht mehr zu gewinnen ist. Amerikas Interesse muß es jetzt sein, sein Gesicht zu wahren und sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen. Ob aber die Hoffnung aufgeht, sich mit Vergeltungsschlägen wie zu Beginn dieser Woche eine Gasse zum Verhandlungstisch freibomben zu können, bleibt vorerst zweifelhaft.

Montag, den 15. Februar 1965

Das konfuse Verhalten der Erhard-Regierung in der Nahostaffäre führte am Morgen im „Team“ zu lebhaften Diskussionen. Während Mende bemüht war, die Gefahren für die deutsche Außenpolitik zu bagatellisieren, übten Genscher und ich scharfe Kritik an der Nahost-Politik der Bundesregierung. Genscher plädierte für einen „Sprung nach vorn“ in der Deutschlandpolitik, ich stellte die Frage nach dem Verbleib der FDP in der Koalition. Doch M. denkt nicht an solche Konsequenzen.

¹² Den Notizen Schollwers ist folgender Diskussionsverlauf zu entnehmen: Mende erklärte, er sehe die Wiedervereinigung „nur noch als einen Prozeß über Jahrzehnte; ich betrüge meine Zuhörer nicht mehr“. – Scheel stellte fest, daß es unter den gegenwärtigen organisatorischen Formen der Bündnisse keine Wiedervereinigung gäbe, und fuhr dann fort: „De Gaulle kann in einem Punkt für mich nützlich sein. Mit den USA ist es bisher nicht gegangen, sie haben 20 Jahre lang nichts getan“. Die sogenannte Viermächte-Verantwortung bewege in der Politik überhaupt nichts – „damit kann ich nichts erreichen“. Dehler unterstellte Moersch, er habe sich Kennans Ansichten zu eigen gemacht: die Sowjetunion trage den Keim des Untergangs in sich, der Westen müsse eine Politik des „Containment“ machen, also „keine Politik mit der Sowjetunion“. In der Tat hatte M. in der Debatte ausgeführt, daß eine Politik, die zur Verhinderung des Auseinanderwachsens führe, notwendig sei. Der Zweite Weltkrieg sei nicht „im üblichen Sinne“ beendet; es folge nun ein ideologischer Wettkampf. (Handakten Schollwers ADL 6955/45).

¹³ Am 4. 2. hatte sich de Gaulle auf einer Pressekonferenz im Elysée-Palast sehr ausführlich zur Deutschlandfrage in ihren historischen wie grundsätzlichen Perspektiven geäußert und dabei die Verantwortung der Vier Mächte für die deutsche Wiedervereinigung infrage gestellt. In dem am gleichen Tage für Scheel gefertigten Entwurf eines Artikels heißt es, man stimme mit de Gaulle überein in der „Einordnung der deutschen Frage in den Gesamtkomplex internationaler Fragen“; ferner darin, daß es zunächst darum gehe, „durch enge Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern das Terrain vorzubereiten und ein Klima zu schaffen, das für die Wiedervereinigung günstig ist“; daß es „in erster Linie Europa zukomme, die Lösung der deutschen Frage besonders aktiv zu betreiben“, und daß schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands ein langfristiger Prozeß ist. Der Artikel Scheels erschien am 13. 2. 1965 in der *Welt*.

Interessant, was Friderichs am Samstag vor LDP-Flüchtlings über die innenpolitische Lage referierte: Die FDP gilt bei den Wählern als unglaubwürdig, wankelmütig und opportunistisch. Wen wundert's?

An diesem 13. Februar gedachte Deutschland des Untergangs von Dresden vor zwanzig Jahren. Ich erfuhr diese Tragödie erst nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft. An jenem bitterkalten Unglückstag lagen wir Soldaten eines Fährnrichsregimentes am Rande eines ostpommerschen Wäldchens im Geschoßhagel russischer Artillerie, bemüht, den Angriff sowjetischer Infanterie auf unsere Stellung abzuwehren. Es war die Stunde, in der ich 23 Jahre zuvor in Potsdam den ersten Schrei getan habe – da bargen wir unsere Toten. ...

Dienstag, den 16. Februar 1965

Schröder hat heute nachmittag vor der Fraktion versucht, ein wenig Licht in das Dunkel der Bonner Nahost-Politik zu bringen und die Abgeordneten zu besänftigen, die sich über die Absichten der Regierung unzureichend informiert fühlen. Schröder wies auf die fehlende Unterstützung der Westmächte für Bonn und die Aufgabe der jetzigen Bundesregierung hin, „weit zurückliegende Fehler“ zu korrigieren: die Waffenlieferungen an Israel nämlich.

Im Verhältnis zu diesem Staate lägen die „eigentlichen Schwierigkeiten“: „Israel hat keine Spur Verständnis dafür, daß wir mit den arabischen Staaten ein gutes Verhältnis haben wollen“, es wünsche eher den „totalen Bruch“ mit eben diesen Ländern.

Seltsames wußte der Außenminister aus der Fraktion der CDU/CSU zu berichten: dort habe Adenauer behauptet, nicht schon 1960, sondern erst später mit Ben-Gurion ein Abkommen getroffen zu haben, „auf Druck einer befreundeten Macht und mit Zustimmung aller Fraktionsvorsitzenden“¹⁴. Schröder suffisant: „Es gibt keinen, der einen verlässlichen Ablauf der Waffenhilfe-Story geben könnte.“ Man habe damals auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Angelegenheit das Auswärtige Amt „einen Dreck angehe“. Nach Schröders Ansicht ist die Aufwertung des Ulbricht-Besuches nicht durch die Bundesregierung, sondern durch Fraktionen und Öffentlichkeit erfolgt. Auf eine Frage von Moersch, ob Kräfte in der Bundesregierung den Außenminister zwingen wollten, diesen Besuch hochzuspielen und die Hallstein-Doktrin anzuwenden, meinte Schröder: das sei im Kabinett nicht geschehen, doch sei die Vermutung Moersch's zutreffend, daß „da noch Bemühungen im Gange“ gewesen seien, das zu tun. Schultz wollte wissen, ob Bonn seine Beziehungen zu allen arabischen

¹⁴ Adenauer und Ben-Gurion trafen sich am 14.3.1960 im Waldorf-Astoria-Hotel in New York. Die Einzelheiten des Abkommens wurden zwischen den beiden Verteidigungsministern, F. J. Strauß und Schimon Peres, abgesprochen. Je zwei Vertreter der Fraktionen wurden erstmals am 13.12.1962 unterrichtet, für die FDP Dehler und Emde, die Fraktionsvorsitzenden erst im Jahre 1963.

Staaten abbrechen und den Platz Ulbricht überlassen wolle. Der Außenminister diplomatisch: „Ich bin keineswegs entzückt, daß wir durch das Überziehen irgendeiner Position unseren Platz aufgeben“; wir dürften nicht zu einer Selbstblockade kommen. Scheel wies darauf hin, daß das Kabinett lediglich beschlossen habe, den Ulbricht-Besuch abzuwarten und erst dann über eine Einstellung der Wirtschaftshilfe zu entscheiden. Jetzt aber habe Erhard noch vor dem Besuch entschieden. Die Entgegnung Schröders war eine Ohrfeige für den Kanzler: „Die Erklärung ist halt abgegeben worden. Aus emotionalen Gründen kommt man zu harten Beschlüssen, die nicht adäquat sind“.

Samstag, den 20. Februar 1965

Am Donnerstag, auf einer Podiumsdiskussion der drei Parteien im Jagdschloß Gliencke in Berlin¹⁵, hatte insbesondere der CDU-Vertreter Lummer einen schweren Stand: die 35 anwesenden Studenten übten zum Teil scharfe Kritik an der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, speziell an deren Haltung in der Grenzfrage und hinsichtlich der Hallsteindoktrin. „Bewußte Verdummung der Wähler“ und „Das Volk ist realistischer als die Regierung“ waren Meinungsäußerungen aus dem Forum, denen ich – innerlich – nur zustimmen konnte. Man fragt sich wirklich, wie lange diese Jugend das törichte Geschwätz der Politiker über die Rechtspositionen in der Deutschlandpolitik noch hinnehmen wird.

Sonntag, den 21. Februar 1965

Während des Mittagsdienstes im Bundeshaus besuchte mich Genscher. Er klagte über Mendes Zurückhaltung während der gegenwärtigen Nahost-Krise. Angeblich werde M. noch von Scheel aus ganz persönlichen Gründen in dieser Vorsicht bestärkt. G. sprach sich erneut für eine „Flucht nach vorn“ aus, ohne diese Bewegung näher zu präzisieren. Für eine solche Politik seien auch Mischnick, Schultz, Dehler und Weyer zu haben. Genscher will einen solchen Kurs gegebenenfalls durch harte Erklärungen zur Grenzfrage „abschirmen“.

Werner Höfer hat heute mittag beim internationalen Frühschoppen das alte Klagelied über die ewig mißverstandenen Deutschen angestimmt. Dazu paßte, daß H. seinem ägyptischen Gast in Feldwebelart über den Mund fuhr, als dieser es wagte, den Standort seiner Regierung zum Ulbricht-Besuch darzulegen. Jammern und Auftrumpfen – eine typisch deutsche Reaktion auf private oder politische Schwierigkeiten.

¹⁵ Vom 15.–19.2.1965 fand in der Jugendbildungsstätte Schloß Gliencke in Berlin eine staatsbürgerliche Tagung unter dem Thema „Der Ostblock im Wandel“ statt.

Dienstag, den 23. Februar 1965

Gestern im morgendlichen „Team“ (ohne Mende), eine längere Debatte der deutschlandpolitischen Nahost-Konsequenzen. Mischnick plädierte für eine Konföderation, allerdings mit dem Vorbehalt, daß jetzt noch keine Alternative zur offiziellen Deutschlandpolitik aufgezeigt werden sollte. Ich legte die nach meiner Auffassung nachteiligen Folgen eines Festhaltens an der Hallstein-Doktrin für die Bundesrepublik und die FDP dar. Friderichs meinte, er bedauere noch nachträglich die damalige scharfe Distanzierung der Partei von meinem Deutschlandplan. Und Mischnick forderte endlich personelle Konsequenzen aus der Nahost-krise: die Abberufung von Carstens und Westrick.

Am späten Montagnachmittag eine fünfstündige Sondersitzung des Geschäftsführenden Vorstandes. Bei der Erörterung der Verjährungsfristen wurden recht überzeugende Argumente für unsere bisherige Haltung vorgetragen, lediglich Senator Kirsch (Berlin) vertrat eine Gegenposition. Nach dem gemeinsamen Abendessen gab Mende einen ziemlich euphemistischen Überblick über die Nahost-Krise. Nur Schultz und Zoglmann äußerten sich dazu – beide mit Bedenken gegen die bisherige Haltung der Bundesregierung. Ein von mir entworfenes Kommuniqué fand nicht die Billigung Mendes, wohl wegen der kaum verhüllten Kritik an der Nahost-Politik unserer Regierung¹⁶.

Donnerstag, den 4. März 1965

Mit Spannung wartet man in Bonn jetzt darauf, wie das Bundeskabinett auf den Ulbricht-Besuch in Kairo reagieren wird. Obwohl unterschiedliche Auffassungen im Kabinett über das Maß der „Strafe“ für Nasser offensichtlich vorhanden sind, scheinen sich die Besonnenen durchzusetzen. Sogar die Politisch-Soziale-Korrespondenz plädierte gestern gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur VAR, zugleich aber auch für die Einschränkung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land. Das könnte bedeuten: Bonn stellt die erwarteten 500 Millionen für den zweiten ägyptischen Fünfjahresplan nicht mehr zur Verfügung.

Die Mäßigung des Kabinetts dürfte nicht zuletzt auf die drei Westmächte zurückzuführen sein, die – wie die *FR* heute berichtete – Bonn wissen ließen, daß sie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kairo als eine Störung des Gleichgewichts in diesem Raum betrachten würden. Solche Winke aus dem Westen haben bei unseren Hitzköpfen noch immer ihre Wirkung getan.

Gestern, am Aschermittwoch, aß ich mit Georgijewicz. G. betonte das

¹⁶ Entwurf des Kommuniqués bei den Akten d. Verf. Der Entwurf enthält u. a. folgende Sätze: „Die Bundesrepublik Deutschland darf sich von niemandem zwingen lassen, irgendwelche Positionen aufzugeben oder einzunehmen, die mit einer realistischen Deutschland-Politik unvereinbar wären.“ (ADL 6955/46)

angebliche Desinteresse Belgrads an der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Über die französische Schutzmachtvertretung für Bonn wußte der Diplomat Pikantes zu berichten: Frankreich übermittelte zwar deutsche Beschwerden „formell“, identifiziere sich jedoch indirekt jeweils mit der jugoslawischen Haltung ... Auch ein Wink mit dem Zaunpfahl?

Freitag, den 5. März 1965

Am Vormittag unterrichtete mich Mende über die gestrige Kabinetts-Sitzung, auf der Erhard plötzlich den Abbruch der Beziehungen zu Kairo gefordert habe. Ihm sei Schröder mit dem Argument entgegengetreten, Kairo würden in diesem Falle fünf weitere arabische Staaten folgen –, Mende habe auf die Notwendigkeit einer vorherigen Konsultation der Fraktionen hingewiesen, und Lemmer wollte lieber der DDR die alleinige Vertretung in den afro-asiatischen Staaten überlassen als hinzunehmen, daß die Flagge der beiden deutschen Staaten nebeneinander an einem Platz wehen. Diese Äußerung habe zu einem Zusammenstoß zwischen Mende und Lemmer geführt. Lemmer (nach Mende): „Sind Sie als Gesamtdeutscher Minister noch für das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik?“ Bei Beginn des Streits habe man die Staatssekretäre aus dem Kabinetssaal ausgeschlossen. – Nun wollen sich unsere Minister im Kabinett gegebenenfalls überstimmen lassen, denken jedoch für den Fall einer Anwendung der Hallstein-Doktrin keineswegs an Rücktritt.

Montag, den 8. März 1965

Gestern nachmittag wurde überraschend eine Pressekonferenz einberufen, auf der Herr von Hase die Entscheidung Erhards über die Einstellung der Wirtschaftshilfe an Ägypten sowie angemessene Reaktionen Bonns bei Aufwertungen Ostberlins durch arabische Staaten mitteilte. Auch strebe die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Israel an. Heute morgen, im „Team“, besprachen wir diese Beschlüsse. Es herrschte Genugtuung darüber, daß Bonn die Beziehungen zu Kairo nicht abgebrochen und die Waffenhilfe für Israel eingestellt hat. In diesem Sinne fertigte ich einen fdk-Artikel, der eine positivere Tendenz enthält, als es diese Regierung eigentlich verdient. Der Kommentar gab mir Gelegenheit, auf das jämmerliche Verhalten unserer Opposition in der gegenwärtigen Nahost-Krise hinzuweisen: Über Raisonieren und Allgemeinplätze hinaus war in diesen Wochen aus der sozialdemokratischen Ecke nichts zu vernehmen.

Am Nachmittag, während der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, ereiferte sich Mende über die Jungdemokraten und die Liberalen Studenten und berichtete erzürnt, auf dem hessischen Landesjugendtag der DJD habe man den Schollwer-Plan als „realistisch“ bezeichnet und sich damit das Programm der DFU zueigen gemacht (!). Und das aus Mendes

Mund, der ja selbst – zumindest intern – weitgehend auf diese Linie eingeschwenkt ist (oder war).

Sonntag, den 14. März 1965

Der Vorbereitung des Bundeswahlkampfes und des Bundesparteitages in Frankfurt sollte die gestrige Hauptausschuß-Sitzung in Mainz dienen. Viel kam dabei allerdings nicht heraus, wenn man vielleicht von dem Bericht Friderichs über die Wahlkampfplanungen absieht¹⁷. Mendes Ansicht, unsere Wahlaussage zur Deutschlandfrage werde im wesentlichen eine Präzision des Unterschiedes zwischen Nationalismus und Patriotismus beinhalten, ist angesichts der Diskussion, die inzwischen in der Partei und draußen im Lande über die Deutschlandpolitik geführt wird, ziemlich seltsam. Umso überraschender die spätere Klage des Vorsitzenden über die „zwei Mißdeutungen“, denen die FDP zur Zeit unterliege:

Man werfe uns vor, nicht zu wissen, was wir wollten, und daß wir opportunistisch seien. Wie die Leute auf sowas kommen?

Die Diskussion über das Koalitionsthema war wie üblich lang und kontrovers. Hucklenbroich, Holl und Moersch forderten, die Tür zur SPD offenzuhalten, Bucher hofft auf eine schwarz-rote Koalition („dann wären wir auch koalitionspolitisch aus dem Schneider heraus“), Oxfort sprach sich für eine Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition aus und Mende erhielt Beifall, als er „unter bestimmten Bedingungen dafür plädierte, daß wir uns in der Opposition „regenerieren“. Am Ende verabschiedete man – bei zwei Stimmenthaltungen – eine Erklärung der FDP zur Koalitionsfrage, einstimmig eine Entschließung zur Frage der Alleinvertretung und ebenfalls ohne Gegenstimme eine Resolution zur Nahost-Politik. Als das letztgenannte Papier mit Beifall der Delegierten angenommen war, rief Karl Moersch in den Saal: „Darf ich fragen, ob ihr nun aus der Koalition austreten wollt?“¹⁸.

¹⁷ Friderichs nannte als Ziel der Bundestagswahl 1965: eine endgültige Bestätigung des Dreiparteiensystems, dafür sei eine zweistellige Prozentzahl für die FDP eine „unabdingbare Voraussetzung“. Der Wähler erwarte von der FDP klare Aussagen zur Koalitionsfrage. Die FDP solle sich mehr um die Soldaten und die Jungwähler kümmern. Zur Zeit seien Selbständige, Freie Berufe, Beamte, Landwirte „und neuerdings auch Angestellte“ typische FDP-Wähler.

¹⁸ Hier irrt Schollwer: Es gab nicht drei Resolutionen, sondern Weyer leitete die Diskussion zum Entschließungsantrag „Alleinvertretung“ mit den Worten ein: „Ich habe Ihnen zweitens einen Entschließungsantrag vorzulesen, der auf Grund des politischen Teils der Nahost-Politik hier dem Hauptausschuß vorgetragen wird. (...) In dieser Entschließung ist de facto eine Abkehr von der Hallstein-Doktrin enthalten. Die Entschließung lautet:

„Die deutsche Nation ist unteilbar. Auf deutschem Boden ist ein Regime, das nicht dem Volkswillen entspricht, weder anerkenbar noch aufwertbar.

Die Freie Demokratische Partei steht mit ihrer Deutschlandpolitik unter dem verpflichtenden Verfassungsauftrag des Grundgesetzes:

Am Donnerstag machte sich auch der Lehrgang 3/65 in Rengsdorf – um mit Mende zu sprechen – „das Programm der DFU zueigen“. Meine Ausführungen über die außenpolitische Lage und deren Konsequenzen für unsere Deutschlandpolitik fanden allgemeine Zustimmung, meine deutschlandpolitischen Vorschläge wurden mit Beifall bedacht. Am Freitag ein Gespräch mit Welles Hangen von der NBC. H. hatte jüngst Ewald Bucher wegen dessen Haltung in der Frage der Verjährungsfristen in einem Rundfunkkommentar hart attackiert. Ich erläuterte eingehend unsere Position, dabei manche Dehler-Argumente verwendend. Am Ende stimmte Hangen wenigstens meinen Bedenken gegen die überbordende Kritik der Auslandspresse an unserer Haltung zu. Hoffentlich macht sich das in seinen künftigen Kommentaren bemerkbar. Mende behauptete übrigens vor dem Hauptausschuß, das Ausland habe die Haltung der FDP in der Verjährungsfrage respektiert. Offenbar liest unser Vorsitzender keine Auslands-Zeitungen.

Inzwischen hat die Bundestagsmehrheit am Mittwoch nach einer ganz-tägigen, zeitweise erregten Debatte praktisch für die Verlängerung der Verjährungsfristen votiert. Unter dem Eindruck des ausländischen Presse-Bombardements wurde sogar aus dem SPD-Abgeordneten Arndt in letzter Minute noch ein „Verlängerer“, auch die CSU-Landesgruppe begann vorsichtig den Rückzug anzutreten. „Einsam und allein“ stemmte sich – wie der *General-Anzeiger* schrieb, unsere Fraktion gegen die allgemeine Flucht aus rechtsstaatlichen Positionen. Wie wird Ewald Bucher auf diese Wendung der Ereignisse reagieren?

Dienstag, den 16. März 1965

Heute nachmittag hat Scheel die Fraktion über Vorgänge im Kabinett in Zusammenarbeit mit der Nahost-Krise unterrichtet. Die Mehrheit habe gegen Erhard und einige Minister durchgesetzt, daß man sich mit einer Einstellung der Wirtschaftshilfe für Ägypten begnüge. Außerdem soll diese Maßnahme „sehr differenziert“ exekutiert werden. Dann habe man beschlossen, eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zu Israel ins Auge zu fassen, nachdem die Waffenlieferungen eingestellt wurden. Dabei sei der Gedanke erwogen worden, entsprechende Verhandlungen mit Is-

Fortsetzung Fußnote von Seite 249

Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Das Recht auf Alleinvertretung darf nicht zu einer Formalie werden, die formale Reaktionen nach sich zieht. Das Recht auf Alleinvertretung ist ein politischer Anspruch, der mit den im gegebenen Fall angemessenen und wirksamen Mitteln durchgesetzt werden muß. Die Aufgabe diplomatischer Positionen dort, wo das Recht auf Alleinvertretung bestritten wird, sichert dieses Recht nicht, sondern verhindert seine Verwirklichung.“ (ADL, Bestand Bundeshauptausschuß A 12-55).

rael nicht durch Karrierediplomaten führen zu lassen, sondern durch Herrn Birrenbach, den Erhard vorschlug. Das sei dem AA nicht sonderlich sympathisch gewesen. Der Sonntagsbeschluß Erhards habe allerdings die Kabinettsmeinung „nicht ganz gedeckt“. Der Kanzler sei bei Israel über das Beschlossene hinausgegangen, als er den Regierungssprecher erklären ließ, die Bundesregierung strebe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel an¹⁹. Immerhin sei – so meinte Scheel süffisant – ein gewisser Nachholbedarf Erhards an „Entscheidungsqualifikation“ erfüllt. Doch sei diese Entscheidung problematisch. Zwar habe man die Absicht gehabt, die FDP-Minister zuvor zu konsultieren, aber ihn und Mende nicht erreichen können. Scheel ist dennoch der Auffassung, daß Erhards einsamer Entschluß richtig war, weil er die Bundesrepublik in ein „besseres Licht der Weltöffentlichkeit“ gebracht habe. Weitere Einzelheiten des Scheelberichtes bestätigen die Vermutung, daß wir in der Sache Nahost noch lange nicht über den Berg sind²⁰. Starke stimmte Scheels „sehr abgewogenen“ Ausführungen zu und meinte, Erhard müsse immer wegen Adenauer und Strauß taktieren, anstatt Außenpolitik zu machen. Peinlich sei auch, daß deutsche Diplomaten noch 24 Stunden vor Erhards Entscheidung den Arabern versichert hätten, daß eine diplomatische Anerkennung Israels durch Bonn nicht infrage komme.

In der weiteren Diskussion des Berichtes spielte die Hallstein-Doktrin erneut eine gewichtige Rolle, wobei von Mühlen und Ollesch die Auffassung vertraten, daß die beiden deutschen Staaten in fünf bis zehn Jahren überall diplomatisch vertreten sein werden. Kritische Bemerkungen über unsere Mainzer Entschließung waren von Kiep-Altenloh und Mischnick zu hören: sie sei mißverständlich. Den Beweis für die Berechtigung dieses Vorwurfs lieferte Hamm, der den Mainzer Beschluß offenbar als ein klares Votum für jene antiquierte Doktrin verstanden hat, während Moersch daraus genau das Gegenteil entnommen haben will. Scheel beendete die Diskussion mit der Mitteilung, Schröder sei von der sonntäglichen Entscheidung Erhards „total überrascht“ gewesen. Ernster als die Freien Demokraten hätten sich dieser Tage Christdemokraten darüber unterhalten, ob die Politik der Bundesregierung noch mit den gleichen Leuten fortgeführt werden könne.

¹⁹ Auf der Forumsdiskussion in Frankfurt am 23.3. wurde Mende in diesem Punkte wesentlich deutlicher. M. betonte, Erhard habe die Entscheidung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel „ausschließlich aus seiner alleinigen Richtlinienkompetenz“ getroffen. In den vorangegangenen Kabinettsitzungen sei nicht über diese Frage, sondern nur über die Spannungen in den Beziehungen zu den arabischen Ländern gesprochen worden. Die FDP-Minister im Kabinett hätten der Entscheidung Erhards wahrscheinlich widersprochen, wenn sie zuvor darüber informiert gewesen wären. (DPA 89/61 id vom 23.3. 1965).

²⁰ Scheel teilte u. a. mit, die Israelis wünschten die Botschaft der Bundesrepublik in Jerusalem, doch da sich die anderen Botschaften in Tel Aviv befänden, käme das einer „Diskriminierung“ der Bundesrepublik gleich.

Deutschlandpolitische Diskussionen. Bundestagswahlkampf

Freitag, den 19. März 1965

Morgen geht's nach Frankfurt zum Parteitag. Gestern, bei einer Besprechung der Mende-Rede, hat der Vorsitzende den von Friderichs und mir gefertigten Entwurf fast anstandslos geschluckt, auch meine behutsamen Versuche, unseren Spielraum in der Deutschland- und Ostpolitik etwas zu erweitern.

Zum Auftakt des Parteitages brachte das *Sonntagsblatt* ein Interview Hollwegs mit mir über den Zustand der FDP vor Frankfurt und zu Beginn des Wahlkampfes. Ich hatte einen kritisch-wohlwollenden Partner: Trotzdem mußte ich einige Male ziemlich lavieren, um mich nicht in den vielen Widersprüchen unserer Politik zu verstricken.

Dienstag, den 23. März 1965

Mendes Versuch, zum Wochenbeginn in Frankfurt noch einmal den „genius loci“ zu beschwören und jene Kampfes- und Siegesstimmung des „Heuss-Parteitages“ vor vier Jahren wiederzubeleben, hatte nur mäßigen Erfolg¹. Heuss – lediglich als Büste und Zitat präsent – schafft eben nicht annähernd soviel Emotionen wie das damals noch lebende und sich in Frankfurt zelebrierende Idol vieler Liberaler. So blieb denn unser „säkularisierter Feldgottesdienst“ (Jungdemokrat Meyer) ohne ehrfurchtsvolle Andacht und Begeisterungstürme, die uns zu Beginn eines harten Wahlkampfes so richtig hätten in Schwung bringen können.

Mendes breit angelegtes Referat am Montagvormittag fand in seinem deutschland- und außenpolitischen Teil die erhoffte Beachtung. Ein besonderes Lob erhielt die Analyse; nur Rosenfeld äußerte sich „bitter enttäuscht“ (er hatte wohl angenommen, Mende werde in Frankfurt zumindest meine Deutschlandstudie vortragen). Doch vierundzwanzig Stunden darauf machte sich auch bei mir und manchem anderen Enttäuschung breit. Denn heute morgen, in der Forumdiskussion, gab Mende unter den bohrenden Fragen der Journalisten Stück für Stück der tags zuvor bezogenen Positionen in der Deutschlandpolitik wieder preis.

Neben der Deutschlandpolitik spielte naturgemäß die Verjährungsfrist in Frankfurt eine gewisse Rolle. Dehler und Reif stritten sich über Recht und Gerechtigkeit. Bucher deutete Konsequenzen für den Fall an, daß der Bundestag übermorgen in dieser Frage endgültig entgegen dem Votum der FDP entscheidet. Die Koalitionsfrage wurde von Mende mit Zurückhal-

¹ Am 22. und 23. 3. 1965 fand in Frankfurt/Main, Gesellschaftshaus im Zoo, der XVI. Ordentliche Bundesparteitag der FDP statt. Der XIII. Ordentliche Bundesparteitag der FDP hatte vom 23.–25. 3. 1961 unter Anwesenheit von Heuss am gleichen Orte stattgefunden.

tung, aber ohne irgendwelche Kompromisse an die SPD behandelt. Diesmal legte der Vorsitzende auch endlich wieder deutliche Distanz zu Strauß, aber auch zu Erhard und dessen Israel-Politik².

Auf der Vorstandssitzung am Sonntag im „Frankfurter Hof“ übten zunächst einzelne Vorstandsmitglieder heftige Kritik an Teilen dessen, was Mende tags darauf dem Plenum des Parteitages zur Innenpolitik vorzutragen beabsichtigte. Klugerweise verzichtete M. jedoch darauf, auch Details der außenpolitischen Passagen seiner Rede preiszugeben. So passierte der Entwurf schließlich unverändert das Vorstandsgremium³.

Samstag, den 27. März 1965

Der Rücktritt Buchers vom Amt des Justizministers und die nachfolgenden Ereignisse haben die Koalition in eine schwere Krise gestürzt. Bucher zog vorgestern die unvermeidliche Konsequenz aus der Entscheidung des Bundestages in der Frage der Verjährungsfristen. Den eigentlichen Eklat aber löste erst der Kanzler aus. Der gab gestern abend bei einem Koalitionsgespräch bekannt, daß er zwar heute die Entlassung Buchers aus dem Amt beantragen, aber nicht auch dem Wunsche der FDP entsprechen werde, für den Rest der Legislaturperiode ein Kabinettsmitglied zusätzlich mit der Führung dieses Ressorts zu beauftragen; er scheint vielmehr entschlossen, einen nicht dem Kabinett angehörenden CDU-Mann mit dieser Aufgabe zu betrauen⁴. Die Fraktion ist begreiflicherweise nicht bereit, wenige Monate vor der Wahl eine Änderung des Kräfteverhältnisses im Kabinett zugunsten der CDU/CSU hinzunehmen. Sie drohte bereits mit dem Rücktritt aller ihrer Minister für den Fall, daß Erhard tatsächlich den CDU-Abgeordneten Weber dem Bundespräsidenten als Nachfolger vorschlägt. Inzwischen hat auch noch die CSU mit einer pampigen Erklärung gegen die FDP Öl ins Feuer gegossen. Eine schöne Koalition!

² In der Forumdiskussion erklärte Mende lt. *DPA* 61 id vom 23. 3. 1965, daß die FDP nach der kommenden Bundestagswahl in keine Regierung eintreten werden, in der der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ein Ministeramt erhalten soll.

³ Der Entwurf d. Verf. zum außen- und deutschlandpolitischen Teil der Rede stammt vom Anfang März. Mende fügte dem noch einiges hinzu, wie die Antwort auf eine Erklärung Gromykos in London oder die Erklärung des Hauptausschusses vom 13. 3. zur Frage des Alleinvertretungsrechtes. An anderen Stellen milderte Mende ab bzw. kam er der CDU/CSU-Position entgegen: So bei der Passage über die Hallstein-Doktrin. Im Entwurf d. Verf. hieß es: „Der Verzicht auf die Hallstein-Doktrin bedeutet selbstverständlich ...“; Mende trug vor: „Der Verzicht auf eine starre und automatische Anwendung der Hallstein-Doktrin bedeutet selbstverständlich...“

⁴ Die FDP hatte es abgelehnt, selbst den Nachfolger Buchers zu stellen, weil sie damit ihre Haltung im Bundestag (Ablehnung der Fristverlängerung) noch nachträglich relativiert oder sogar gänzlich in Frage gestellt hätte.

Montag, den 29. März 1965

Am Mittwoch werden Bundesvorstand und Fraktion in gemeinsamer Sitzung die gegenwärtige kritische Lage in der Koalition beraten. Erhard hatte noch am Samstag Karl Weber tatsächlich mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Werden wir nun unsere Drohungen wahr machen oder lieber klein begeben?

Mende zeigte sich heute morgen im Team sehr zufrieden mit dem Echo, das seine Frankfurter Rede in der Auslandspresse gefunden hat; er glaubt, die FDP könne noch monatelang davon zehren. Optimistisch beurteilte unser Vorsitzender auch die freundschaftlichen Trinksprüche, die de Gaulle dieser Tage mit dem sowjetischen Botschafter in Paris austauschte: sie sind nach Ansicht unseres Chefs lediglich Ausdruck des persönlich guten Verhältnisses zwischen diesen beiden Politikern nicht jedoch eines neuen französisch-sowjetischen Flirts.

Mittwoch, den 31. März 1965

Gestern für einen Tag zum CDU-Parteitag in Düsseldorf. Im Außenpolitischen Arbeitskreis setzte sich Schröder diplomatisch, aber doch unmißverständlich mit seinen parteiinternen Kritikern auseinander. Dabei fiel auch das Wort von der „böswilligen Rufmord-Kampagne“, das wohl auf Strauß und dessen publizistischen Anhang gemünzt war. Jaeger, der als Gast am Parteitag teilnahm, revanchierte sich indirekt, indem er massiv die FDP und deren Ost- und Deutschlandpolitik attackierte, mit der sich der Außenminister bekanntlich ziemlich weitgehend identifiziert. Referate und Diskussionen im Arbeitskreis markierten die gegensätzlichen Standpunkte in der Union: Schröder, und mit ihm Gradl, Friedensburg und (mit Einschränkungen) auch von Merkatz glauben an Veränderungen bei den Kommunisten, dagegen sind von Hassel, Jahn, Kliesing und Jaeger von deren Umwandelbarkeit überzeugt. Die erste Gruppe hat die Notwendigkeit einer Friedenspolitik gegenüber Osteuropa erkannt, die zweite verharret auf der „Politik der Stärke“.

Inzwischen haben neben der CDU und CSU auch die Sozialdemokraten unseren Frankfurter Parteitag mit der offenbar unvermeidlichen Polemik bedacht. Es ist Wahlkampf, und also muß auch Brandt die Notwendigkeit diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten bezweifeln, müssen Mommer und Mattick die Mende-Rede zum Anlaß nehmen, um in einer Fragestunde Gegensätze zwischen Kanzler und Vizekanzler herausarbeiten zu können⁵.

⁵ Siehe dazu: „Schröder wehrt sich gegen seine Kritiker“ – in: *DPA* 190.id vom 30. 3. 1965. Die *Quick* hatte Ende März Dr. Schröder zum „Versager des Jahres“ erklärt und in einem anonymen Artikel den Rücktritt des Ministers gefordert.

Donnerstag, den 8. April 1965

Heute morgen planmäßig aus Berlin zurückgekehrt. Die Sowjets und ihre deutschen Freunde haben inzwischen ihre Wut über die Berlin-Sitzung des Deutschen Bundestages ausgetobt. Das ganze Instrumentarium des Kalten Krieges wurde vorgeführt – und noch einiges mehr: Autobahnsperren, Störflüge in den Korridoren, Anti-Bonn-Propaganda und – als neueste sozialistische Errungenschaft – Tieffliegerangriffe auf West-Berlin. Die Kommunisten benahmen sich einige Tag lang wie die Wahnsinnigen, doch dieser Wahnsinn hatte leider Methode.

Am Montag wurde die Autobahn Berlin–Helmstedt für vier Stunden und auch die Elbeschiffahrt gesperrt – zum ersten Male seit der Berliner Blockade. Am Dienstag ordneten die sowjetischen Behörden zeitweilige Reisebeschränkungen für den Stab der US-Militärmission in Potsdam an. Am Abend dieses Tages nach unserer Fraktionssitzung im Reichstag veranstalteten kommunistische Düsenjäger erstmals Tiefflüge über West-Berlin. Und am Mittwoch, am Tage der Plenarsitzung, war über dem westlichen Teil der Stadt die Hölle los: Stundenlang donnerten die MIG 21 in Höhen von 100 bis 200 Metern (!) über die Kongreßhalle hinweg, durchbrachen die Schallmauer, sprengten so Fenster- und Schaufensterscheiben, ließen den Putz von den Zimmerdecken rieseln und feuerten über den französischen Sektor sogar einmal die Bordwaffen ab. Gleichzeitig wurde die Autobahn erneut gesperrt, gab es Störflüge sowjetischer Düsenmaschinen in den Luftkorridoren.

Die Berliner reagierten auf diesen verbrecherischen Unsinn im allgemeinen mit erstaunlichem Gleichmut, die drei westlichen Schutzmächte ebenfalls. Letzteres ist freilich weniger beruhigend. Unsere Verbündeten fühlen sich offenbar nicht herausgefordert, solange ihre Militärtransporte weiterhin ungehindert hin- und herfahren können und somit die zeitweilige Blockade nur zu Lasten der Bevölkerung in West-Berlin und der Bundesbürger geht. Auch die stundenlange totale Beherrschung des Luftraumes über West-Berlin durch kommunistische Kriegsflugzeuge kratzt Franzosen, Briten und Amerikaner offenbar wenig, solange sie nur auf eine zeitliche Begrenzung solcher Aktionen hoffen dürfen. In dieser Woche wurde uns in Berlin nicht nur die Macht der Sowjets in Mitteleuropa und deren Entschlossenheit vor Augen geführt, keinen Schritt vor westlichen Ansprüchen zurückzuweichen; wir mußten auch die offensichtliche Abneigung der westlichen Alliierten gegen Berlin-Sitzungen des Bundestages zur Kenntnis nehmen. Daraus gilt es jetzt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, d. h., unsere Deutschlandpolitik endlich den grundsätzlichen Veränderungen der Lage anzupassen, so wie wir Freien Demokraten es in Frankfurt bereits begonnen haben.

Samstag, den 10. April 1965

Mein heutiges Referat auf der Jahreshauptversammlung der Neuwieder FDP fand bei dem zahlenmäßig leider nur kleinen Zuhörerkreis lebhaft Zustimmung. Sowohl mein Fazit der Berlin-Tagung des Parlaments als auch die scharfe Kritik am Koalitionspartner, bei gleichzeitiger vorsichtiger Option für eine Verbindung mit der SPD, stieß auf Sympathie. Und das in einem Landesverband, der allgemein als „konservativ“ gilt ...

Gestern teilte mir Friderichs mit, Ende dieses Monats werde nun endgültig ein neuer Pressechef eingestellt. Sein Name soll vorerst nicht bekanntgegeben werden.

Mittwoch, den 14. April 1965

Mißverständliche Interpretationen meines fdk-Artikels vom 8. April veranlaßten mich gestern zu einer präziseren Darstellung unseres Verhältnisses zu den Westmächten. Es bedurfte schließlich nicht erst eines alarmierenden Kommentars von *La Nation*⁶, um zu erkennen, wie weit sich Bonn von seinen Verbündeten in der Deutschlandpolitik mittlerweile entfernt hat. Die behutsame Reaktion der Westmächte auf die Berlin-Rüpeleien Moskaus und Ostberlins, die Vorgänge im Botschafterlenkungsausschuß sowie die sich ganz allgemein allmählich immer mehr annähernden Positionen der vier Siegermächte in Grundsatzfragen der Ost-West-Politik bestätigen die Berechtigung einer illusionslosen Bestandsaufnahme, wie sie Mende auf unserem Frankfurter Parteitag vorgenommen hat.

Wie am Dienstag zu erfahren war, teilen sowohl Franzosen als auch Briten die schweren Bedenken gegen Berlin-Sitzungen des Bundestages, die über die US-Botschaft an die Öffentlichkeit gelangt waren. Das hat dazu geführt, daß der Bundesrat seine Absicht, noch vor den Sommerferien in Berlin zu tagen, offenbar vorerst aufgegeben hat.

Mittwoch, den 21. April 1965

Gestern erfuhr ich aus dem BPA, daß die NDP an der Saar zur Zeit mit Heinrich Schneider in Verhandlungen über dessen Übertritt zu diesem rechtsradikalen Verein stehen soll. FDP-Landesgeschäftsführer G. teilte mir heute telefonisch mit, daß solche Verhandlungen zwar nicht exakt nachgewiesen werden könnten, doch Schneider vor einiger Zeit erklärt habe, die bürgerlichen Parteien hätten abgewirtschaftet. Da man in Saar-

⁶ Dieser *La Nation*-Artikel war der eigentliche Anlaß für Schollwers Kommentar. Lt. *Die Welt* vom 14. 4. 1965 („Bonner Reaktion auf Artikel in *La Nation*“) hatte das gaullistische Parteiblatt angeregt, die Bundesrepublik solle durch eine neue Deutschlandpolitik zur Versöhnung West- und Osteuropas beitragen. Das Blatt äußerte Zweifel am Nutzen der Hallstein-Doktrin, forderte die Bundesregierung auf, „den neuen Gegebenheiten Rechnung (zu) tragen“ und ihre Außen- und Deutschlandpolitik zu revidieren.

brücken befürchtet, daß Schn. mit einem Parteiübertritt noch vor den Landtagswahlen liebäugelte, hat G. auf der letzten Landesvorstandssitzung den Ausschluß Schneiders aus der Partei vorgeschlagen. Wegen der Mehrheitsverhältnisse im Landtag habe der Vorstand diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Samstag, den 24. April 1965

Die Jungdemokraten machen sich Gedanken über eine Deutschland-Politik der mittleren Schritte. Gestern abend und heute vormittag nahm ich an Beratungen der Arbeitsgemeinschaft Weißenburg der DJD über Richtlinien für die Tätigkeit gesamtdeutscher technischer Kommissionen teil. Letztes Ziel dieser Tätigkeit soll eine Konföderation beider deutscher Staaten sein. Die Sache ist noch nicht ganz ausgereift; deshalb empfahl ich den Jungdemokraten, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht vorerst den Plan nicht zu veröffentlichen, da weder der DJD-Bundesverband noch die FDP damit einverstanden wären.

Schweren Herzens verzichteten sie auf ihr Vorhaben zugunsten eines kurzen Kommuniques.

Inzwischen hat Mendes letztes Gespräch mit Smirnow in Bonn einigen Wirbel ausgelöst. Die Union ärgert sich besonders über das nach dem als privat bezeichneten Gespräch herausgegebene offizielle Komunique und argwöhnt eine Einschaltung Mendes in die Außenpolitik ohne Auftrag. Immerhin ergab dieses Gespräch Gewißheit darüber, daß Moskau weder gegenwärtig noch in naher Zukunft bereit ist, mit Bonn offizielle Gespräche über die Berlin- und Deutschlandpolitik zu führen. Dieses wollen ja Dehler und Achenbach immer noch nicht wahrhaben.

Mittwoch, den 28. April 1965

An der jüngsten Verstimmung der Amerikaner gegenüber Bonn bin ich vielleicht nicht ganz unschuldig. Mouser und Dunningan sprachen Genscher und mich heute bei einem Essen im Hotel Rheinland (Godesberg) auf Mendes Vietnam-Äußerungen in Solingen an. Die Erklärung des Vorsitzenden, er halte die Lage der Vereinigten Staaten in Vietnam für hoffnungslos und unterstütze die Bemühungen de Gaulles um Verhandlungen über Vietnam, habe in Washington Verärgerung hervorgerufen. Vorwurfsvoll meinten unsere amerikanischen Gesprächspartner, de Gaulles Politik (mit der sich Mende hier identifiziere) laufe, wie die gestrige Fernsehansprache des Präsidenten ausweise, doch auf ein „Bekenntnis zum Neutralismus“ hinaus. Ich habe den Verdacht, daß Mende sich einige Gedanken meines fdk-Artikels vom 9. Februar zueigen machte.

Der Wahlkampf hat begonnen, auch in der Presse. Mende und Anhang verschönten bereits die Regenbogen-Zeitungen⁷. Bolesch (*Mittag*) bot mir gestern in seinem Blatt eine wöchentliche Kolumne bis zur Wahl an. Ein gleiches Angebot erhielten Barsig und Rathke. Das soll wohl so eine Art Dauerdiskussion zwischen den drei Parteiprechern werden. Friderichs hat's schon genehmigt.

Freitag, den 7. Mai 1965
Hellenthal

Seit Mittwoch zu einem Kurzurlaub in der Eifel, mieses Wetter. Am Montag zerbrach in Hannover die SPD/FDP-Koalition an der leidigen Konkordatsfrage⁸. Nun steht uns dort ein schwarz-rotes Regierungsbündnis ins Haus. Leider hat der *General-Anzeiger* wohl nicht ganz unrecht, wenn er die Rolle unserer niedersächsischen Parteifreunde bei den Auseinandersetzungen über das Konkordat als etwas undurchsichtig darstellt. Darum hat voraussichtlich auch die Bundespartei den Eklat bisher nur zurückhaltend kommentiert.

In der Union wächst die Kritik an de Gaulle. Das Drängen des Generals auf eine neue Ost- und Deutschlandpolitik, das Verhalten Frankreichs im Botschafter-Lenkungsausschuß⁹ sowie spektakuläre ostpolitische Aktionen des französischen Präsidenten, fallen nun auch den Christdemokraten allmählich auf den Wecker. Die Verharmlosungen der zwischen Paris und Bonn schon seit Jahren bestehenden Meinungsverschiedenheiten rächen sich jetzt. Hoffentlich platzt der Knoten endlich auch bei eigenen (gaullistischen) Parteifreunden.

Heute telefonierte ich meinen ersten Mittag-Beitrag nach Bonn durch, eine Antwort auf die Artikel von Rathke und Barsig, die bereits zu Wort gekommen sind und sich gegenseitig attackierten.

⁷ „Ein Mende kommt selten allein – Der deutsche Vizekanzler und seine Familie“ – in *Quick* Nr. 17 vom 25. 4. 1965. „Mein Mann sieht sehr gut aus“ – Zitate aus *Quick* und *Revue* in: *Der Spiegel* Nr. 18 vom 28. 4. 1965.

⁸ Am 26. 2. hatte Niedersachsen als erstes Bundesland mit Zustimmung der vier FDP-Minister, jedoch gegen den erklärten Willen der FDP-Landtagsfraktion ein Landeskongordat mit dem Vatikan abgeschlossen. Der Widerstand der FDP-Fraktion richtete sich vor allem gegen eine aus dem Konkordat resultierende Novelle zu dem seit 1954 bestehenden niedersächsischen Schulgesetz, durch die die rechtliche Grundlage für die von der Katholischen Kirche gewünschte Errichtung von Konfessionsschulen geschaffen werden sollte.

⁹ Das Scheitern einer ursprünglich bereits für den 5. 5. vorgesehenen Deutschland-erklärung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik im Botschafterlenkungsausschuß wurde von Bonn vor allem Frankreich in die Schuhe geschoben. Der französische Vertreter hatte im Ausschuß die Forderung erhoben, in diese Erklärung die These de Gaulles von der „Europäisierung“ der Deutschlandfrage aufzunehmen. Dieser Vorschlag war von den drei anderen Mitgliedern des Lenkungsausschusses wegen seines gegen die USA gerichteten Akzents zurückgewiesen worden.

Samstag, den 15. Mai 1965

Erhards überraschende sonntägliche Entschlußfreudigkeit im März kommt der Bundesrepublik im Mai doch noch teuer zu stehen. Seitdem am Donnerstag die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekannt wurde, haben bis heute zehn arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Bonn abgebrochen¹⁰. Viel Feind, viel Ehr? Oder doch eher notwendige Konsequenz einer hinter internationalen Entwicklungen herhinkenden deutschen Außenpolitik? Es wäre wohl besser gewesen, Erhard hätte die Warnungen Schröders und der Freien Demokraten damals nicht in den Wind geschlagen, statt sich der Israel-Lobby zu beugen. So ging der Schuß nach hinten los: aus der Alleinvertretung wird nun die Abwesenheit Bonns in den meisten Staaten der Nahost-Region – ein totales Fiasko der Hallstein-Politik.

Samstag, den 22. Mai 1965

In Niedersachsen ist inzwischen ein schwarz-rotes Kabinett vereidigt worden, dem die Sozis nun ihre kulturpolitischen Ziele und die niedersächsische Schulordnung opfern werden, zum Ruhme des Vatikans¹¹. Komische Sozialisten! Fast so absurd wie Johnsons inzwischen gescheiterte „Friedensinitiative“, die darin bestand, daß er ein paar Tage die Nordvietnamesen nicht mit amerikanischen Bomben eindeckte. Nun wundert sich der Staatsmann, daß die Vietnamesen auf die Feuerpause nicht reagiert haben.

Dienstag, den 25. Mai 1965

Die Fraktion beschäftigte sich mit der Notstandsgesetzgebung, die jetzt in ihre entscheidende Phase tritt und diesmal auch die Billigung der Fraktionsmehrheit finden dürfte. Nur die Sozialdemokraten scheinen sich noch zu sperren. – Bei den Beratungen des Schlußgesetzes für Entschädigungsleistungen an NS-Verfolgte wurde klar, daß einige aus NRW mit Nein stimmen wollen, weil angeblich die Kriegsoffer durch dieses Gesetz benachteiligt würden.

¹⁰ Am 5. 5. hatte das Bundeskabinett der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel zugestimmt und diesen Schritt am 13. Mai offiziell mitgeteilt. Noch am gleichen Tage brachen Ägypten, Algerien, Syrien, Saudi-Arabien, Kuwait, der Jemen und Jordanien die Beziehungen zu Bonn ab; der Libanon und der Sudan folgten einen Tag darauf. Der Irak hatte schon am 12. 5. vorfristig diesen Schritt getan.

¹¹ Anfang Mai war in Niedersachsen die Koalition von SPD und FDP wegen des Vertragsentwurfs für ein Konkordat mit dem Vatikan gescheitert. Das Konkordat sah Erleichterungen in der Einrichtung von Bekenntnisschulen vor.

Freitag, den 28. Mai 1965

Dufhues hat heute vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in der Bonner Beethovenhalle Mende (ohne Namensnennung) heftig attackiert, von einem „Rückfall in nationalistisches Denken“ gesprochen und sich scharf gegen „nationale Alleingänge“ gewandt. Es gäbe eine „törichte Diskussion um unsere Nationalhymne, von Leuten aufgegriffen, die einen Ministerposten haben“. D. erinnerte an den leidigen Flaggenstreit in der Weimarer Republik und rief auf, dafür zu sorgen, „daß diese Diskussion bald zu Ende kommt“¹². In der abschließenden Pressekonferenz fragte ein Vertreter der Marburger Studentenzeitung Dr. Schröder, ob es den Tatsachen entspräche, daß es zwischen ihm und Mende eine geheime Absprache darüber gebe, über die Hallstein-Doktrin nicht mehr zu sprechen. Schröder meinte, da habe man Mende wohl mißverstanden. Er selbst nehme den Begriff „Hallstein-Doktrin“ nicht gerne in den Mund. Im übrigen könne er zu dem, was Mende gesagt habe, keine Stellung nehmen: „Die Bundesminister interpretieren sich selbst“. Die Vermutung spreche allerdings dafür, daß sich die Bundesregierung in dieser Frage einig sei; das Gegenteil müßte bewiesen werden.

Ein beunruhigender Mangel an Tatsachensinn offenbarte dieser Tage der Baron von Guttenberg in einem *Mittag*-Interview; er schlug allen Ernstes die Bildung einer Arbeitsgruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik vor, deren alleinige Aufgabe es sein solle, eine internationale Anerkennung der DDR zu verhindern (!). Das Blatt hat meine kritische Stellungnahme zu diesem weltfremden Vorschlag heute abgedruckt.

Freitag, den 4. Juni 1965

Die Festlegung unseres Wahlslogans und eine zumindest zeitweilige Distanzierung des FDP-Vorstandes vom LSD waren das Ergebnis der heutigen Sitzung der Führungsgremien. Der Vorschlag Mende/Friderichs, die Partei unter dem Motto „Neue Wege wagen – die FDP nötiger denn je“ in den Wahlkampf ziehen zu lassen, wurde am Vormittag im Geschäftsführenden Vorstand gegen die Stimmen Mischnicks, Starkes und Dehlers verabschiedet; am Nachmittag, im Gesamtvorstand, votierten neben Misch-

¹² „Deutschland, Deutschland über alles – Der FDP-Vorsitzende Mende rührt die nationale Trommel“ – in *Basler Nationalzeitung* vom 29. 4. 1965. Diesem Bericht Flügges zufolge zog Mende „seit Wochen durch die westdeutschen Länder, um für ‚ein gesundes Nationalgefühl und einen geläuterten Nationalismus‘ zu werben.“ Unter „geläutertem Nationalgefühl“ verstehe Mende unter anderem, daß auch wieder die erste Strophe des Deutschlandliedes „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen werden sollte. „Auch bedauerte Mende, daß die neuen Truppenfahnen ... nicht das Eiserne Kreuz, sondern den Bundesadler zeigen. So äußerte sich Mende auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP...“.

nick u. a. auch Bezold, Glahn und Zoglmann dagegen¹³. Lange Zeit beanspruchte das Thema LSD. Mende hatte beantragt, die Zusammenarbeit mit den liberalen Studenten zu beenden, weil einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie der bayerische Landesvorsitzende des LSD der SPD angehören. Erschwerend komme hinzu, daß der Studentenverband gegen die Notstandsgesetzgebung und die Vietnam-Politik der USA Stellung nehme (tat das nicht auch Mende?) und sich sowohl für die Zwei-staatlichkeit Deutschlands als auch für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausspreche. Nicht zuletzt der geschickten Verteidigung des LSD-Vorsitzenden Frey war es wohl zu verdanken, daß die Vorstandsmehrheit von einem endgültigen Bruch mit dem LSD nichts wissen wollte. Besonders Borm, aber auch Holl, Erbe, Kastenmeyer, Bucher und Dehler vermochten Mendes Auffassung nicht zu teilen, daß der FDP „eine unmittelbare Gefahr durch das Verhalten des LSD“ drohe. So stimmte man zwar Mendes Antrag zu, die Kooptierung Freys zum Bundesvorstand vorerst wie die Finanzierung des Studentenbundes „bis zur Klärung der politischen Verantwortlichkeiten“ auszusetzen; doch für „tabula rasa“ – wie es die Vorsitzende gewünscht hätte – war keine Mehrheit zu bekommen.

Zur Wahlkampfsituation meinte M., die CDU/CSU segele „in einem gewissen Aufwind“. Strauß werde vermutlich in der kommenden Woche eine Erklärung abgeben, daß er auf einen Ministerposten im nächsten Kabinett verzichte. SPD und CDU/CSU lägen in der Wählergunst zur Zeit „Kopf an Kopf“, aber 30 Prozent der Wähler seien noch unentschlossen. Um diese gehe der Wahlkampf. Die FDP verspüre zwar Auftrieb, habe aber finanzielle Schwierigkeiten (schon jetzt ein Defizit von 2 Millionen!). Moskau sei an einem Wahlerfolg der Koalition nicht interessiert. Für August/September rechnet Mende darum mit „massiven Eingriffen“ Moskaus in den Wahlkampf zugunsten der SPD; auch Washington werde sich für die Sozialdemokraten stark machen.

Zur außenpolitischen Situation erklärte der Vorsitzende, die neue Passierscheinvereinbarung werde vielleicht wegen der Forderungen Ostberlins „in die Binsen“ gehen. Es sei mit einem Gegenzug Moskaus für Vietnam in Berlin zu rechnen: z. B. Visumszwang bei Durchreisen durch die Zone¹⁴. Das werde zu einer „ganz großen Erschwerung unserer Deutschlandpolitik“ führen. Die Verhandlungen mit den Rumänen wären schon sehr weit gediehen, doch sei mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erst nach den Wahlen zu rechnen.

¹³ Mischnick hatte gegen diesen Slogan wegen der „Koalitionsfrage“ Bedenken, Prof. Erbe, weil es nach seiner Auffassung erforderlich sei, ein „vernünftiges Verhältnis zur Dummheit der Wähler“ zu haben, und Leuze, weil niemand wisse, was das bedeuten solle.

¹⁴ Diese Voraussage Mendes traf nicht ein; die DDR forderte jedoch am 24. 6. für den grenzüberschreitenden Binnenschiffsverkehr die Verwendung von Erlaubnisscheinen der DDR anstelle der bisherigen Permits.

Freitag, den 11. Juni 1965

Aufschlußreiche Einblicke in den politischen Hintergrund der Arbeit des Forschungsbeirates vermittelten Ausführungen seines Präsidenten Gradl am Mittwochvormittag im Berliner Bundeshaus. Anläßlich der Vorlage eines neuen Tätigkeitsberichtes des Beirates vermittelte G. den aus der Bundesrepublik angereisten Journalisten u. a. folgende außen- und deutschlandpolitische Erkenntnisse: Gromyko sage, wegen der Auseinanderentwicklung der Wirtschaftssysteme sei eine Wiedervereinigung niemals möglich; Gromyko irre: denn eine „reibungslöse, bruchlose Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands“ sei durchaus möglich. Wenn gesagt werde, die Bundesrepublik hätte die Absicht, die Zone zu schlucken, dann treffe das nicht zu. Das Leitbild des wiedervereinigten Deutschland sei die soziale Wettbewerbswirtschaft. Die Wiedervereinigung werde sich vollziehen mit dem Ziel, „eine Ordnung zu schaffen, die der der Bundesrepublik entspricht“. Lange Übergangszeiten oder eine Wirtschaftsmauer seien bei diesem Prozeß nicht erforderlich. Vielmehr müsse „so schnell wie möglich ein freies Hin und Her von Menschen, Waren etc.“ ermöglicht werden.

Die Berichte der Professoren waren zumeist realitätsbezogener, wenn auch Zweifel an der These Thalheims anzumelden sind, die überwiegende Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung werde sich im Falle einer Wiedervereinigung für die marktwirtschaftliche Ordnung entscheiden. Als ich fragte, worauf der Forschungsbeirat nach 20 Jahren Kommunismus im anderen Teil Deutschlands solche Annahmen stütze, meinte Gradl, man sei eben davon überzeugt. Auf eine Zusatzfrage mußte G. allerdings zugeben, daß die DDR-Bevölkerung in Wirtschaftsfragen durchaus differenziere, bestimmten Vorstellungen zustimme, andere ablehne. Ich gab zu bedenken, daß der Forschungsbericht von falschen Voraussetzungen ausgehe, weil er zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung eine souveräne Bundesrepublik unterstelle, obwohl dann die Bundesrepublik vermutlich fest in die EWG integriert sein werde und somit ganz andere Institutionen über diese Fragen zu bestimmen hätten. Habe sich der Forschungsbeirat darüber schon einmal Gedanken gemacht?

Gradl – etwas gereizt: „Keine Sorge, daß wir nicht auch nach der Integration souverän über Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheiden können“.

Im übrigen sei bis 1970 ohnehin noch Zeit, sich über dieses Problem den Kopf zu zerbrechen.

Gestern mittag, nach einer Stadtrundfahrt für uns Journalisten, gab Herz im Schöneberger Rathaus ein Essen. Bei dieser Gelegenheit attackierte er Mende, weil dieser sich pessimistisch über die bevorstehenden Passierscheinverhandlungen geäußert hatte. Auch behauptete H., Mende verstehe unter „mittleren Schritten“ in der Deutschlandfrage nur die Befreiung der politischen Häftlinge in der Zone. Offenbar befindet sich die

Senatspressestelle auch schon im vollen Wahlkampf, obwohl die Berliner im Herbst bekanntlich nicht zu den Urnen gerufen werden.

Montag, den 14. Juni 1965

„Team“ ohne Mende. Friderichs teilte mit, die fünf Spitzen-Politiker der Partei hätten anlässlich der Aufnahmen für das große Wahlplakat¹⁵ in Nürnberg beschlossen, den Vorstandsbeschuß vom 4. Juni umzustoßen und mit der Parole „Weiter auf neuen Wegen!“ in den Wahlkampf zu ziehen; unser Werbeberater habe ihnen das aufgeschwatzt. Die Reaktion im „Team“ war einheitlich ablehnend; besonders scharfe Kritik übte Genschler, der wohl um die Dynamik unseres Wahlkampfes fürchtet.

Dienstag, den 22. Juni 1965

Gestern früh berichtete uns Mende, Fachgespräche in Washington hätten unseren deutschlandpolitischen Kurs bestätigt, wie er in Frankfurt festgelegt wurde: bei der Bildung der technischen Kommissionen sei Einvernehmen mit den Amerikanern ausreichend. Bei einem anderthalbstündigen Gespräch mit Rusk wäre klar geworden, daß der amerikanische Außenminister völlig unsere und Schröders Grundkonzeption teile. Washington erwarte nach den Wahlen von der Bundesrepublik konkrete Vorschläge. Die USA stellen sich zudem darauf ein, daß Frankreich die NATO verlasse. Die amerikanischen Intellektuellen seien alle gegen den Vietnam-Kurs der Regierung, die sich nach der Monsun-Zeit „an den Verhandlungstisch bomben“ wolle. Noch etwas Makabres: Knapppstein habe sich dagegen ausgesprochen, daß Mende am Grabmal Kennedys einen Kranz niederlegt: Johnson wünsche kein „Kennedy-Memorial“. Es sei dann lange geprüft worden, ob unser Vorsitzender einen 50- oder einen 75-Dollar-Kranz deponieren solle.

Am Montagabend mein erster Einsatz im (rheinlandpfälzischen) Bundestagswahlkampf: Forumsveranstaltungen in Niederbieber-Torney, einem kleinen Ort nahe Neuwied¹⁶. Bundestagskandidat ist hier Staatssekretär Buchheim, zu dessen Verstärkung ich angereist war. Die Diskussion

¹⁵ Auf der Vorstandssitzung am 4. 6. hatte man beschlossen, die letzten 20 Tage vor der Wahl ein Großplakat zu kleben, das unter dem Motto „Politiker aus Verantwortung“ fünf Spitzenpolitiker der FDP zeigen sollte (Mende, von Kühlmann, Bucher, Weyer und Mischnick).

¹⁶ Nach dem Vorbild der „Winterreise“, durchgeführt von FDP-Spitzen-Politikern im Winterhalbjahr, wurden im Bund und in den Ländern während des Wahlkampfes „Sommerreisen“ durchgeführt. Bei diesen öffentlichen Veranstaltungen stellte sich jeweils ein Team von etwa fünf Bundes- bzw. Landespolitikern der Partei dem Wählerpublikum zur Rede und Antwort. Die erste dieser Forumsveranstaltungen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz fand am 21. 6. 1965 in Niederbieber-Segeundorf, Ortsteil Torney, unter dem inzwischen schon wieder von der FDP-Spitze zurückgezogenen Wahlslogan „Neue Wege wagen – FDP nötiger denn je“ statt.

mit Vertretern der Verbände und der Presse verlief bei kleinem Auditorium etwas zäh.

Mendes Pessimismus in der Passierscheinfrage ist inzwischen voll bestätigt worden: Das erste Gespräch der neuen Runde wurde gestern in West-Berlin bereits nach zehn Minuten abgebrochen: Kohl hatte eine ausreichende Bevollmächtigung Korbors bezweifelt. Die Taktik Ostberlins ist klar: Bonn und der Berliner Senat auf den Weg der Regierungsverhandlungen zu drängen. Wie sagte doch Rainer Barzel kürzlich, als er unseren Vorsitzenden vor die Schienbeine trat? „Die Zeit arbeitet nicht für, sondern gegen die Kommunisten.“ Schön wär's ja...

Montag, den 28. Juni 1965

Das enttäuschende Wahlergebnis an der Saar vom Sonntag beschäftigte heute nachmittag den Bundesvorstand¹⁷. Mende führt das schlechte Abschneiden der DPS auf den „desolaten Zustand des Landesverbandes“ zurück. Weyers kurioser Vorschlag, Schneider zum Bundestagskandidaten zu machen und ihn die saarländische Landesliste anführen zu lassen, fand zwar die Zustimmung Dehlers (!), jedoch Widerspruch bei Mende: Wenn wir Schneider für eine Kandidatur gewönnen, trete Simonis aus der Partei aus; die Lage an der Saar sei „unheilbar“. – Dennoch ist an einer Fortsetzung der bisherigen Koalition in Saarbrücken wohl nicht zu zweifeln. Unsere Freunde an der Saar sind da auch gar nicht pingelig: Bei nur noch vier Abgeordneten im Landtag erwarten sie zwei Ministerposten. Man kann Mende nur zustimmen, wenn er heute meinte, er habe dabei ein „ungutes Gefühl“. So empfahl der Vorstand Beschränkung: ein Minister sei genug. Leider gab man dem Drängen Weyers bezüglich der weiteren Karriere von Herrn Schneider insoweit nach, daß man nun mit ihm wegen einer Bundestagskandidatur sprechen will, unter der Bedingung freilich, daß Schneider in der Partei mitarbeitet (als ob das nicht selbstverständlich wäre).

Im übrigen traf der Vorstand Vorbereitungen für den Göttinger Kongreß¹⁸. Dehler, Hamm-Brücher und Mende trugen Gedanken für die von ihnen zu haltenden Referate vor. Wieweit letzterer sich dabei auf meinen Entwurf stützte, erfuhr ich nicht, weil ich gerade zu diesem Zeitpunkt hinausgerufen wurde¹⁹.

¹⁷ Bei den saarländischen Landtagswahlen am 27. 6. 1965 erhielten: die CDU 42,7 (1960: 36,6), die SPD 40,7 (30,0) und die FDP/DPS 8,3 (13,8) der Stimmen.

¹⁸ Für den 7. 7. 1965 war in der Stadthalle Göttingen ein Bundeskongreß der FDP unter dem Leitwort „Freiheit fordert Entscheidung“ vorgesehen.

¹⁹ Am 23. 6. hatte Schollwer Mendes persönlichem Referenten Brodesser einen 10 Schreibmaschinenseiten umfassenden Entwurf für die Rede in Göttingen zugeleitet. In dem Anschreiben zum Entwurf heißt es: „Wie verabredet bin ich... nicht über die Forderungen des Frankfurter Parteitages hinausgegangen. Allerdings habe ich den Versuch gemacht, unsere Politik der kleinen und mittleren Schritte gewissermaßen ideologisch zu begründen. Hier steckt vielleicht an der einen oder anderen

Aus der Diskussion wurde deutlich, daß Dehler sich in seinem Vortrag auf ideologische Fragen beschränken („ich kann nur ein Elementarium geben“), konkrete Fragen wie künftige Strukturveränderungen in der Wirtschaft (Vorschlag Müller-Link) ausklammern will (Dehler: „keine Phantasmagorien“). Von diesem Vorurteil konnte D. auch nicht durch den Einwand Hamm-Brüchers abgebracht werden, Futurologie sei heute eine durchaus ernstzunehmende Wissenschaft.

Danach erörterte man den Fall Baare-Schmidt²⁰. Ihm wird Schlimmes vorgeworfen: Anerkennung der DDR, Verhandlungen mit Ost-Berlin, Anerkennung der Ostgrenzen, Ablehnung des Atomminengürtels an der Zonengrenze. Weyer bezeichnete Baares politische Vorstellungen als „wirres Zeug“; B.-S. habe „Schollwers-Thesen übernommen und auch ausdrücklich darauf Bezug genommen.“ Nun weiß ich wenigstens, was Weyer von meiner Politik hält... Peters verteidigte den Beschuldigten, bestritt die meisten der gegen Baare erhobenen Vorwürfe und versuchte den Vorstand mit der Bemerkung zu beruhigen, Eisenmann habe bereits erklärt, das Baare-Konzept sei „eine private Studie, wir distanzieren uns davon“ (Zwischenruf Hoppes: „Schollwer!“). Doch Friderichs war so nicht zu beruhigen: die CDU wünsche sich geradezu einen solchen FDP-Bundestagskandidaten. Damit dürfte wohl der Stab über den Parteifreund gebrochen sein...

Am vergangenen Freitag teilte mir Friderichs die Einstellung eines neuen Mitarbeiters für die Pressestelle mit. Er soll Koordinierungsaufgaben übernehmen sowie wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in der Pressearbeit wahrnehmen. Tags zuvor scheiterte übrigens der Versuch, noch in diesem Bundestag die notwendigen Verfassungsänderungen für den Notstandsfall vorzunehmen, an der SPD. Gegen jegliche Notstands-Verfassung sprach sich indessen nur Kohut aus, von dem sich Busse dann – namens der FDP-Fraktion – postwendend distanzierte²¹.

Fortsetzung Fußnote von Seite 264

Stelle etwas Brisanz. Ich habe mich aber bemüht, auch diese Passagen so zu formulieren, daß sie möglichst wenig Angriffspunkte für unseren Koalitionspartner bieten.“

Mende trug den Entwurf d. Verf. mit nur unwesentlichen kleinen Veränderungen in Göttingen vor.

²⁰ Der Kreisvorsitzende von Lauenburg, Baare-Schmidt, hatte sich im April auf dem schleswig-holsteinischen Landesparteitag der FDP in Bad Oldesloh lt. *Tass*-Meldung vom 12. 4. 1965 für eine Erweiterung und Entwicklung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten Osteuropas ausgesprochen. Eine solche Politik sei aber nach seiner Ansicht ohne eine Anerkennung der bestehenden Grenzen nicht möglich.

²¹ Kohut hatte den Bundesverteidigungsminister als „unseren Kriegsminister“ tituliert, mehrfach Parallelen zur Politik des „Dritten Reiches“ gezogen und erklärt: „Statt der Vorbereitung auf einen totalen Krieg hätte eine gute Politik schon seit anderthalb Jahrzehnten sich darum mühen müssen, daß die Sicherheit Gesamtdeutschlands von allen Großmächten also einschließlich Rußlands, garantiert

Montag, den 5. Juli 1965

Das LDP-Treffen in Hamburg war wie gehabt: der Aufwand stand auch diesmal in keinem Verhältnis zum Erfolg. Bemerkenswertes war rar: Allenfalls die Rede Flachs am Samstag im deutschlandpolitischen Arbeitskreis, die zwar inhaltlich gemäßigt, doch gut formuliert eine progressive Deutschlandpolitik vorsichtig anpeilte und Mischnicks Äußerungen vom Vormittag zum Alleinvertretungsrecht (unbeabsichtigt?) korrigierte²².

Die von mir formulierte und vom Kongreß angenommene Grundsatzerklärung hält sich im bekannten Rahmen – man darf diesem Personenkreis nicht allzuviel zumuten (und der im Wahlkampf befindlichen Partei natürlich auch nicht).

Gut besucht war die Mende-Kundgebung am Sonntagvormittag in „Planten und Blomen“, miserabel die anschließende Pressekonferenz des Parteivorsitzenden. Fragen wurden kaum gestellt; die wenigen erschienenen Journalisten saßen zumeist essend und schweigend auf ihren Plätzen. Heimfahrt mit meinem neuen Kollegen Willner, dem Friderichs offenbar mancherlei schwer erfüllbare Versprechungen gemacht hat, um ihn nach Bonn zu locken.

Beim heutigen Mittagessen mit Dimitrijew äußerte sich der sowjetische Diplomat vorsichtig zustimmend zu unserem Vorschlag, gesamtdeutsche technische Kommissionen zu installieren. Das ist m. W. die erste und bisher auch einzige sowjetische Meinungsäußerung zu unserem Projekt „mittlerer Schritte“. Ob man daraus schon ein Interesse Moskaus an dieser Politik entnehmen kann, weiß ich nicht.

Donnerstag, den 8. Juli 1965

Von einem Kongreß zum anderen, von Hamburg nach Göttingen. Die Absicht der Parteiführung, in dieser traditionsreichen Universitätsstadt libe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 265

wird.“ Der FDP-Abgeordnete Busse meldete sich anschließend zu Wort und erklärte, es sei nicht notwendig, klarzustellen, daß das, was Kohut vorgetragen habe, „nur seine höchst private Meinung ist. Er gehört zu den Kritikern, die weder von den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen in der Welt Kenntnis nehmen noch sich bemühen, Erkenntnis darüber zu gewinnen, was hier mühevoll erarbeitet worden ist.“

²² Flach sprach am 3. 7. im Arbeitskreis I „Deutschlandpolitik“ zum Thema „Welche Chancen bleiben uns noch? Deutschlandpolitik 20 Jahre nach Kriegsende“. F. forderte die Anpassung der deutschlandpolitischen Vorstellungen an die inzwischen veränderten politischen Gegebenheiten, auch in der DDR, wandte sich gegen jede wirtschaftliche Schwächung des anderen Staates, forderte den Abbau des Kalten Krieges auch in Deutschland, kritisierte die Tabuisierung bestimmter Thesen und erklärte: „Mit dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik allein ist noch kein Quadratmeter wiedervereinigt.“ Mischnick hatte am gleichen Tage den Alleinvertretungsgedanken als „völlig richtig“ bezeichnet, an dem festgehalten werden müsse.

rale Zuversicht und geistigen Führungsanspruch der FDP in Deutschland zu demonstrieren, scheiterte an der Interessenlosigkeit vieler Parteifreunde: nicht einmal unsere Abgeordneten waren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nach G. angereist. So dozierte Dehler sein liberales Credo, forderte Hildegard Hamm-Brücher, die FDP müsse „in einem eminent politischen Sinne zur Fortschrittspartei“ werden, verlas Mende meine sorgfältig verpackten Ketzereien in der Stadthalle vor fast leeren Stuhlreihen. Die Pressebeobachter von CDU und SPD werden sich in's Fäustchen gelacht haben.

Am späten Nachmittag mit der Bahn nach Marburg zu einer abendlichen Podiumsdiskussion mit Jahn und Preiß über das brandaktuelle Thema „die deutsch-französische Freundschaft im Spannungsfeld der Weltpolitik“. Die letzten dramatischen Ereignisse in Brüssel, vor allem der französische Rückzug aus einigen EWG-Kommissionen boten reichlich Gesprächsstoff²³. Während die Vertreter von CDU und SPD zumeist um den heißen Brei herumredeten und von ihren Illusionen hinsichtlich irgendwelcher Fortschritte in Europa zu Lebzeiten de Gaulles offenbar nicht lassen wollten, hielt ich meinen Gesprächspartnern die gegenteilige Auffassung entgegen. Nach mehreren Anläufen gelang es mir zudem, Preiß und Jahn zur Diskussion des Problems Integration und deutsche Wiedervereinigung zu veranlassen. Die etwa 70–80 Teilnehmer, Aktive der Akademischen Turnverbindung Marburg, Alte Herren und Gäste, beteiligten sich später lebhaft an der Diskussion. Auch hier waren zuweilen progauillistische Tendenzen deutlich spürbar – offenbar eine Modekrankheit.

Samstag, den 10. Juli 1965

Das Echo auf Mendes Göttinger Rede war bislang enttäuschend gering. Offenbar ist es mir nicht gelungen, deutlich zu machen, worum es der FDP in der Deutschlandpolitik jetzt geht. Möglicherweise haben aber auch die letzten fünf Seiten, die Mende selber hinzudichtete, in ihrer ganz anderen Diktion und Tendenz den Eindruck des ersten Teils wieder verwischt²⁴. Hinzu kam, daß die Presse in Göttingen kaum vertreten war.

²³ Am 30. 6. 1965 war in Brüssel die zweite Verhandlungsrunde über die Agrarfinanzierung der Gemeinschaft und eine Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments an der Haltung Frankreichs gescheitert. Am 5. 7. beschloß die französische Regierung, ihre Vertreter aus zwei der wichtigsten Ausschüsse der EWG-Kommission zurückzuziehen. Zugleich trat – auf Weisung de Gaulles – der Botschafter Frankreichs bei der EWG zurück.

²⁴ In dem von Mende stammenden Schlußteil setzte sich der FDP-Vorsitzende mit einer Erklärung von F. J. Strauß auseinander, in der dieser die Bundesrepublik als einen endgültigen Staat bezeichnet haben soll, was – nach Mendes Auffassung – gegen Text und Inhalt der Verfassung verstoße und dazu beitrage, „die sowjetische Zweistaatentheorie zu fördern.“ Mende sprach sodann dem „Ostberliner kommuni-

Bender, der sich jüngst mit einigen provozierenden Kommentaren den Zorn des Herrn von Hase und der Landsmannschaften zugezogen hat, schickte ich gestern das Mende-Referat mit dem Hinweis, daß der FDP-Vorsitzende ihn in seinem Referat zwar zitierte, doch – entgegen meinem Vorschlag – den Namen des Autors fortließ. Daß sich der Vizekanzler der Bundesrepublik die Ansichten Benders über die Ursachen der Abkapselungsmaßnahmen der DDR nach dem 13. August zueigen macht, ist aber auch ohne Namensnennung bemerkenswert.

Beachtung verdient auch Leopolds jüngster Vorschlag über eine bundesdeutsche Wirtschaftshilfe für die DDR²⁵. Die mit diesem Vorschlag verbundene Kritik an der Politik Bonns gegenüber Ostberlin hat bei der Bundesregierung begreiflicherweise Verstimmung ausgelöst. Die fdk stimmte dagegen am Dienstag in einem Kommentar den Anregungen des früheren Leiters der Treuhandstelle zu – als einziger Pressedienst der Bundesparteien übrigens. Man hat mich bisher dafür noch nicht gescholten.

Freitag, den 16. Juli 1965

Mit einem gezielten Schuß gegen die Deutschland- und Ostpolitik Schröders ist vor genau einer Woche die Deutschlanddebatte in der Bundesrepublik „angereichert“ worden²⁶. Doch ob die Schröder-Gegner mit ihrer

Fortsetzung Fußnote von Seite 267

stischen Regime“ das Recht ab, „sich als ein deutscher Staat zu deklarieren“, und erinnerte die Vier Mächte an ihre auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1955 übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Lösung der deutschen Frage.

²⁵ Der frühere Leiter der Treuhand-Stelle für den Interzonenhandel, Kurt Leopold, hatte in der Illustrierten *Quick* der Bundesregierung eine falsche Politik gegenüber der DDR vorgeworfen und sie gleichzeitig dafür verantwortlich gemacht, daß in der ostdeutschen Bevölkerung in zunehmenden Maße ein „DDR-Bewußtsein“ entsteht. L. sprach sich für eine großzügige Bonner Wirtschaftshilfe für die DDR auch auf industriellem Gebiete aus und vertrat die Auffassung, dadurch könne zu einer Entkrampfung des politischen Alltags in der DDR sowie zu einer Verbesserung der materiellen und politischen Lebensverhältnisse für die dort lebenden 17 Millionen Menschen beigetragen werden. Ein Maximum an wirtschaftlicher Verflechtung zwischen den beiden Teilen Deutschlands bezeichnete Leopold als Voraussetzung jeder erfolgversprechenden gesamtdeutschen Politik („Wirtschaftshilfe als Beitrag zur Entspannung“ – in *Basler Nationalzeitung* vom 7. 7. 1965).

²⁶ Am 9. Juli 1965 berichtete der *Rheinische Merkur* von Überlegungen des Auswärtigen Amtes, die bisherige Berlin-Klausel durch eine Grundsatzerklärung der Bundesregierung über die generelle Einbeziehung West-Berlins in handelspolitische Abmachungen mit den Ostblock-Staaten abzulösen und später dann bei den einzelnen Abkommen auf eine spezielle Festlegung zu verzichten. Das streng geheime AA-Memorandum, das Ende Juni von Schröder den Botschaftern der drei Westmächte in Bonn zugeleitet worden war, wurde dem Wochenzeitungs-Redakteur Theo M. Loch zugespielt. Die drei Westmächte meldeten gegen diesen Vorschlag Bedenken an, weil sie befürchteten, daß durch eine General-Erklärung Bonns West-Berlin international auch de jure zu einem Bestandteil der Bundesrepublik er-

Berlin-Indiskretion im *Rheinischen Merkur* nicht den deutschen Interessen mehr geschadet haben als dem Außenminister, ist kaum noch fraglich. Selbst *Christ und Welt* hält die im AA angestellten Überlegungen zur Deblockierung unserer Berlin-Politik für erwägenswert und weist auf die Quelle der Veröffentlichung hin: die Gaullisten in der CDU/CSU, denen ja schon immer jedes Mittel recht gewesen ist, um jede vernünftige Deutschland- und Ostpolitik sogleich im Keime zu ersticken²⁷.

Ein drittes Wochenblatt, die *Zeit*, setzte gestern seine Untersuchungen über die Wiedervereinigungspolitik der Parteien fort und kommt dabei zu dem Schluß, daß die SPD eine illusionslose, realistische Politik für Deutschland eher zu führen imstande sei als die CDU. Dem ist sicherlich zuzustimmen. Nicht ganz sicher bin ich allerdings, ob man auch Sommers These so ohne weiteres akzeptieren kann, die FDP habe zwar mein Memorandum von 1962 „in seinen radikalen Schlußfolgerungen verworfen“, doch sei „dessen Grundtendenz ... längst Gemeingut der Partei geworden.“ Wenn ich da an die jüngsten LSD-DJD“ und Baare-Schmidt-Debatten im Bundesvorstand denke ...

Strauß hat auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg die gleichen trüben Erfahrungen mit den Parteimitgliedern machen müssen wie wir vor kurzem mit den unseren beim Göttinger Kongreß: Von 1300 Geladenen erschienen nur 250, von 50 Bundestagsabgeordneten lediglich 17. Offenbar sind die meisten Wahlkämpfer zunächst noch einmal in Urlaub gefahren, bevor der große Endspurt beginnt. Strauß, der sich in Nürnberg bemerkenswert positiv zum Gedanken einer Großen Koalition äußerte, übte auf dem Parteitag wieder einmal heftige Kritik an der FDP, weil sie personelle Entscheidungen erzwingen. Womit der CSU-Chef wohl unsere Anti-Strauß-Vota meinte.

Zur Zeit schwirrt Bonn von Gerüchten über mögliche neue Vorstöße Ost-Berlins gegen die Berlin- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Manche unserer Koalitionsgenossen kommen zur Abwehr solcher Aktionen auf die abenteuerlichsten Ideen: Übernahme der Hallstein-Doktrin durch unsere westlichen Partner, Koordinierung der Deutschlandpolitik aller westeuropäischen Länder gegenüber der Zone. Solche weltweiten Koordinationsgedanken gehen ausgerechnet von jenen aus, die sich bisher beharrlich gegen Mendes Absicht sträubten, wenigstens die bundesrepublikanische Deutschlandpolitik sinnvoll zu koordinieren. Um in der Ber-

Fortsetzung Fußnote von Seite 268

klärt wird und damit die Zuständigkeiten der drei Schutzmächte West-Berlins geschwächt würden.

²⁷ Am 9. 7. meldete PPP, die Berlin-Pläne Schröders würden nicht weiter verfolgt, da sie durch „gezielte Indiskretion von dem Sonderminister Krone nahestehenden *Rheinischen Merkur* zu einem Zeitpunkt, in dem die Konsultationen vor allem mit den Alliierten noch nicht abgeschlossen waren, ihren Wert verloren hätten“ (ADG, S. 11 969).

lin-Frage einigermaßen planmäßig agieren zu können, hat Schröder jüngst dem Kabinett die Einrichtung einer politischen Planungsstelle für Berlin-Fragen vorgeschlagen. Ob sich aber dieses Projekt angesichts des schlechten Zustandes dieser Bundesregierung realisieren läßt, ist mehr als zweifelhaft.

Montag, den 26. Juli 1965

Unsere Wahlanzeige „... die kleben nicht am Sessel“, am vergangenen Montag auch im *Spiegel* erschienen, hat bei den Unionschristen wütende Reaktionen ausgelöst²⁸. Pressemeldungen vom heutigen Tage sprechen bereits von einer CDU/CSU-Minderheitsregierung noch vor der Wahl – so sensibel sind unsere Koalitionsgenossen! Der *Mittag* vermutet allerdings hinter einer gespielten Entrüstung taktische Erwägungen: die Spekulation auf Stimmengewinne für die Unionsparteien, falls sie mit der FDP jetzt brechen.

Mende, der wegen unserer Anzeigenkampagne am Freitag von Erhard nach München ins Hotel „Vier Jahreszeiten“ zitiert worden war, meinte heute morgen in der Abteilungsleiterbesprechung, die Geschichte sei aufgebauscht: er habe nur eine dreiviertel Stunde mit dem Kanzler über aktuelle Koalitionsprobleme gesprochen, dagegen zwei Stunden lang über Erhards bevorstehende Gespräche mit Harriman. Erhard und Dufhues hätten vor allem gegen unsere Wahlillustrierte protestiert²⁹. Da unser Vorsitzender den Eindruck machte, als suche er bereits nach einer Rückzugsmöglichkeit, warnten Friderichs, Genscher und ich sehr nachdrücklich davor, sich durch die CDU erpressen, d. h. zur Umstellung unseres Wahlkampfes zwingen zu lassen. Genscher schlug deshalb eine entsprechende Mende-Erklärung noch für den heutigen Tag vor³⁰.

²⁸ In der letzten Dekade des Juli 1965 begann eine Anzeigenkampagne der FDP unter dem Motto: „Weiter auf neuen Wegen – FDP nötiger denn je“. Die eine der Anzeigen erschien auch in der *Hör zu* Nr. 30/1965 und zeigte in einem schwarzen Viereck einen leeren Sessel. Darunter: „... die kleben nicht am Sessel“ und dann der Text (die ersten 7 Zeilen): „Sie wissen es doch genau: Die Fibag-Affäre und Spiegel-Krise, der leidenschaftliche Kampf der FDP gegen eine Verlängerung der Verjährung, die Telefonabhör-Affäre und die Schulfrage in Hannover ... hier ist überzeugend bewiesen worden, daß uns Freie Demokraten der Rechtsstaat höher steht als eine Beteiligung an der Regierung.“

²⁹ Die FDP Wahlillustrierte (Titelblatt: „Wollen Sie nach dem 19. September überfahren werden?“) brachte auf Seite 2 mit polemischen Fragestellungen („Wollen Sie eine Regierung, die Unrecht zuläßt? – Wollen Sie wieder Herrn Strauß?“) untereinander Fotos über die *Spiegel*-Aktion 1962, den Aufmarsch von bewaffneten FDJ-lern in Ost-Berlin und Franz Josef Strauß.

³⁰ Jahre später hat Erich Mende in seinem Rechtfertigungsbuch („FDP – Daten, Fakten, Hintergründe“) versucht, die Verantwortung für die Wahlillustrierte auf andere abzuwälzen: auf Ewald Bucher und die Bundesgeschäftsstelle, die zwar die „juristische Unbedenklichkeit“ geprüft hätten, jedoch, „vom Wahlkampf beflügelt,

Auch in einer anderen Sache mußten wir unserem Vorsitzenden heute morgen Korsettstangen einziehen. M. hatte über einen Beschluß von Erhard und Schröder berichtet, die Generalkonsulate der VAR in Hamburg und Frankfurt zu schließen, weil Kairo ein General-Konsulat in Pankow errichtet hat. Mende: das Kabinett werde am Mittwoch unter seinem Vorsitz so beschließen. Auf meinen und Genschers Einspruch hin (der FDP-Vorsitzende als Exekutor der Hallstein-Doktrin – eine makabre Vorstellung –!) erklärte sich M. bereit, diesen Beschluß wenigstens noch hinauszuzögern.

Am Abend zu einer Forumsdiskussion nach Mannheim. Im Bahnhofrestaurant arbeitete ich an einem Nahost-Papier für Mende zur Verwendung auf der kommenden Kabinettsitzung. Es enthält all die Punkte, die m. E. gegen eine Schließung der VAR-Konsulate sprechen.

Samstag, den 31. Juli 1965

Gestern nachmittag hat der Geschäftsführende Vorstand in Bonn einmütig beschlossen, unseren Wahlkampf trotz CDU-Drohungen unverändert fortzusetzen. Allerdings: Starke protestierte – wenn auch als einziger – heftig gegen unsere Wahlillustrierte; Mende, Funcke, Bezold, Kohl und Rubin äußerten Bedenken gegen das „Flaschen“-Inserat³¹. Wobei letzterer die provokante Frage stellt, was wir Freien Demokraten denn eigentlich aufzuweisen hätten. Mit einigen, von Mende und Funcke empfohlenen Veränderungen wird die Anzeige dennoch erscheinen.

Zu Beginn der Sitzung hatte M. noch einmal über den Koalitionskrach berichtet und dabei weitgehend den jüngsten *Spiegel*-Bericht bestätigt. Ergänzend teilte Mende jedoch mit, daß Schröder im Kabinett seine CDU-Kollegen scharf attackiert haben soll, weil diese den Vizekanzler an der Leitung der Kabinettsitzung hinderten. Auch beklagte sich M. darüber, daß die CDU eine Begegnung Harrimans mit dem FDP-Vorsitzenden zu unterbinden verstand.

Wie üblich fehlten bei M. auch nicht dramatische Neuigkeiten: So sollen die Amerikaner angeblich bereit sein, den Krieg in Vietnam notfalls noch beträchtlich auszuweiten, bis hin zu einem Krieg mit China (!) Schlußfolgerung unseres Vorsitzenden: In dieser gefährlichen Situation

Fortsetzung Fußnote von Seite 270

nicht sorgfältig genug gewesen“, seien. Mende: „Es war ein glattes Versagen des neuen Bundesgeschäftsführers Dr. Hans Friderichs...“ (a.a.O., S. 208 f.).

³¹ Die FDP plante in Fachzeitschriften die Veröffentlichung einer Anzeige, auf der zwei Flaschen zu sehen waren. Eine Flasche stand auf dem Boden, die andere auf dem Kopf; beide trugen sie das Etikett „Sicherheit“. Aus dem Text der Anzeige ging hervor, daß mit diesen Flaschen SPD und CDU gemeint waren, die als ununterscheidbar dargestellt wurden. Mit textlichen Veränderungen billigte der Geschäftsführende Vorstand das Inserat. (Vgl. ADL 86, Bestand Geschäftsführender Vorstand und *Der Spiegel* Nr. 35 vom 25. 8. 1965).

würden sich die bundesdeutschen Wähler „unter der etablierten Macht ducken“ und der CDU vielleicht die absolute Mehrheit verschaffen. Für die FDP sagte Mende mindestens 7 und nur im „besten Falle“ mehr als 10 Prozent voraus.

Attacken der CSU. Schwierige Koalitionsverhandlungen und Kanzlerwahl

Montag, den 2. August 1965

Nachdem wir uns heute morgen im „Team“ (ohne Mende) längere Zeit darüber unterhalten hatten, ob es richtig sei, über Koalitionsmöglichkeiten mit der SPD überhaupt zu sprechen, hat am Nachmittag ein Schultz-Interview mit den *X-Informationen* wegen dieser Sache beträchtlichen Wirbel ausgelöst. Die von mir formulierten Antworten fanden nur in einem einzigen Punkt breites Interesse: als Schultz für die FDP koalitionspolitische Konsequenzen aus der deutschlandpolitischen Haltung der CDU nicht ausschloß, sofern die SPD bereit wäre, „mehr auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik zu tun als unser gegenwärtiger Koalitionspartner“. Nachdem Schultz im Laufe des Nachmittags diese seine (meine) Äußerung bereits abgeschwächt hatte, beschloß der engere Vorstand gegen Abend, noch ein zweites Dementi hinterherzuschicken.

Montag, den 9. August 1965

Friderichs und Genscher erwarten für den 19. September die absolute Mehrheit für die CDU; nach ihrer Auffassung habe die SPD keine Chancen mehr, die Wahlen zu gewinnen. Außerdem wertet F. den Dortmunder Wahlkongreß der CDU als eine klare Absage an die Große Koalition. Inzwischen haben auch Gerstenmaier, Mommer und Erler bestritten, Gespräche über die Bildung einer schwarz-roten Koalition geführt zu haben. Ob entsprechende Meldungen allerdings „frei erfunden“ sind, wie die SPD-Politiker behaupten, bleibt dahingestellt. Schließlich wird zwischen den beiden Parteien schon seit fünf Jahren anhaltend gekungelt. Zudem sind sich ja die Herren offenbar auch in ihrer Abneigung gegen die Ostpolitik der Freien Demokraten einig.

Donnerstag, den 12. August 1965

Strauß hat gestern bei der Bonner Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt wegen politischer übler Nachrede beziehungsweise Verleumdung erstattet. Nachdem der CSU-Vorsitzende bereits in der vergangenen Woche eine einstweilige Verfügung gegen unsere Wahlillustrierte erwirkte

(gegen die wir inzwischen Widerspruch einlegten¹), soll sein jüngster gerichtlicher Schritt wohl vor allem dazu dienen, in unsere Partei einen Keil zu treiben, d. h. speziell die Strauß-Feinde in der FDP zu treffen. Zu denen scheint aus der Sicht des Bosses aus München vor allem auch Mende zu gehören, den Franz Josef gestern in einem offenen Brief massiv attackierte². Bei seinem Rundumschlag hat Strauß zugleich auch noch Kanzler Erhard ins Visier genommen und wegen dessen Absage an eine Große Koalition gescholten. Das ist wohl der Dank für Wehners Hamburger Rede, in der der SPD-Politiker dem Bayern seinen Respekt bezeugte. Onkel Herbert, der offenbar auch nicht mehr an einen Wahlsieg seiner Partei glaubt, strebt jetzt unübersehbar das „schwarz-rote Hintertreppenbündnis“ mit Strauß an.

Mittwoch, den 18. August 1965

Mein gestriger Artikel zum aktuellen Stand der Passierscheingespräche³ hat in Bonn einen Sturm entfacht. Die von der fdk geübte Kritik an den gezielten Indiskretionen wurde nicht nur in allen Zeitungen ausführlich zitiert, sondern sogleich auch von Krone – der sich offenbar persönlich getroffen fühlt – als „üble Unterstellung“ zurückgewiesen. Lemmer – den ich gar nicht gemeint hatte – bezeichnete meine Darstellung sogar als „erstunken und erlogen“. Das änderte freilich nichts daran, daß durch Publizierung streng vertraulicher Gesprächsinhalte die Verhandlungen erheblich erschwert wurden.

Ich war gestern den ganzen Abend über damit beschäftigt, neugierig nachfragenden Journalisten Auskünfte zu erteilen. Friderichs, der mich gleichfalls anrief, wünschte zu dementieren, was ich gar nicht behauptet hatte: daß nämlich Papa Krone das „Kaninchen“ sei.

In der heutigen Kabinettsitzung hat Mende nun Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der Indiskretionen über die Passierscheinverhandlungen beantragt. Wie Brodesser mitteilte, habe Krautwig Mende gegenüber zu erkennen gegeben, daß Minister Krone offenbar doch der Informant gewesen sei. So war meine Vermutung also richtig. Doch schon kündigen sich neue Aufregungen an: Eine von Oellers zu Beginn des Jahres verfaßte

¹ Dieser Einspruch der FDP gegen die Einstweilige Verfügung wurde am 17. 8. vom Landgericht München zurückgewiesen.

² „Strauß fordert Mende heraus – Offener Brief des CSU-Vorsitzenden – In Bonn Strafantrag gestellt“ – in FR vom 12. 8. 1965.

³ W. Schollwer: „Indiskretionen belasten Passierscheinverhandlungen“ in fdk 16/65 vom 17. 8. 1965. Anlaß für diesen Artikel war der Aufmacher des BGA vom gleichen Tage: „Pankow: Besuche nur zu Weihnachten – Plötzliche Wende im Passierscheingespräch – Bonn: In dieser Form nicht annehmbar“. Verfasser dieses „eigenen Berichts“ war der Krone-Vertraute Wolfgang Wagner. Er berichtete sowohl über das vertrauliche Passierscheingespräch vom 16. 8. als auch über die angeblich dazu in der Bundesregierung vorherrschende Meinung, die sich jedoch frühestens auf der Kabinettsitzung am 18. 8. hätte bilden können.

und erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangte Denkschrift zur Deutschlandpolitik ist von der CSU sofort dazu mißbraucht worden, die FDP des Neutralismus zu verdächtigen. Unsere heutige Presseerklärung dürfte vermutlich kaum genügen, um die Strauß-Partei in ihrem jüngsten Amok-Lauf gegen die Liberalen zu bremsen. Schließlich stehen wir mitten im Wahlkampf⁴.

Montag, den 23. August 1965

Erwartungsgemäß hat die CSU das Oellers-Papier zu weiteren Attacken gegen die FDP benutzt und nun auch noch meine Denkschrift mit in die Polemik einbezogen. Dabei geht man einmal mehr mit der Wahrheit recht großzügig um⁵.

Mende betrachtet diese Sache als so schwerwiegend, daß er am Donnerstag kurzfristig den Geschäftsführenden Bundesvorstand und die Wahlkampf-Kommission für den Sonntag nach Frankfurt einberief. Denn zum Oellers-Papier kamen auch noch unorthodoxe Äußerungen von Leverenz zur Wiedervereinigung Deutschlands⁶.

Unser Vorsitzender hatte die Sitzung entsprechend vorbereitet: Im Kabinett distanzierte er sich nachdrücklich vom „Oellers-Plan“, nachdem Lemmer einmal mehr den Mund unverhältnismäßig voll genommen hatte („eine gemeingefährliche Spekulation“). In einem Fernschreiben an die Landesvorsitzenden sprach Mende von dem „unerträglichen Zwielight“, in das die Partei durch Oellers und Leverenz gebracht worden sei, und von einem „Scherbenhaufen“, vor dem die FDP angesichts der Pressebeichterstattung nun stehe.

In Frankfurt nahm dieses Thema indessen nur eine relativ kurze Zeitspanne in Anspruch. Mende referierte eine Lücke-Äußerung, aus der hä-

⁴ Fritz Oellers: „Die Deutsche Frage“, Ausarbeitung für den Landesverband Bayern, datiert vom 10. 2. 1965. Das Papier umfaßt 22 Schreibmaschinenseiten und hält sich in der Analyse wie auch in den Schlußfolgerungen weitgehend an die Botschafter a.D. Oellers bei seiner Ausarbeitung vorliegenden Memoranden und Analysen Schollwers. Im Gegensatz zu Schollwer fügte Oellers Gedanken zur Wiedervereinigung Deutschlands hinzu, wie sie im Deutschlandplan der FDP von 1959 sowie in der Erklärung Gerstenmaiers am 30. 6. 1961 vor dem Deutschen Bundestag enthalten waren. Dieser Zusatz vor allem war Anlaß für die CSU-Polemik.

⁵ Die CSU hatte in einer Pressemeldung laut AP vom 21. 8. 1965 erklärt, das Schollwer-Papier sei vom Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion (sic!) und enthalte den Vorschlag, den sog. Schollwer-Plan der Öffentlichkeit nur stückweise mitzuteilen, damit diese nicht erschreckt werde. Davon war aber in dem Papier an keiner Stelle die Rede.

⁶ Einem Weyer-Interview mit der *Kölnischen Rundschau am Sonntag* vom 22. 8. ist zu entnehmen, daß Leverenz erklärt haben soll, es genüge nicht, sich auf Rechtsansprüche zu berufen, „man müsse auf der Grundlage dieser Rechtsansprüche eine aktive Ostpolitik betreiben“. Weyer fuhr dann fort: „Insoweit stimme ich ihm voll zu. Soweit er einen Rechtsanspruch auf Wiedervereinigung gegenüber der Sowjetunion verneint, weicht er von der Auffassung der FDP ab.“

mische Genugtuung über diese „Pannen“ sprach, Leverenz verlas den zur Debatte stehenden Teil seiner Rede; eine längere Diskussion über völkerrechtliche Probleme schloß sich an, die Mende schnell zu beenden bemüht war, um noch rechtzeitig für die Presse eine Erklärung herausgeben zu können.

Dann wandte man sich dem Wahlkampf selber zu, der neuformulierten Wahlillustrierten und dem Essener Wahlkongreß. Eine Neuauflage der Diskussion über unsere Koalitionsaussage war nun fällig. Wie soll man sich verhalten, wenn die SPD wider Erwarten doch die absolute Mehrheit bekommen sollte? Aber nur Engelhard und Holl sprachen sich gestern noch dafür aus, der SPD keine eindeutige und bedingungslose Absage zu erteilen.

Zu den Passierscheinverhandlungen berichtete M., die Bundesregierung werde Pankow 60 Millionen sowie Telefonstränge für die Leipziger Messe anbieten, sofern Ost-Berlin seinerseits zu Konzessionen in der Passierscheinforderung bereit wäre. Deshalb habe die FDP auch zugestimmt, die Verhandlungen fortzusetzen. Falls Pankow aber nicht akzeptiere, werde auch die FDP dem Abschluß eines neuen Abkommens nicht zustimmen.

Die heute erschienene *Spiegel*-Ausgabe bringt einen Mende-Titel mit einem unmöglichen Foto unseres Vorsitzenden. Doch der Inhalt ist diesmal wesentlich besser als 1961: die gesamtdeutschen Aktivitäten haben offenbar auch die *Spiegel*-Herren beeindruckt. Augstein hat in seinem „Wahl-Kalender“ angesichts des Zustandes der beiden großen Parteien die selbst gestellte Frage, „brauchen wir eine dritte Partei?“, wenn auch etwas gewunden, mit Ja beantwortet. Dabei fielen auch noch für Hamm-Brücher, Dehler, Bucher und mich ein paar freundlichen Bemerkungen ab⁷.

Montag, den 30. August 1965

SPD und FDP sind sich in einem Punkte einig: Adenauers Option für eine Große Koalition zielt gegen Erhard und – wie Mende ergänzend hinzufügt – natürlich auch gegen Schröder⁸. Das Durcheinander in der Union ist jedenfalls komplett. Aber auch die SPD zeigt sich peinlich berührt. Offenbar sehen die Sozialdemokraten durch des Altbundeskanzlers spekta-

⁷ Rudolf Augstein: „Erich und die Große Koalition oder brauchen wir eine dritte Partei?“ – in: *Der Spiegel* Nr. 35 vom 25. 8. 65. Dieser Aufsatz enthält folgende Passage: „Integration, Uniform, Eintopf (Pichelsteiner?) sind in Deutschland Wörter von magischer Durchsetzungskraft. Wie soll man ihnen begegnen, wenn nicht mit Einzelgängern wie Hildegard Hamm-Brücher, Thomas Dehler, Wolfgang Schollwer, ja, und immer noch Ewald Bucher? Wie, wenn nicht mit einer Partei, für die diese Einzelgänger nicht typisch sein mögen, für die aber doch typisch ist, daß sie, vielleicht zu ihrem Schaden, eine Partei von Einzelgängern ist?“ – Pichelsteinertopf war Erhards Lieblings-Gericht.

⁸ Adenauer hatte sich in der CDU-Monatsschrift *Politische Meinung* für eine große Koalition mit der SPD ausgesprochen.

kuläre Äußerungen ihre Taktik durchkreuzt, sich auf leisen Sohlen ins schwarz-rote Bündnis zu schleichen. Solche Ereignisse beleben natürlich auch bei uns die Koalitions-Diskussionen neu. Heute morgen, im „Team“, äußerten fünf Mitarbeiter Bedenken gegen eine endgültige Absage an die SPD. Bei der Vorbesprechung des Essener Kongresses im engeren Vorstand am Vormittag stand dieses Thema ebenfalls erneut zur Debatte.

Diese Diskussionen werden freilich auch durch die immer massiver werdenden Attacken von Strauß und seiner CSU gegen die FDP belebt. Zum Wochenende meldete sich der reaktionäre Teil Bayerns gleich zweimal zu Wort: am Freitag Herr Strauß im *Mittag* mit Elogen auf Wehner und Verteufelungen der FDP, bei denen unsere „Deutschlandpläne“ wieder eine gewisse Rolle spielten⁹. Im tags zuvor erschienenen *Bayern-Kurier* werden die bereits bekannten Fälschungen über den Inhalt meines Deutschlandmemorandums wiederholt, um so einen „Betrug“ am Koalitionspartner“ zu konstruieren. Dies alles ist wohl die Revanche für unsere Wahlillustrierte und Mendes Interview mit dem *Industriekurier*¹⁰. Gottlob! in zwanzig Tagen ist das – hoffentlich – alles vorbei!

Samstag, den 4. September 1965

Das Presseecho unseres Essener Kongresses war weitaus erfreulicher als der Verlauf der Veranstaltung selbst. Nachdem der *Spiegel* den Auftakt machte, ist es offenbar Mode geworden, unserem Vorsitzenden gute bis sehr gute Noten für seine Leistungen als Minister, Vizekanzler und Parteichef zu geben. Selbst die *Kölnische Rundschau* machte da heute keine Ausnahme¹¹. Besonders angenehm zu hören, daß Mendes Essener Rede ein

⁹ „Wie fühlt man sich als Beelzebub?“ – Interview mit F.J. Strauß – in: *Mittag* Nr. 98 vom 27. 8. 1965. Strauß verglich den FDP-Wahlkampf mit den „diffamierenden Methoden der Nationalsozialisten“, sprach in diesem Zusammenhang von „Methoden der Ver lumpung und Verlausung“ und bezeichnete die Deutschlandpläne der FDP als „lebensgefährlich“, wenn sich „heute eine sozialistisch-liberalistische Mehrheit finden würde, die die Grundlagen unserer bisherigen Außenpolitik zerstört.“

¹⁰ „Grundsätze und Grenzen der Koalitionsstrategie – Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP“ – in: *Industriekurier* Nr. 117 vom 29. 7. 1965. Dort hatte Mende in dem Absatz, der von der Redaktion mit „Faschisten in der CDU“ überschrieben war, erklärt, wer das Wahlrecht (zu Lasten der FDP) manipulierte, „begibt sich in die Nähe des Ermächtigungsgesetzes von Hitler aus dem Jahre 1933.“ Es gäbe „gewisse faschistische Gedankengänge, die dahingehen, unangenehmen Minderheiten das Lebenslicht auszublenden.“ Zu Strauß meinte der FDP-Vorsitzende, was die FDP 1962 „zur Person und zu Verhaltensweise von Franz Josef Strauß gesagt haben, gilt auch heute noch. Es gilt also auch für eine neue Regierungsbildung.“ Allerdings behauptete Mende wenig später auch, daß die FDP „in Bezug auf die Gesellschafts- und Sozialpolitik“ mit der CSU „viel mehr Gemeinsamkeiten“ veränden als mit der CDU.

¹¹ „Die FDP malte Strauß als Teufel an die Wand“ – in: *Kölnische Rundschau* vom 3. 9. 1965. Dort hieß es: „Erich Mende sprach in Essen nicht als Vorsitzender zu sei-

klein wenig mit dazu beigetragen hat, das neue positive Imago des Vorsitzenden zu prägen¹². Nur Herbert Wehner läßt es sich nicht verdriessen, Mende auch weiterhin zu tadeln. Auch möchte er Weyer als „falschen Propheten“ abqualifizieren, weil der den Sozialdemokraten eine neue Wahlniederlage voraussagte.

Der Bundeswahlkongreß selbst war, wie gesagt, nicht erhebend. In der kalten, unfreundlichen und nur teilweise gefüllten Gruga-Halle wollte keine rechte Stimmung aufkommen. Es war gut, daß diese Kundgebung nur drei Stunden dauerte. Auf der mittäglichen Pressekonferenz wurden hauptsächlich Fragen nach der geplanten Moskareise von FDP-Politikern¹³, nach Strauß und Schröder sowie in bezug auf unsere Koalitionsabsichten gestellt. Dieses Thema war übrigens auch vorgestern morgen Gegenstand einer weiteren ziemlich verworrenen Debatte im Geschäftsführenden Vorstand.

Dabei schien es, als wollte Mende die Koalitionsfrage nun wieder etwas mehr offen lassen, während Kühlmann eine klare Absage an die SPD forderte. Kohl plädierte sogar für eine Koalition mit der CDU auch dann, wenn die Union die absolute Mehrheit bekommen sollte, diese aber „nur gering“ sei. Genscher wiederholte die Frankfurter Formel und Haußmann warnte vor einer schwarz-roten Koalition, die unter allen Umständen vermieden werden müsse. Mende blieb jedoch in seiner Kongreß-Rede bei dem von mir vorgeschlagenen Text: Ablehnung einer Allparteienregierung zu diesem Zeitpunkt, einer großen Koalition generell und Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition, sofern die vom Wähler bestätigt wird und die CDU/CSU nicht die absolute Mehrheit bekommt. In 15 Tagen wird sich zeigen, ob wir mit dieser Aussage richtig lagen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 276

nen Parteifreunden. Wer hier mitten im Scheinwerferlicht stand, beherrscht sprechend, unbeirrt von den auch eine halbe Stunde nach Redebeginn noch klickenden Kameras, das war kein Parteipolitiker mehr. Hier stand ein Mann, der mit seinem Ministeramt gewachsen ist, ein durch Würde und Bürde herangereifter Deutscher, dem man die Sorge um Deutschland auch dann abnähme, wenn er nicht gesamtdeutscher Minister wäre.“

¹² Mende hatte den Redeentwurf Schollwers vom 26. August praktisch übernommen und nur an wenigen Stellen durch einen weiteren Satz ergänzt. Über Mendes Rede schrieb die *Kölnische Rundschau*: „Mendes Ausführungen zur Ostpolitik, sein angekündigter detaillierter Vorschlag für eine Politik der kleinen und mittleren Schritte im geteilten Deutschland, wirkten vor den Delegierten nicht wie das Programm eines Parteistrategen, sondern wie die Ausführungen eines Staatsmannes zur Politik von heute und morgen.“

¹³ Mende hatte in Essen erklärt, daß alle seit 1956 von der FDP unternommenen Versuche, CDU und SPD zur Annahme einer seit dieser Zeit vorliegenden Einladung der Sowjetunion an den Bundestag zu veranlassen, gescheitert seien. Die FDP werde darum, „falls sich die beiden anderen Parteien weiterhin gegen diese Reise stemmen, nach den Bundestagswahlen allein mit einer Delegation in die sowjetische Hauptstadt reisen und dort mit den sowjetischen Führern in aller Öffentlichkeit die Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen erörtern.“

Montag, den 6. September 1965

Augstein hat sich selbst übertroffen: Nachdem er vor 14 Tagen in seinem Nachrichtenmagazin bekannt hatte, den beiden Großen „etwas anderes als Kirchtum-Egozentrik“ nicht mehr zuzutrauen, und deshalb eine Stimmabgabe für die FDP (seine eigene Partei!) andeutete, hat derselbe Augstein in der jüngsten Ausgabe des *Stern* die Große Koalition „unter einem anderen Kanzler“ als die „einzige wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Bürgerblock-Regierung unter Erhard“ bezeichnet. Es scheint, als sei Egozentrik nicht nur ein Merkmal von Politikern.

Doch da wohl ganz besonders. Denn noch ein anderer Egozentriker meldete sich dieser Tage wieder zu Wort: F.J. Strauß. Sein jüngst in London erschienen Buch „The grand design“ enthält als offenbar wichtigstes Detail die Forderung des Autors, Strauß zum Minister für Gesamtdeutsche Fragen zu machen. Dabei will der Mann aus Bayern nicht nur Mende, sondern auch noch seinen Parteifreund Schröder beerben: denn das künftige gesamtdeutsche Strauß-Ministerium soll – so der „große Plan“ des CSU-Vorsitzenden – mit wichtigen Aufgaben des Auswärtigen Amtes einschließlich der Europa-Politik angereichert werden (!). Man kann diesem Politiker eine gewisse Begabung für makabren Humor nicht ganz absprechen.

Donnerstag, den 9. September 1965

Wem zur Ost- und Deutschlandpolitik schon gar nichts mehr einfällt, der schlägt im Regelfalle neue Noten, Memoranden und Bundestagsentschlüsse vor. So auch Johann Baptist Gradl. Der hat dieser Tage im Pressedienst seiner Fraktion angeregt, zum 10. Jahrestag der Moskauer Konferenz zwischen Adenauer und Bulganin eine „nationale Deklaration“ zu fertigen, in der die Grundlinien deutscher Vorstellungen für eine Bereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses und der mitteleuropäischen Spannungssituation dargelegt werden sollen.

Nun mangelt es uns an solchen Papierchen wahrlich nicht. Ich habe einmal zusammengezählt: Zwischen dem 13. Juni 1950 und dem 12. Oktober 1962 hat der Deutsche Bundestag insgesamt 21 (in Worten: einundzwanzig!) Entschlüsse und Erklärungen zur deutschen Frage und all ihren Aspekten beschlossen und veröffentlicht. Die Bundesregierung gab ihrerseits in der Zeit vom 22. März 1950 bis 31. Dezember 1963 zehn Regierungserklärungen zur deutschen Frage ab (die Regierungserklärungen zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode nicht eingerechnet), schickte sechs Memoranden und fünf Noten an die sowjetische Adresse. Thema: Deutsche Frage und deutsch-sowjetische Beziehungen. Die Bonner Exekutive versandte darüber hinaus drei Briefe an die Führer der Sowjetunion und formulierte etwa fünfzehn sonstige Erklärungen und Stellungnahmen für

den Kreml zu den von Gradl angeschnittenen Themen. Aber dieser ganze Papierkrieg hat bekanntlich auch nicht den kleinsten Fortschritt in der Deutschlandpolitik bewirkt. Ungeachtet dieser Tatsache will nun der Unionspolitiker dem Wust bedruckten Papiers noch weiteres Material hinzufügen.

Montag, den 13. September 1965

Heute abend, in der *Report*-Sendung des Deutschen Fernsehens, kam es zeitweilig zu heftigen Wortgefechten zwischen Mende und den Unionspolitikern Barzel und von Guttenberg über die Berlin-Politik. Als Mende seinen Koalitions-Freunden die unbestreitbare Tatsache vorhielt, sie hätten mit ihrer Politik die Berliner Mauer nicht verhindern können, ging Barzel sofort in die Luft und forderte unseren Vorsitzenden auf, sich zu korrigieren.

Das brachte wiederum unseren Vorsitzenden auf die Palme: Er klagte seinerseits die Union an, seine Deutschlandpolitik zu verteufeln. Wehner beobachtete während dessen das koalitionspolitische Hick-Hack mit sichtlichem Genuß und stellte sarkastisch fest, die Koalition sei sich offenbar nur in einem Punkte einig: die SPD von der Regierungsverantwortung auszuschließen.

Am Morgen hatte sich M. uns gegenüber sehr zufrieden mit dem Verlauf dieses Vierparteiengesprächs geäußert, das schon am vergangenen Wochenende aufgezeichnet worden war. Ich kann diese Zufriedenheit nach den Beobachtungen von heute abend nicht ganz teilen, weil sich Mende in einem Wortgefecht mit Guttenberg von dem Deutschlandmemorandum des Landesverbandes Bayern wie auch von meiner Denkschrift in übertriebener Weise distanzierte.

Weiteres Thema der abendlichen Diskussionsrunde: die Behauptung des polnischen Ministerpräsidenten, Frankreich habe die Oder-Neiße-Grenze praktisch als endgültige Westgrenze Polens bereits anerkannt. Das kam zwar nach früheren Erklärungen des Gaulles zur Grenzfrage nicht ganz überraschend. Doch ändert es nichts daran, daß eine solche französische Deutschlandpolitik weder mit dem Deutschlandvertrag noch mit dem deutsch-französischen Freundschafts- und Konsultationsabkommen zu vereinbaren ist. Interessant war darauf die Reaktion des CSU-Politikers Guttenberg heute abend: der warnte davor, die Cyrankiewicz-Äußerung in den Wahlkampf zu ziehen, und meinte, man solle zunächst die französische Regierung um eine Interpretation ersuchen. Das ist die alte Masche unserer Pseudo-Gaullisten: Um sich ihren Glauben an den langen General in Paris nicht erschüttern zu lassen, werden Positionen de Gaulles schlicht verdrängt, wann immer diese nicht mit den Interessen seiner deutschen Verehrer übereinstimmen.

Samstag, den 18. September 1965

Die Wahlschlacht ist geschlagen – morgen hat der Wähler das Wort! Wir Freien Demokraten sehen der Entscheidung vom Sonntag mit Zuversicht entgegen, auch wenn die Demoskopen für uns noch immer tiefstapeln und bei ihrer „Kopf-an-Kopf-Prognose“ für CDU/CSU und SPD bleiben.

Alles in allem hat die FDP einen guten Wahlkampf geführt. Als einzige Partei suchte sie das Gespräch mit dem Wähler. In den oft überfüllten Forumsveranstaltungen der Freien Demokraten wurde lebhaft und zumeist auch auf hohem Niveau debattiert. Die beiden Großen behandelten dagegen den Wahlbürger wie ein unmündiges Kind, wobei die CDU mit ihrem Wahlschlager („Willy ist so gut nicht, besser sind der Ludwig – und die CDU“) wohl den Vogel abschoß.

Gestern abend gab es noch einmal trouble: Entgegen seiner bisherigen und auch in den Parteigremien mit Nachdruck vertretenen Haltung soll sich Mende – Agenturberichten zufolge – auf einer Pressekonferenz in München dafür ausgesprochen haben, notfalls auch mit der SPD zu koalieren, sofern die Sozialdemokraten einen eindeutigen Sieg errängen. Strauß kommentierte diese unerwartete Koalitionsaussage unseres Vorsitzenden sogleich mit der Bemerkung, dies sei ein neuer „Umfall“ Mendes.

Montag, den 20. September 1965

Alle für den Ausgang der Bundestagswahlen gestellten Prognosen haben sich als falsch erwiesen: das „Kopf-an-Kopf-Rennen“ von CDU/CSU und SPD erwies sich in der letzten Nacht – wie von uns vermutet – als eine bewußt lancierte Fabel, um von der FDP Wähler abzuziehen¹⁴. Das gelang gottlob nur in begrenztem Maße. Doch sind wir enttäuscht, weil es uns nicht gelang, die 10-Prozentgrenze zu erreichen, wenn auch das Resultat deutlich über dem liegt, was uns die Demoskopie zubilligen wollte.

Im Bonner Talweg herrschte gestern abend wieder der übliche Trubel: viele Journalisten, zwei Fernsehtams und eine große Anzahl von Gästen bevölkerten die Räume. Die Stimmung war diesmal begreiflicherweise weniger euphorisch als vor vier Jahren. Erhard hat überraschend gut abgeschnitten, seine Schwächen haben sich beim Wähler offenbar noch immer nicht herumgesprochen. Im Fernsehen äußerte sich der Kanzler nach Mitternacht, vom Erfolg berauscht, vollmundiger und egozentrischer denn je. Dabei teilte er mit, er habe nicht nur einen großen Sieg für seine Partei, sondern auch über die „Extremitäten“ errungen. Wie beruhigend für unser Land!

¹⁴ Bei den Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag erhielten die CDU/CSU 47,6 (1961 45,3), die SPD 39,3 (36,2) und die FDP 9,5 (12,8) Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 86,9 Prozent (87,7).

Mittwoch, den 22. September 1965

Unter dem Eindruck der aus München eintreffenden Nachrichten¹⁵ über die Absichten der CSU bei der kommenden Regierungsbildung trat heute nachmittag der Bundesvorstand zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Nachdem die Mitarbeiter bis auf sechs von den Beratungen ausgeschlossen worden waren, gab Mende zunächst eine Analyse des Wahlausgangs aus seiner Sicht: Mittleres Wahlergebnis; kein Erfolg, keine Niederlage. Zu Erhards Erfolg: „Lieschen Müller kennt keine Kanzlerunfähigkeit.“ Da hat er wohl recht.

Der Vorsitzende rechnet mit weiteren Störmeldungen, doch solle sich die FDP nicht nervös machen lassen. In diesem Zusammenhang verlas Mende einen Brief des Bundespräsidenten, drei Tag vor der Wahl an die vier Parteivorsitzenden versandt – ein unglaubliches Dokument Lübke'scher Anmaßung¹⁶. Glücklicherweise haben die Wähler am 19. einen Strich durch diese schwarz-rote Rechnung gemacht. Im Brief an Adenauer soll – lt. Mende – sogar expressiv verbis eine CDU/SPD-Regierung vorgeschlagen worden sein. – M. hatte heute Erhard seinen Lübke-Brief gezeigt. Des Kanzlers Reaktion: „Was ist das für eine menschliche Haltung und das in einer CDU“ –. (Der kennt offenbar seine Partei noch immer nicht). Heute nun habe Lübke erklärt, es sei „überall so üblich“, die Parteivorsitzenden „in die Regierungsverantwortung zu nehmen.“

Mendes Eindruck aus der heutigen Kabinettsitzung: Erhard und Schröder werden sich „außerordentlich loyal gegenüber der FDP verhalten!“ Erhard sei wohl gewillt, Schröder – trotz CSU-Einspruch – zu halten. Nach Mendes Vorstellung solle die FDP nach folgenden Ressorts greifen: Wirtschaft oder Finanzen, Gesamtdeutsche Politik, Wissenschaft und Forschung, Justiz. Entwicklungshilfe in der jetzigen Form sei für die FDP nicht zu empfehlen¹⁷. M. schlug eine sechsköpfige Verhandlungskommission vor und bat um Wortmeldungen.

¹⁵ „Strauß stellt in Bonn seine Bedingungen – Schwierige Beratungen über die Regierungsbildung“ in: *Bonner General-Anzeiger* vom 21. 9. 1965. In diesem von Wolfgang Wagner stammenden Aufmacher der Zeitung wird berichtet, es zeichne sich bereits ein „Konflikt um das Gesamtdeutsche Ministerium“ ab. Strauß habe erklärt, er messe den „schwerwiegenden Problemen der Deutschland-Politik“ besondere Bedeutung bei. In Bonn werde erwartet, daß der CSU-Vorsitzende als Preis für seinen Verzicht aus einem Ministeramt „das Ausscheiden einiger seiner Gegner“ aus der Regierung verlangen werde.

¹⁶ Lübke hatte Adenauer, Brandt, Mende und Strauß gebeten, darauf hinzuwirken, „daß keine Vorschläge für den Kanzler gemacht und befürwortet werden, die bei der Bevölkerung Verwirrung schaffen könnten.“ Damit wollte der Bundespräsident freie Hand für einen ihm genehmen Kanzlerkandidaten erhalten, der – wie dem Brief an Adenauer zu entnehmen ist, ein Kanzler der Großen Koalition sein sollte.

¹⁷ Zur Begründung seiner Ansicht erklärte Mende, entweder komme es zu einer stärkeren Ausstattung des Ministeriums mit Entscheidungsbefugnissen oder es sei besser, diese Behörde einem anderen Ressort anzugliedern.

Zuvor gab Friderichs eine erste Kurz-Analyse des Wahlergebnisses. Die geringsten Stimmenverluste hatten danach Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg, die stärksten Hamburg, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein. In der anschließenden Aussprache kam immer wieder Enttäuschung über das Ergebnis einer zweijährigen Koalition mit der CDU unter der Kanzlerschaft Erhards zum Ausdruck. Saam sprach aus, was andere wohl nur dachten: „Wir haben die Wahl eindeutig verloren.“ Holl sagte voraus, daß die Depressionen der FDP anhalten werden, wenn wir in dieser Koalition blieben. Klaus Dehler stellte die Frage, was wohl passieren werde, wenn wir mit dieser Koalition weitere vier Jahre unsere Schwierigkeiten hätten, wenn es in der Regierungszusammenarbeit „keine neuen belebenden Elemente“ gäbe. Er schlug vor, den Preis für eine erneute Koalition mit der CDU so hoch zu treiben, daß uns dieses Bündnis erspart bliebe: „Eine neue Koalition wird uns keinen Segen bringen“. – Selbst Zoglmann bekannte, vor vier Jahren „Einpeitscher“ einer CDU/FDP-Koalition gewesen zu sein; „heute bin ich es nicht mehr – aus einer Reihe bitterer Erfahrungen!“ Auch Starke hätte sich eine absolute Mehrheit der CDU/CSU gewünscht, wie übrigens auch Saam, der – wie er sagte – darum in der Wahnacht gebetet habe, damit wir diese Koalition nicht machen müssen.

Mende warnte vor soviel Defaitismus. Optimismus hatte er gestern bereits in einem Rundbrief an alle Mitglieder der Partei zu verbreiten versucht. Doch ist natürlich auch ihm klar, daß die kommenden Jahre für die FDP kein Zuckerlecken sein werden. Zunächst stehen uns außerdem noch schwierige Regierungsverhandlungen bevor.

Donnerstag, den 23. September 1965

Strauß hat gestern abend in der Fernsehsendung „Unter uns gesagt“ noch einmal deutlich gemacht, welche Ziele er bei der kommenden Regierungsbildung verfolgt. Es scheint unverändert seine Absicht zu sein, den Einfluß der FDP auf die Deutschland-, Ost- und Außenpolitik zu eliminieren. Als nicht unwesentliches Mittel dienen ihm dabei unsere Deutschland-Papiere, die er als Beweisstücke für nationale und bündnispolitische Unzuverlässigkeit der Liberalen herumreicht. Mischnick, der als Vertreter der FDP an dieser Diskussionsrunde teilnahm, reagierte auf die Anzapfungen des CSU-Vorsitzenden mit erstaunlicher Gelassenheit und ohne jegliche Distanzierung von den Autoren. Wenn ich da an die Überreaktionen unseres Vorsitzenden in der *Report*-Sendung vor 10 Tagen denke...

Zurecht bekam Mischnick heute vormittag auf der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion anerkennende Worte und Applaus für seinen Fernsehauftritt.

Auf dieser Sitzung kündigte Mende den Beginn der Koalitionsverhandlungen für den Montag in der übernächsten Woche an. Die von M. vorge-

schlagene Verhandlungskommission fand nach einer erregten Diskussion über Zusammensetzung und Kompetenzen bei vier Stimmenenthaltungen die Billigung der Führungsgremien. Eine spezielle Kommission unter Vorsitz von Dehler wurde zur Erarbeitung eines Sachprogramms für die kommende Legislaturperiode gebildet, das auch Grundlage unserer Verhandlungen mit den Unionsparteien sein soll. Auch hier gab es nur wenige Enthaltungen.

Mende, der noch einmal seine Wahlanalyse von gestern wiederholte, teilte darüber hinaus mit, Adenauer habe inzwischen im Auftrage des CDU-Präsidiums bei Lübke gegen dessen Brief an die Parteivorsitzenden protestiert (wie schlau ist doch der Fuchs!).

Auch heute war die Diskussion wieder ziemlich depressiv. Ertl äußerte sich sehr besorgt über die kommende Koalition, sprach von einer „tödlichen Umarmung durch die CDU“ und der Gefahr, daß wir das Schicksal der Deutschen Partei teilen könnten. Das beste, was der FDP geschehen könne, wäre eine schwarz-rote Koalition unter Strauß, habe ihm Frühwald gesagt. Zoglmann meinte, wenn der Parteivorsitzende sage, nur „scurrile Dummköpfe“ könnten nicht in die Koalition gehen, so sage er, er könne sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten vorstellen, „deretwegen wir nicht in diese Koalition hineingehen“. Zum Beispiel dann, wenn wir auf unsere Ost- und Deutschlandpolitik verzichten müßten, wie es Herr Strauß „gestern vor dem Fernsehschirm praktisch gefordert hat“. Und Starke verbürgte sich persönlich dafür, daß kein bayerischer FDP-Bundestagsabgeordneter mit Strauß verhandelt hat oder verhandelt.

Montag, den 4. Oktober 1965

Wir haben das 49. Mandat! Bei den Nachwahlen am Sonntag im Obertaunus und in Schweinfurt schnitt die FDP so gut ab, daß nun Emde wieder in den Bundestag einrücken kann und die FDP somit so viele Parlamentssitze hat, wie die CSU. Gestern abend, in der ZDF-Wahlsendung, behauptete Barsig, die CDU habe der SPD angeblich nur mit unserer Unterstützung im Wahlkreis Obertaunus ein Mandat abjagen können. B. sagte mir für 1969 ein Zweiparteiensystem voraus. Ich konterte gelassen, denn wie oft haben sich in der Vergangenheit solche Propheten schon geirrt! (Es war übrigens mein erster Fernsehauftritt.)

Der Ausschluß der Mitarbeiter bei den Vorstands- und Fraktionssitzungen nach der Wahl rief bei den Kollegen eine begreifliche Verärgerung hervor. Mende hat deshalb heute morgen im Team diesen Schritt mit einem unpassenden Vergleich zu rechtfertigen versucht: Solche Tagungen der FDP-Führungsgremien glichen den Kabinettsitzungen, bei denen auch nur ein kleiner Kreis von Mitarbeitern zugelassen werde. Es bleibt also bei den bisherigen Regelungen, solange die Koalitionsverhandlungen

andauern. Nur bei bestimmten Sachfragen sollen die Referenten hinzugezogen werden.

Dienstag, den 5. Oktober 1965

Gestern und heute tagte die Sachkommission. Sie schloß am Abend ihre Beratungen ab. Das Ergebnis ist ziemlich mager: Bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschloß man – gegen Bedenken von Moersch – jede betriebliche oder überbetriebliche Ausdehnung der Mitbestimmung abzulehnen. Steuersenkung, Fortsetzung der Finanzreform und Ablehnung eines Notverordnungsrechtes der Bundesregierung im Notstandsfall sind weitere Punkte des Papiers.

Vor allem in der Deutschlandpolitik nichts Neues: Festhalten an der – m. E. längst überständigen – Konzeption des Memorandums der Bundesregierung vom 9. August 1963 und die „Anerkennung und Durchsetzung des Zusammenhangs von kontrollierter Abrüstung, europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung.“ Gegen dieses Junktim hatten sowohl Achenbach als auch Moersch (wenn wohl auch aus unterschiedlichen Motiven) Bedenken angemeldet. Aber Genscher verteidigte diese Formel mit großem Nachdruck. Ansonsten nur „Fortsetzung der Politik menschlicher Begegnungen.“

In der Ostpolitik respektierte man den von der CSU ausgeübten massiven Druck auf Kanzler und Außenminister. Darum keine Forderung mehr nach unmittelbarer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten, sondern nur noch ein Plädoyer für die „Verdichtung der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas mit dem Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen“, also Fortführung der bisherigen Politik.

Die Sachkommission ging im übrigen davon aus, daß diesmal kein förmliches Koalitionsabkommen geschlossen wird, wie es wohl die CDU wünschte. Doch soll über die Verhandlungen ein Ergebnisprotokoll gefertigt werden und auch in Zukunft ein regelmäßiges Zusammentreffen der Fraktionsvorstände unter Hinzuziehung von Fachleuten möglich sein.

Mit der Europa-Politik beschäftigte sich eine kleine Unterkommission unter Vorsitz von Starke. Auch sie kam zu keinen bemerkenswerten Beschlüssen¹⁸.

Die Europa-Politik war auch Thema bei einem Essen mit dem britischen Botschaftsrat Duck heute mittag im „Maternus“. Nach D.'s Ansicht

¹⁸ Der Unterausschuß kam u. a. zu folgenden „Beschlüssen“:

1. Die FDP setzt sich für die Vereinigten Staaten von Europa als Endziel ein;
2. Änderungen des EWG-Vertrages sind nur entsprechend den Bedingungen dieses Vertrages möglich;
3. Keine neuen Opfer zu Lasten der BRD;
4. eine angemessene eigene Agrarproduktion bäuerlicher Familienbetriebe und Festlegung nationaler Produktziele.

ist die Bereitschaft Großbritanniens zum Beitritt in die EWG gewachsen. Die britischen Konservativen würden ihren nächsten Wahlkampf mit europäischen Parolen führen. Eine Ursache dieses Gesinnungswandels (lt. Duck): Früher betrug der Außenhandel Englands mit den Nicht-EWG-Staaten mehr als 50 Prozent; er ist inzwischen auf 30 bis 40 Prozent gesunken.

Freitag, den 8. Oktober 1965

Vor Beginn der heutigen gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion wurde wieder „absolute Vertraulichkeit“ vereinbart. Mende berichtete über sein Gespräch mit Erhard gestern nachmittag, bei dem der Kanzler eine „rasche Regierungsbildung“ gefordert habe. E. wolle keine Erklärungen zu umlaufenden Spekulationen abgeben, er bat Mende, die Angriffe von Strauß in der *Quick* nicht zu ernst zu nehmen. Der Kanzler scheine an der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts festhalten zu wollen. M. habe aber Erhard gesagt, er werde im kommenden Kabinett entweder die FDP oder Herrn Strauß finden (Erhards Reaktion teilte M. nicht mit). Inzwischen hat unser Vorsitzender dem Kanzler in einem Brief bestätigt, gemäß Artikel 64,1 des Grundgesetzes das Vorschlagsrecht für die Ernennung der Bundesminister zu haben. Zugleich nehme die FDP für sich das Recht aus Artikel 38 in Anspruch¹⁹. Mit dem Inhalte dieses Briefes sei indessen die CSU nicht einverstanden (wen wundert's). Sie legt Wert darauf, das Präsentationsrecht jeder Fraktion zu fixieren. Westrick habe deshalb Mende gebeten, seinen Brief zurückzuziehen, sonst werde die CSU am Dienstag den Verhandlungsraum verlassen²⁰. Doch er – Mende – habe erwidert, „ein anderer Brief wird von mir nicht geschrieben werden“.

In der Aussprache waren sich die Parteifreunde einig: die FDP kann auf das Gesamtdeutsche Ministerium nicht verzichten. Diese Auffassung teilt natürlich auch Mende (zu recht!); er lehnt das Angebot, das Innenressort zu übernehmen, entschieden ab („ich habe nicht den Ehrgeiz, 1969 die Notstandsgesetzgebung als Wahlschlager der FDP zu verkaufen“). Es

¹⁹ Artikel 38 GG bestimmt, daß die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Mit diesem Hinweis wollte Mende offenbar deutlich machen, daß man die FDP-Abgeordneten zur Stimmabgabe für Erhard nicht zwingen könne, falls dieser Strauß ins Kabinett rufen sollte.

²⁰ Zu Beginn der Verhandlungen einigten sich die Kommissionen auf folgende Formel: „Unbeschadet des Artikels 38 des Grundgesetzes sind sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP darüber einig, daß die Koalitionsverhandlungen ohne irgendwelche Vorbehalte geführt werden. Insbesondere werden das uneingeschränkte Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers gemäß Artikel 64 GG und die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der Fraktionen anerkannt.“ (ADG, S. 12136).

gehe nicht um seine Person, sondern um die Frage, ob nun die Adenauer-Dulles-Linie wieder gelten oder die Schröder-Mende-Linie in der Ostpolitik weiter verfolgt werden soll.

Nicht alles war so erfreulich wie diese Aussprache. Mitten in unsere Beratung platzte die Meldung, das IOC habe das Ende der gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft beschlossen. Während nun Mende im Zusammenhang mit den gegenwärtig laufenden Passierscheinverhandlungen dafür plädierte, zumindest eine Vereinbarung über die Sonderstelle für dringende Familienangelegenheiten zu treffen, verwarf er einen von mir vorbereiteten Entwurf einer Erklärung zum IOC-Beschluß über die Beteiligung von zwei deutschen Mannschaften bei den kommenden Olympischen Spielen und formulierte stattdessen selbst eine recht polemische Stellungnahme.

Dehler trug im Laufe der Sitzung das Ergebnis der Beratungen in der Sachkommission vor, die nach ausgiebiger Diskussion von den FDP-Gremien gebilligt wurden. Dieses recht bläßliche Programm soll nun Grundlage der kommenden Koalitionsgespräche sein.

Donnerstag, den 14. Oktober 1965

Vorstand und Fraktion wurden heute von Mende über den Stand der Koalitionsverhandlungen unterrichtet. Es zeigte sich, daß die CDU auch nach dem am Dienstag vereinbarten „Burgfrieden“ keine Ruhe geben will. Obwohl Mende dem Kanzler nach Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung versichert hatte, daß sich damit an der Haltung der FDP gegenüber Strauß nichts geändert habe, wollte Erhard am folgenden Tag – offenbar von der CSU dazu veranlaßt – die Diskussion über die Streitigkeiten erneut beginnen. Als die FDP abwehrte, rückten die Christdemokraten mit einem neuen Papier (Wohlverhaltensklausel) an. Doch die Freien Demokraten paßten und verlangten die Aufnahme der Sachverhandlungen, die dann auch gestern gegen 17.30 Uhr aufgenommen wurden. Dabei scheinen die innenpolitischen Vorstellungen unserer Verhandlungskommission weitgehend das Wohlgefallen der Union gefunden zu haben, besonders das von Mischnick vorgetragene sozialpolitische Konzept. Über die Außen- und Deutschlandpolitik hatte man bereits am Dienstag gesprochen. Mendes heute referierte Darlegung zu diesen Themen kann nicht befriedigen. Kein Wunder, daß danach Erhard im „Großen und Ganzen“ Übereinstimmung mit seinem Vize feststellte. Strauß soll sich übrigens gestern der Erhard-Linie (in der Außenpolitik) angeschlossen haben, während Westrick behauptete, das Memorandum Bonns vom 9. August 1963 sei „verworfen“ worden, eine Ansicht, der Barzel und Mende widersprochen hätten.

Am heutigen Morgen wurde das Koalitions-Palaver fortgesetzt; darüber informierte Weyer. Die CDU habe dabei den Versuch gemacht, die Ver-

handlungskommission der FDP zu spalten; sie beabsichtigte, Kabinettsliste und Regierungserklärung nur mit einigen Mitgliedern unserer Delegation abzustimmen. Das mißlang natürlich. Erhard kündigte sodann an, es werde ein „großes Revirement“ geben und nicht nur Mende müsse sein Ressort wechseln. Darauf Weyer (nach eigenen Angaben): „Herr Bundeskanzler, Mende wird das Ressort *nicht* wechseln!“ An sich stehe dem Junior-Partner das Außenministerium zu, doch wolle die FDP nicht darauf bestehen; das Gesamtdeutsche Ministerium sei jedoch unverzichtbar. Daraufhin bot Erhard Mende das Entwicklungsministerium an, das viel mehr Einfluß auf die Außenpolitik habe als das Gesamtdeutsche (!). Die Antwort Weyers: Zum Gesamtdeutschen gebe es nur eine Alternative: das Außenministerium! Da jammerte Erhard: die FDP habe doch schon so viel erreicht: Strauß nicht ins Kabinett, Schröder weiterhin Außenminister etc. – Heute nachmittag will man dieses Gespräch fortsetzen. Bis Samstag „9.59 Uhr“ brauche die FDP zu diesem Punkte eine befriedigende Äußerung Erhards, sonst werde der Hauptausschuß eine bindende Erklärung abgeben. Die Diskussion war relativ kurz und ohne besonders bemerkenswerte Details. Man wartete ab, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

Freitag, den 15. Oktober 1965

Bei sehr gelockerter Stimmung vor Beginn der Beratungen wurde am Vormittag die gemeinsame Sitzung der Parteigremien fortgesetzt. Doch zur Heiterkeit ist wenig Anlaß. Das zeigte der Bericht des Parteivorsitzenden. Mende: Erhard habe gestern nachmittag zu Beginn der Koalitionsverhandlungen erklärt, er sehe sich nicht in der Lage, der FDP erneut das Gesamtdeutsche Ministerium anzubieten. Das geschehe nicht aus persönlichen, sondern aus politischen(!) Gründen. Mende sei ihm „lieb und wert“, jedoch „allgemeinpolitische Gründe geben Anlaß, Ihnen ein anderes Ressort anzubieten“. Darauf habe Kühlmann die Frage gestellt, ob Erhard die FDP als Partner brauche oder lediglich als „Auffüll-Truppe“. E. wolle wohl die Liberalen aus der Außen- und Deutschlandpolitik ausschalten. Halte die CDU vielleicht die Freien Demokraten für national unzuverlässig? – Gegen diese Frage habe Dufhues protestiert: wenn die FDP das wäre, säße die CDU jetzt nicht hier mit ihr zusammen. Es seien sehr scharfe Auseinandersetzungen gefolgt, in deren Verlauf Mende auf das Buch von Strauß („Grand design“) und die darin enthaltene Forderung nach einer Zusammenfassung der Deutschland- und Europa-Politik in einem Ministerium hinwies. Dann sei von Erhard ein „beleidigender Vorschlag“ gekommen: „Wenn Sie unbedingt an der Außenpolitik beteiligt werden wollen, kann der Entwicklungsminister ja Mitglied des Verteidigungsrates werden“. (Dahlgrün ist aber ohnehin schon im Verteidigungsrat!). Das reichte unserem Vorsitzenden. Mit der Bemerkung, die

Situation von 1961 werde sich 1965 nicht wiederholen, verließ er wütend den Sitzungssaal und ging nach Hause²¹.

Mischnick hatte den Eindruck, die CDU/CSU wollte unsere Delegation dazu bringen, die Verhandlungen abubrechen (wohl um dann für Gespräche mit der SPD frei zu sein). Mischnick zur Lage nach dem Auszug Mendes: „Wir saßen da und haben dann 15 bis 20 Minuten lang nur noch geblödet, bis Erhard endlich die Sitzung aufhob“. Mischnick stellte ohne Widerspruch fest, daß es weder sachliche noch persönliche Gründe für eine Ablehnung Mendes gäbe. Doch solle man heute noch keine Beschlüsse fassen – „vielleicht bekommen wir bis morgen noch eine andere Möglichkeit“.

Kühlmann teilte ergänzend mit, im Zusammenhang mit der Erörterung des IOC-Beschlusses sei ein Satz gefallen, der deutlich mache, daß sich Erhard verpflichtet habe, Mende zu opfern, um Schröder halten zu können²². Bucher stellte fest, Erhard habe im Fall Mende offensichtlich kein uneingeschränktes Vorschlagsrecht mehr.

Dann besprach man die Folgen dieser Entwicklung. Zoglmann wies auf die CDU-Spekulation hin, daß sie bei der Kanzlerwahl so oder so von der FDP die nötigen Stimmen bekommen werde. Mende ergänzt, Erhard und Rasner hätten durchblicken lassen, daß sie die fehlenden 4 Stimmen bekommen würden – es fiel in diesem Zusammenhang das Wort „Abwerbung“ (!). M. habe Erhard gesagt: „Ich warne Sie! Was wäre das für eine Regierung auf der Basis der Korruption! Das läßt ja tief blicken!“

Genscher meinte, die SPD werde notfalls die Leute für Erhard stellen und dann behaupten, die Stimmen kämen von der FDP. Andere wußten von Abwerbungs-Gerüchten zu berichten: Ertl entrüstete sich, es werde behauptet, er wolle zu Strauß überlaufen. Menne ist bereits gefragt worden, ob er zur CDU übertreten wolle: Baron Guttenberg mache Angebote. Kubitzka berichtete von zwei Staatssekretären, die ihrem Hausarzt (!) gegenüber davon gesprochen haben sollen, daß Erhard auf jeden Fall die notwendigen Stimmen der FDP bekomme. Die Korruption marschiert.

Nachdem Mende beteuert hatte, die Parteigremien könnten heute von ihm eine Erklärung haben, daß er dieser Regierung Erhard nicht angehören werde (auf dieses Angebot ging aber niemand ein), schlug Moersch vor, man solle heute beschließen, die FDP werde sich solange nicht an Abstimmungen beteiligen, bis die Koalitionsgrundlage gegeben sei, das solle man Erhard und Lübke mitteilen. Von CDU-Abgeordneten werde

²¹ Den dramatischen Vorgängen bei der Regierungsbildung 1965, die für das Koalitions-klima außerordentlich bezeichnend und letztlich auch für die vorzeitige Beendigung dieser Koalition im Herbst 1966 mitbestimmend waren, widmete Mende in seinem Buch „Die FDP“ acht Jahre später ganze 7 Zeilen.

²² Dazu las Genscher aus seinen Protokoll-Notizen vor, was Erhard sagte: „Ges. Frage sehr ernst, siehe Madrid (dort wurde der IOC-Beschluß gefaßt), da beginnt es überall abzubröckeln. Aus diesem Grunde müssen wir das Haus haben (gemeint war das Gesamtdeutsche Ministerium – d. Verf.)“.

bereits sondiert, ob die FDP bereit sei, gegenüber einer CDU-Minderheitsregierung eine „konstruktive Opposition“ zu leisten. Von Union-Kreisen werde darüber hinaus das Gerücht in Umlauf gebracht, Dehler und weitere acht Abgeordnete der FDP wollten zur SPD übertreten. Dem Vorschlag Moersch stimmte Genscher im Prinzip zu. Er schlug vor, sofort Kontakte mit Gerstenmaier, Lübke und Erhard aufzunehmen und ihnen unseren Standpunkt darzulegen. Als man sich in dieser Frage einig war, teilte Mende überraschend mit, es sei soeben eine Einladung von Erhard zur Fortsetzung der Verhandlungen um 15 Uhr eingetroffen. Kommentar Dehlers: „Wir brauchen jetzt Gelassenheit und Ruhe; dann werden sich die Dinge zu unseren Gunsten verändern.“

Sonntag, den 17. Oktober 1965

Nur zwei Stunden dauerte gestern die Hauptausschußsitzung in Mainz, wobei allein 70 Minuten von Mende, Weyer, Mischnick und Kühlmann für die Berichterstattung über die Koalitionsverhandlungen beansprucht wurden. Die Parteifreunde stellten nur noch einige Fragen, dann verabschiedete man ein kurzes Kommuniqué und fuhr wieder heim.

Mende berichtete sehr ausführlich über seine außenpolitischen Darlegungen im Bundeskanzleramt. Am Freitagabend, auf dem Jahresempfang der *Dimitag*, will er dann zum Kanzler wie folgt gesprochen haben: „Die Loyalität Ihnen gegenüber habe ich in einem Ausmaß geübt, daß ich Schwierigkeiten mit meiner eigenen Partei hatte. Was Sie getan haben, ist unendlich unanständig.“ Mende erregte sich sehr, als er dann über seine Arbeit als Minister Rechenschaft ablegte. „Es geht nicht um meine Person; es geht darum, ob Sie der FDP eine Mitwirkung an der Deutschlandpolitik zugestehen wollen, – ob sie einen Partner wollen oder einen Satelliten“, das habe er Erhard am Donnerstag in der Koalitionsrunde gesagt.

Während des Mende-Berichtes gingen Friderichs, Genscher und Brodessa im Park spazieren, um die Lage zu beraten. Die war – wie Weyer bei seinem Eintreffen kurz nach 12 Uhr mitteilte, „unverändert“. W. wußte von einem neuen Vorschlag zur Lösung der Verhandlungskrise zu berichten. Die FDP bekommt wieder das Gesamtdeutsche Ministerium, dafür wird Strauß Mitglied des Bundeskabinetts. Diese geniale Idee stammt von Gerstenmaier, der seinen Vorschlag mit der CDU nicht abgestimmt haben will. Der Bundestagspräsident habe erläuternd hinzugefügt: „Zweimal haben Sie das Opfer (den Verzicht auf Strauß im Kabinett – d. Verf.) von uns verlangt – einmal vor zwei Jahren; das haben wir erfüllt.“ Was denn unsere Alternative sei? Darauf habe Weyer geantwortet: die Alternative sei das Außenministerium für Mende, das Minimum das Gesamtdeutsche Ministerium. Am Montagabend um 18 Uhr werde man die Verhandlungen fortsetzen. Weyer: „Ich werte unsere Chancen absolut als real, wenn Sie uns die Vollmacht geben, die Verhandlungen loyal, aber

absolut hart in der Sache zu führen.“ Dazu waren die Parteifreunde im Hauptausschuß bereit. Ohne Aussprache wurde einstimmig ein Communiqué verabschiedet, in der das Gremium der Verhandlungskommission Vertrauen aussprach. Die Versammlung wurde von Mende mit der Feststellung ins Wochenende entlassen, daß jegliche Weitergabe von Einzelheiten dieser Sitzung an die Presse als parteischädigend zu werten sei. Ob das was nützt?

Samstag, den 23. Oktober 1965

Zwei Tage vor dem Termin der Kanzlerwahl wurde man sich doch noch einig: Mende und Schröder behalten ihre Ressorts, Strauß bleibt vor der Tür. Barzel rächte sich für diese Erhard-Kapitulation vor den Freien Demokraten mit Äußerungen über Mende, die wohl neuen Argwohn unter Mitgliedern und Wählern der FDP gegen deren Vorsitzenden säen sollen²³. Dabei ist die angebliche „Kursschwenkung“ Mendes in der Deutschland-Politik nur ein billiger Trick des Rainer B.; denn all das, was der CDU-Politiker als Beweisstücke für des Vizekanzlers neuesten Umfall präsentiert, sind Positionen, die unser Chef schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen in aller Öffentlichkeit vertreten hat.

Donnerstag, den 28. Oktober 1965

Die an die Bundesregierung gerichtete Forderung der Parteikorrespondenz nach mehr Mut, Phantasie und Entschlossenheit beim Ausbau unserer Osteuropa-Beziehungen hat – Pressemeldungen zufolge – bei der CDU/CSU erwartungsgemäß Verstimmung ausgelöst. Die Behauptung allerdings, daß damit Koalitionsvereinbarungen verletzt wurden, ist absurd. Denn Mut und Phantasie wurden selbst durch Strauß und Genossen für diese Regierung noch nicht auf den Index gesetzt. Eher ist denkbar, daß sich die Christdemokraten fuchsen, weil die FDP damit die von ihnen ausgestreuten Parolen vom völligen Einschwenken Mendes auf den CSU-Kurs unterläuft. Das war zwar nicht das Hauptmotiv meines Artikels, doch wäre eine solche „Nebenwirkung“ schon zu begrüßen.

Am Dienstagnachmittag unterrichtete Kühlmann die Fraktion über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen. Mißmut war spürbar, weil es unserer Delegation nicht gelang, das Wissenschaftsministerium für die FDP zu vereinnahmen, und Bucher auf den Wohnungsbau abgeschoben

²³ Barzel behauptete, Mende habe in der Deutschland-Politik eine Kursschwenkung vollzogen und sich dafür ausgesprochen, die bisherige Außenpolitik fortzusetzen, die menschlichen Begegnungen in Deutschland zu erleichtern, das „Zonenregime“ nicht anzuerkennen und gesamtdeutsche technische Kommissionen nur im Auftrage der Vier Siegermächte zu installieren. Das unterscheide sich wesentlich von den Äußerungen Mendes auf dem Frankfurter Parteitag, eine Feststellung, der nur bezüglich des letzten Punktes zuzustimmen ist.

wurde²⁴. Dort wird er sich schwer tun, weil, wie Emde bemerkte, die Kürzungsvorschläge des Finanzministers zu Lasten dieses Ministeriums gingen. Auch Starke und Mende kritisierten dieses Verhandlungsergebnis. Zoglmann paßte sich – wie schon oft – dieser Stimmung an, polemisierte gegen Erhard und empfahl „Gespräche nach allen Seiten“. Resumierte Schultz: „Hoffentlich war keiner so naiv zu glauben, daß diese Koalition einfacher wird als die vorherige!“ Antwort von Dorn: „Nein – schwerer!“ Damit dürfte er wohl recht behalten.

Donnerstag, den 4. November 1965

Mein gestriger Kommentar zu Couves Moskau-Reise hat Mende alarmiert: Er rief heute an und bat um mehr Zurückhaltung bei der Beurteilung der französischen Deutschlandpolitik. Man dürfe nicht übersehen, daß Couve in Moskau am Selbstbestimmungsrecht festgehalten und ihm, Mende, bei ihrem letzten Gespräch versichert habe, daß die französische Regierung für neue Passierscheinverhandlungen wäre.

Doch ändert das freilich nichts an der Tatsache, daß im Moskauer Kommuniqué die deutsche Frage ausgeklammert wurde und sich die beiden Staaten in zwei, die Bundesrepublik Deutschland direkt berührenden Fragen längst einig sind: bezüglich der Regelung der deutschen Ostgrenzen und der Absicht, den Deutschen ein für allemal den Weg zu den nuklearen Waffen zu versperren. Doch das verdrängt man in Bonn.

Montag, den 8. November 1965

Jetzt wird der Wahlkampf aufgearbeitet und F. J. Strauß „weißgewaschen“. Mende berichtete heute morgen im „Team“ über sein Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden am vergangenen Freitag. Strauß habe von M. wissen wollen, wer die gegen ihn gerichteten Sätze in unserer Wahlillustrierten formuliert habe. Mendes Antwort: das sei heute nicht mehr festzustellen. Daraufhin habe man sich geeinigt, die beiderseitigen Anwälte zu bitten, die weiteren Prozeßtermine zu verschieben. Auch Augstein habe – so unser Vorsitzender – die Absicht, mit Strauß einen Waffenstillstand zu schließen. Im übrigen sei ja Adenauer der große Hintermann in der *Spiegel*-Affäre; auch habe es Veranlassung gegeben, seinerzeit Stammberger nicht zu informieren.

Strauß habe im Gespräch mit Mende sein Mißtrauen gegen die USA ausführlich begründet. Und um die Wiederannäherung komplett zu machen: eine Zusammenkunft zwischen den Führungen der beiden Parteien

²⁴ Die FDP hatte Bucher als Nachfolger für den krankheitshalber ausgeschiedenen Wissenschaftsminister Hans Lenz vorgeschlagen. Erhard entschied sich jedoch für seinen Parteifreund Gerhard Stoltenberg. Bucher mußte sich mit dem Wohnungsbau-Ministerium begnügen, aus dem zuvor noch schnell die Raumordnung ausgegliedert und dem Innenministerium zugeschlagen worden war, das nun der Vorgänger Buchers, Paul Lücke, übernommen hatte.

(FDP und CSU) zur Beratung sozialpolitischer Fragen wurde inzwischen vereinbart.

Unerwartet wurde mir dieser Tage Lob von französischer Seite zuteil. Mein Kommentar vom vergangenen Freitag zur erneuten Kandidatur de Gaulles für das Präsidentenamt hat auf Schloß Ernich offenbar gefallen. Der französische Gesandte bedankte sich jedenfalls Sonntag auf dem Empfang der sowjetischen Botschaft zum Jahrestag der Oktoberrevolution bei Mende dafür, daß die fdk an des Präsidenten Ausführungen zur Deutschlandpolitik auf seiner berühmten Pressekonferenz vom 25. März 1959 erinnert habe. Natürlich geschah das nicht ohne Hintergedanken: Denn diese Äußerungen des Generals passen fabelhaft in mein deutschlandpolitisches Konzept²⁵.

Mittwoch, den 10. November 1965

Am Vormittag gab Erhard seine Regierungserklärung. Sie war ein solches „Ballungszentrum“ an Gemeinplätzen, daß es die Journalisten von der Pressetribüne in die Büros trieb. Nur Mende, auf der Regierungsbank sitzend, machte ein interessiertes Gesicht, während Schröder, mit dem neben ihm sitzenden Lücke tuschelnd, wiederholt mokant lächelte.

Gestern hatten wir unseren Kanzler in der Fraktion: er mußte dort sein Sparprogramm verteidigen, mit dem die Bundesregierung ihre Wahlgeschenke wieder einsammeln will²⁶. Die Parteifreunde nahmen Erhard mächtig in die Zange, vor allem Emde und Friderichs. Moersch tadelte mit Recht die schlechte Informationspolitik der Bundesregierung. Erhard blieb dennoch seinem Naturell (und wohl auch intellektuellen Fähigkeiten) entsprechend sehr allgemein und beschränkte sich auf Beschwörungen²⁷.

²⁵ De Gaulle erklärte am 25. 3. 1959: „Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Freiheit und Frieden zu integrieren. Bis zur Erreichung dieses Ideals glauben wir, daß die beiden getrennten Teile des deutschen Volkes ihre Bindungen und Beziehungen auf allen praktischen Gebieten vervielfachen sollten. Das Verkehrswesen, die Post, die wirtschaftliche Tätigkeit, die Künste, die Wissenschaft, die Literatur, der Personenverkehr etc. sollten den Gegenstand spezieller Vorkehrungen bilden, welche die Deutschen im Innern einander annähern würden zum Vorteil dessen, was ich die ‚deutsche Sache‘ nennen möchte und die den Deutschen trotz allem gemeinsam ist, ungeachtet der Differenzen des Regimes und der Bedingungen.“ (Zitat aus fdk vom 5. 11. 1965).

²⁶ Es ging um die geplante Anhebung der Bundesbahntarife sowie um die Anhebung von Sekt- und Branntweinsteuer.

²⁷ In seinem Notizbuch schrieb Schollwer folgende Äußerungen Erhards mit: „Wir haben alle im Sommer des Guten etwas zu viel getan... Protestwelle ist ohne-

Es wurde allerdings klar, daß Mende die negative Auffassung der Fraktion über Erhards Haushaltskurs nicht teilt. Denn bevor der Kanzler sich im Fraktionssaal einfand, tadelte der Vorsitzende mit Schärfe die Haltung der Fraktion gegenüber dem Sparprogramm der Bundesregierung. Unter ständigem Widerspruch vor allem der Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen sprach Mende in diesem Zusammenhang von einer „verheerenden Presse“ (für die er offenbar die FDP-Fraktion verantwortlich macht, nicht aber den Kanzler) und forderte eine klare Stellungnahme, die – von Genscher formuliert – etwa eine Stunde vor dem Eintreffen Erhards herausgegeben wurde. Sie dürfte jedoch kaum den Vorstellungen Mendes entsprechen, trotz (oder wegen?) ihrer zurückhaltenden Formulierungen.

Es folgte die Vorstandswahl. Kühlmann wurde mit relativ vielen Enthaltungen wieder gewählt; anstelle von Schultz wurde der gegen ihn kandidierende Starke stellvertretender Vorsitzender. Mischnick und Zoglmann bleiben auf ihren Plätzen, wobei M. allerdings wesentlich besser abschnitt als Scheels Favorit. Genscher löste Emde im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers ab – das dürfte der Fraktion zugute kommen.

Am Abend debattierte man die Regierungserklärung Erhards bzw. das, was Mende darüber berichtete. Und das war recht dürftig. M.: „Erhard hat uns einen Grundriß gegeben“, ein Manuskript der Erklärung besitze er jedoch nicht. Der Vorsitzende gab dennoch eine eingehende Darstellung der Bla-bla-Einleitung zu Erhards Regierungsprogramm. Auf den Einspruch der FDP-Minister hin hat der Kanzler den alten Unfug von der „formierten Gesellschaft“ wieder aus seinem Konzept gestrichen²⁸. Was sonst über dieses Dokument zu hören war, ist kaum der Rede wert, abgesehen vielleicht von ein paar Sentenzen über die Ost- und Deutschlandpolitik, über die sich vor allem Bucher sehr befriedigt äußerte, während Dehler das Verfahren bei der Abfassung dieser Regierungserklärung heftig kritisierte. Auf die Frage Ertls, ob denn die Kabinettsmitglieder der FDP

Fortsetzung Fußnote von Seite 292

hin vorüber, jetzt kommt die Zustimmungswelle... Das deutsche Volk will ordentlich geführt werden.“ Die FDP solle besorgt sein, „daß diese Koalition steht, weil sonst die Gefahren zu groß sind.“

Am Tage zuvor war übrigens ein Artikel bekanntgeworden, der am 13. 11. im *Bayern-Kurier* erscheinen sollte, in dem Erhard bescheinigt wurde, in vielen Fragen der Außenpolitik „naiv“ zu sein, und in dem es weiter hieß: Es sei ein Witz, daß ausgerechnet die „Regierung eines Honorarprofessors für Gegenwartsfragen der Wirtschaftspolitik“ mit einem noch nie dagewesenen Sparprogramm beginnen müsse (ADG, S. 12231).

²⁸ Diese Angabe Mendes war unzutreffend. Erhard erwähnte doch wieder seine „formierte Gesellschaft“, die – wie der Kanzler hinzufügte, „keine Utopie“ sei, allerdings eine „informierte Gesellschaft“ voraussetze, was von der SPD mit Beifall und Gelächter quittiert wurde. Schollwer hatte in der fdk vom 11. 11. 1965 verhalten Kritik an der Regierungserklärung Erhards geübt und gefordert, „echte Schwerpunkte“ zu bilden.

mit dieser Erklärung einverstanden seien, meinte Scheel diplomatisch: „Es war nicht möglich, die Regierungserklärung in der kurzen Zeit auch nur durchzulesen“²⁹. Erhards vielgepriesenes Kollegialprinzip ...

In der heutigen Presse wird mein gestriger fdk-Artikel von einigen Kollegen in einen Gegensatz zu Mende-Äußerungen vom Sonntag auf dem Sowjetempfang gebracht. Damit werde ich – groteskerweise – praktisch in eine Front mit Herrn Barzel gebracht, der Mendes angeblichen Optimismus in der Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen tadelte³⁰. Das mag die Union freuen, zumal es ein wenig von deren parteiinternen Differenzen über die Ostpolitik ablenkt. In einem Brief an Reiser habe ich versucht, den falschen Eindruck über Gegensätze bei uns zu korrigieren.

Montag, den 15. November 1965

Im morgendlichen „Team“ berichtete Mende über den Stand der Passierscheinverhandlungen: man werde sich voraussichtlich über eine Verlängerung des Abkommens (über den 31. 12. hinaus) sowie die ständige Öffnung der Härtestelle einigen. Dann folgte eine Diskussion der EKD-Denkschrift³¹. Genscher meinte, nach polnischer Auffassung sei die Bundesrepublik für die Grenzfrage gar nicht zuständig, da Warschau das Alleinvertretungsrecht der BRD verneine. Beide begrüßten aber grundsätzlich die von der Denkschrift in Gang gebrachte Diskussion.

Donnerstag, den 18. November 1965

Am Vormittag trug ich im Außenpolitischen Arbeitskreis meine Vorschläge für den außenpolitischen Teil der Kühnmann-Rede am 29. 11. (Aussprache zur Regierungserklärung) vor. Dehler bemängelte, daß ich mich dabei zu sehr an dem Text der Regierungserklärung orientiert hätte. Auch schmeckt ihm die Formulierung nicht, daß ohne Zustimmung der

²⁹ Dazu *Der Spiegel* Nr. 47 vom 17. 11. 1965: „Nur 25 Minuten ließ der Kanzler seinen 21 Ministern auf einer Sondersitzung am Montag Zeit, den Marschbefehl für die nächsten vier Jahre zu studieren. Danach wurden die numerierten Exemplare von Hohmann wieder eingesammelt.“ („Erhard-Programm – Da schweigen alle Flöten“).

³⁰ „In deutlichem Gegensatz zum Parteivorsitzenden Mende vertrat der Pressedienst der Freien Demokraten die Ansicht, das zwischen Moskau und Bonn herrschende Klima sei eisig. Mende hatte dagegen, wie berichtet, auf einem Empfang des sowjetischen Botschafters Smirnow erklärt, er hoffe auf eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen...“

³¹ Am 14. 10. 1965 hatte die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) eine am 1. Oktober von der Kammer für öffentliche Verantwortung verabschiedete Denkschrift unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ veröffentlicht. Im Kapitel IV („Völkerrechtliche Fragen“) der Denkschrift wird festgestellt, „daß das Erbe einer bösen Vergangenheit dem Deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auferlegt, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Erhaltung bedarf.“ (*Dokumentation*, III, Seite 724).

Länder Ost- und Südosteuropas „eine Wiedervereinigung Deutschlands undenkbar“ sei: Eine solche Prämisse solle man nicht aufstellen, es sei nicht gut, auf „Hemmungen“ hinzuweisen. Eine von mir zum Entwurf gesondert hinzugefügte und nur mündlich vorgetragene Formulierung zur Denkschrift der EKD stieß bei Genscher auf Widerspruch, der dieses Thema nicht behandelt wissen will³². Achenbach, der von einer allgemeinen Enttäuschung über die Regierungserklärung überall im Lande berichtete, wandte sich gegen meine These, daß kleine Schritte in der Deutschlandpolitik die Bedingungen für eine Wiedervereinigung verbessern könnten; das „Volk drängt heute auf Wiedervereinigung“, darum müsse die FDP eine „Lösung präsentieren“. Nur Moersch sprang mir einmal bei. Er sprach sich entschieden dagegen aus, im Kühlmann-Referat Fernziele anzusprechen, plädierte dafür, die Denkschrift zu erwähnen, und schlug vor, darzustellen, daß die Politik des Außenministers und die FDP nicht identisch seien.

Dienstag, den 23. November 1965

Die Fraktionsmehrheit macht um die EKD-Denkschrift einen Bogen wie die Katze um den heißen Brei. Nur Diemer, Moersch, Borm und mit Einschränkungen auch Bucher und Rutschke beurteilen dieses Dokument positiv. Moersch sprach sich heute sogar mehrfach dezidiert dafür aus, Kühlmann solle in der Bundestagsdebatte am kommenden Montag dieses Thema in dem von mir vorgeschlagenen Sinne anschneiden. Als ich daraufhin gebeten wurde, meine Formulierung noch einmal vorzutragen, meinten Haas, Hamm und andere, das sei „viel zu positiv“, und überhaupt solle man dieses Thema besser nicht erwähnen.

Mende meinte zunächst, eine Erwähnung des EKD-Papiers sei „zumindest in der ersten Runde“ der Debatte „überflüssig“. Im übrigen habe der Engere Vorstand beschlossen, parteiamtlich Zurückhaltung gegenüber der Denkschrift zu üben. Dann aber gab er selbst jede Zurückhaltung auf und erklärte: „Ich warne davor, die Denkschrift in der Debatte zu erwähnen – das ist Professor Raiser nicht wert!“

³² Dieser Entwurf hatte folgenden Wortlaut: „(Die Denkschrift) ermöglicht eine breite und sachliche Diskussion eines der Kernprobleme deutscher Wiedervereinigungspolitik, des künftigen Schicksals der deutschen Ostgebiete. Wir freuen uns darauf, schon in naher Zukunft mit den Vertretern der Evangelischen Kirche die in der Denkschrift angeschnittenen Probleme in aller Offenheit erörtern zu können. Dabei werden wir sicherlich nicht in allen Punkten übereinstimmen können; insbesondere vertritt die FDP hinsichtlich einiger völkerrechtlicher Fragen einen anderen Standpunkt als die EKD. Den Grundgedanken dieser Schrift jedoch, die Versöhnung mit dem polnischen Volke, bejahen die Freien Demokraten uneingeschränkt.“ Genschers Wunsch entsprechend ging von Kühlmann in seiner Rede am 29. 11. mit keinem Wort auf die Denkschrift ein.

Ein Trauerspiel sind offenbar auch die gegenwärtig laufenden Passierscheinverhandlungen. Nach Mendes Angaben hätten bisher 22 Gespräche zu keiner Bereitschaft des Zonenregimes geführt, seine bisherige Haltung zu ändern, abgesehen von einer bescheidenen Verbesserung der Verlängerung des Abkommens bis zum 31. März 1966. Das Gesamtdeutsche Ministerium, das Auswärtige Amt, Krone und Höcherl und der Berliner Senat plädierten dennoch für Annahme; dagegen hätten sich Westrick – und sehr scharf – auch Gradl (!) ausgesprochen.

Während Mende vor der Fraktion den Eindruck zu vermitteln suchte, letzten Endes werde das Kabinett wohl doch einem neuen Abkommen auf der bisher ausgehandelten Grundlage zustimmen, hatte uns Brodesser gestern – in Abwesenheit von Mende – in der traditionellen Montagsrunde berichtet, eine Billigung neuer Passierscheinabkommen sei durch das Kabinett *nicht* zu erwarten. Eine entsprechende Äußerung Staatssekretär Krautwigs in der letzten Kabinettsitzung sei unwidersprochen geblieben (!). Mende hatte allerdings an dieser Sitzung nicht teilgenommen.

Am Rande der Fraktionssitzung berichtete mir Friderichs noch folgendes: Mende habe im Engeren Vorstand zu erkennen gegeben, es nicht zu wagen, mich, wie ursprünglich geplant, zu seinem Pressereferenten zu machen; er fürchte Attacken der CDU/CSU wegen meiner Denkschrift. Friderichs habe Mende heftig widersprochen und erklärt, es sei unmöglich, einem Mitarbeiter bei seiner beruflichen Karriere nur deshalb Steine in den Weg zu legen, weil er seine Gedanken einmal niedergeschrieben habe und dann Opfer einer Indiskretion geworden sei.

Donnerstag, den 25. November 1965

Gottlob hat das Kabinett nun doch noch dem aussichtslosen Gezerre um ein neues Passierscheinabkommen ein Ende gemacht und das akzeptiert, was heute zu haben ist und – wie Wehner zurecht betonte – auch im August schon zu haben gewesen wäre. Vernunft siegte über kleinkariertes, prestigebewußtes Denken, die Alles-oder-Nichts-Politiker in Regierung und Koalition setzten sich diesmal nicht durch. Aber sie rächen sich nun mit perfiden Kommentaren und Berichten in *Welt* und *FAZ*.

Sonntag, den 5. Dezember 1965

Auf einer anderthalbtägigen außenpolitischen Arbeitstagung der deutschen LWU-Gruppe wurden Papiere erarbeitet, die uns einen Schritt voran bringen könnten. Insbesondere die Stellungnahme zur Ost- und Deutschlandpolitik schafft mit ihren vorwärtsweisenden Formulierungen m. E. genügend Raum für Entwicklungen, wie sie in den Papieren von Oellers und mir empfohlen werden³³. Das ist umso bemerkenswerter, als

³³ Hinsichtlich der aktuellen Deutschlandpolitik einigte sich die Arbeitstagung auf folgende Grundsätze:

die Diskussion am Samstagnachmittag nach dem Kurzvortrag von Oellers ernste Zweifel an einer Verständigung der Versammlung über realistische Thesen aufkommen ließ. Denn was da ein Legationsrat des Auswärtigen Amtes oder unser Exparteifreund Schäfer zur Deutschlandpolitik vortrugen, waren Argumente, die man sonst eher aus der CDU-Ecke zu hören bekommt. Doch andere, vor allem Baum, Rosenfeld und Schumacher, verteidigten zusammen mit Oellers und mir nachdrücklich eine neue Ost- und Deutschlandpolitik. Man trug mir schließlich die Formulierung einer abschließenden Stellungnahme auf, die nach vorangegangenen Beratungen mit Oellers und Rosenfeld sowie der Diskussion am heutigen Vormittag fast einstimmig verabschiedet wurde.

Die polnischen Bischöfe haben – wie zu Beginn der vergangenen Woche bekannt wurde – an ihre deutschen Amtsbrüder in der Bundesrepublik eine bewegende Versöhnungsbotschaft gerichtet³⁴. Man muß dieses Dokument offenbar auch als eine indirekte Antwort der polnischen Katholiken auf die viel diskutierte Denkschrift der EKD werten. Der Sprecher der Bundesregierung gab heute bekannt, das Erhard-Kabinett werde „aus wohlverwogenen Gründen“ weder zur EKD-Denkschrift noch zu dem von ihr sehr begrüßten Botschaftenaustausch zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat Stellung nehmen. Neben SPD und FDP hat sich – wenn ich das richtig sehe – bisher nur Ernst Lemmer von der CDU zum Versöhnungsangebot positiv geäußert, während sein Parteifreund Barzel in der ihm eigenen und gerade in diesem Zusammenhang besonders unangemessenen Arroganz den Polen eine schulmeisterliche Lektion über Wohlverhalten erteilte³⁵.

Fortsetzung Fußnote von Seite 296

- das supranationale Denken nicht nur nach dem Westen hin, sondern auch gegenüber dem Osten zu praktizieren;
- die Tatsache des Verlustes der deutschen Ostgebiete zum Ausgangspunkt einer neuen Ostpolitik zu machen;
- die Westmächte auf die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die wirtschaftliche Verklammerung des geteilten Deutschland hinzuweisen;
- die Kontakte mit Osteuropa und der DDR zu verstärken und dabei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sowie die Bildung gesamtdeutscher technischer Kommissionen voranzutreiben.

(Rundbrief 5/65 der Deutschen Gruppe der LWU vom Dezember 1965).

³⁴ In einem vom 18. 11. datierten Schreiben hatte der polnische Episkopat die deutschen Bischöfe zur Mitfeier des Millenniums der Christianisierung Polens nach Tschenstochau im Jahre 1966 eingeladen und gleichzeitig seine Ansichten zum Verhältnis Deutschland-Polen dargelegt. (Dokumentation zur Deutschlandfrage, hrsg. v. H. Ziegler, Hauptband IV, Bonn, Wien, Zürich 1965, S. 3 f.)

³⁵ CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Barzel hatte in der Aussprache über die Regierungserklärung am 29. November im Deutschen Bundestag „mit Freimut und in aller Ruhe“ die Polen belehrt, „unter guten Nachbarn darf nichts dem Grunde nach strittig sein.“ Man kenne das Leid, „welches die Sowjetunion durch Vertreibung und neue Grenzen unserem Nachbarn Polen zufügte.“ Aber: „Unser Freund kann nicht sein, wer ja sagt zur Mauer in Berlin. Unser Freund kann nicht sein, wer

Montag, den 6. Dezember 1965

Heute morgen kam es im Team zu einer kurzen, aber heftigen Auseinandersetzung zwischen Marx und Friderichs. F. hatte – in Abwesenheit von Mende – verkündet, man müsse aufgrund jüngster demoskopischer Untersuchungen jetzt Überlegungen über neue Prioritäten und Schwerpunkte in der FDP-Politik nachdenken. Nach seiner Auffassung sollte die Bildungspolitik und nicht mehr die Deutschlandpolitik künftig Thema Nummer eins sein. Als Marx sofort heftig konterte, hüllte sich Friderichs während der weiteren Diskussion ostentativ in Schweigen. Ob diese Idee noch andere als demoskopische Hintergründe hat, war nicht zu erfahren. Vielleicht kommt der Tip sogar von Mende, der neue koalitionsinterne Konflikte über die Deutschlandpolitik fürchtet?

Sonntag, den 12. Dezember 1965

Ein „Flirt mit Peking“ zur Erpressung Moskaus sei eine Illusion; es sei auch nicht zu empfehlen, sich in den innerkommunistischen Konflikt einzuschalten. Dagegen sei eine differenzierte Behandlung kommunistischer Staaten und Kräfte möglich: man könne deren Reformfreudigkeit und Unabhängigkeitsstreben ermuntern. Dabei solle insbesondere Jugoslawien berücksichtigt werden.

Diese Sentenzen stammen von Wolfgang Leonhard, der am Freitagabend vor den Teilnehmern eines geschlossenen Seminars für die Mitglieder des LDP-Bundesbeirates in Ingelheim über Entwicklungen des Weltkommunismus seit 1956 referierte. L. wandte sich gegen eine Überschätzung juristischer Probleme in der internationalen Politik und gegen die Ansicht, man dürfe die DDR „niemals“ anerkennen. Gegenwärtig allerdings riet er von einem solchen Schritt ab.

Über angeblich verpaßte Chancen in der Deutschlandpolitik äußerte sich Leonhard so: Die März-Note Stalins (1952) sei nicht „seriös“ gewesen, dafür aber hätten im April 1953 sowie im Januar 1955 Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung bestanden. Seit sechs Monaten gäbe es erneut solche Chancen.

Die anderen Referenten trugen zumeist mehr oder weniger Bekanntes vor. Bis auf Wenger, der bei seinen Betrachtungen über „Möglichkeiten

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

gegen die Selbstbestimmung aller Deutschen und für die Fremdherrschaft der Sowjetunion in einem Teil Deutschlands ist.“ Wer Grenzprobleme in Ordnung bringen wolle, „muß zunächst einmal mithelfen, in Europa eine Ordnung zu schaffen, welche die Lösung auch von Grenzproblemen dauerhaft zu tragen vermag. Auf Spaltung und Unordnung kann man keine Ordnung von Grenzen aufrichten.“ Im übrigen: „Auch nach internationalem Recht besteht Deutschland juristisch in den Grenzen von 1937 fort.“

und Grenzen einer neuen deutschen Ostpolitik“ am heutigen Vormittag ein Konzept vortrug, das eine kuriose Mischung von erfreulich realistischen Positionen, antiamerikanischen Emotionen und politischen Utopien darstellte; der Gaullismus schaute dabei gewissermaßen aus allen Knopflöchern. In der anschließenden Podiumsdiskussion (Mischnick, Wenger, Schollwer) stritt ich mich eine Weile mit M. über die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen deutschlandpolitischen Taktik unserer Partei herum. Mischnick war von meiner Behauptung, die FDP ordne hier mehr und mehr politische Notwendigkeiten wahltaktischen Überlegungen unter, offensichtlich etwas peinlich berührt.

Die Diskussion mit dem Plenum erbrachte kaum neue Einsichten. Auch in diesem Kreis viel Unsicherheit und Zweifel bezüglich der gegenwärtigen Deutschland- und Ostpolitik von Bundesregierung und Parteien; aber auch wohl noch ebensoviele im Hinblick auf den Nutzen eines Kurswechsels.

Gestern mit Eggers, Walper und Willner für einen halben Tag in Brüssel. Auf einem Informationsabend des Liberalen Kreises sprach Sicco Mansholt über die prekäre Lage in der Gemeinschaft. M. führte die von de Gaulle provozierte jüngste EWG-Krise auf Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen von Mehrheitsentscheidungen bzw. Einstimmigkeit im Ministerrat zurück. Der Vizepräsident der EWG-Kommission bezeichnete es als für das Weiterbestehen der Gemeinschaft entscheidend, daß die Fünf unverbrüchlich am Vertrag festhalten. Er glaube nicht, daß auch nur einer der Fünf sich den Wünschen de Gaulles unterordnen werde, deshalb werde auch die Politik des französischen Präsidenten scheitern. Sollte sich jedoch Frankreich tatsächlich aus der Gemeinschaft zurückziehen, so hätten die Fünf die Aufgabe, die „Legalität der Verträge“, die „Legitimität der Arbeit“ aufrechtzuerhalten; das allerdings nur für eine gewisse Zeit, denn die EWG bleibe natürlich eine Sechsergemeinschaft, an der Frankreich eines Tages wieder teilnehmen werde. Im für de Gaulle peinlichen Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen könne man bereits eine Bestätigung dieser These sehen³⁶.

Sonntag, den 19. Dezember 1965

Jahreskehraus mit zwei Vorträgen über kleine und mittlere Schritte in der Deutschlandpolitik in Aachen und Karlsruhe. Ob Burschenschaftler oder Liberale Studenten – die akademische Jugend ist für neue Ideen zum Thema deutsche Frage sehr aufgeschlossen. Aber in Bonn wurschtelt man in der alten, unproduktiven Weise fort.

³⁶ Bei der ersten Direktwahl des französischen Präsidenten seit 1848 am 5. 12. 1965 erhielt de Gaulle nur 44 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf den Kandidaten der Linken, Mitterand, entfielen 32 Prozent.

Mittwoch, den 22. Dezember 1965

Am Montag soll dem Vernehmen nach der Engere Vorstand eine Neuorganisation der Bundesgeschäftsstelle beschlossen haben. Im Bonner Talweg zeigen sich viele Kollegen beunruhigt, zumal bis jetzt noch nichts über die Beschlüsse durchgesickert ist. Mit den Mitarbeitern sind mögliche organisatorische oder personelle Veränderungen zuvor nicht besprochen worden.

Am Montagabend, auf einem Cocktail-Empfang von Monsieur Delaye, war die französische Präsidentenwahl bevorzugtes Gesprächsthema. Der Gastgeber meinte, wir Deutschen hätten die Neigung, zuviel zu analysieren; und fügte dann mit leichter Ironie – zu mir gewandt – hinzu: „Wollen Sie nicht einmal eine Analyse der französischen Präsidentenwahlen machen?“ Ich ließ diese Möglichkeit immerhin offen.

Freitag, den 31. Dezember 1965

So mies wie das Wetter im Jahr 1965, war auch die Politik. Nur wenige dürften in der Lage sein, die Vielzahl der Krisen zu überblicken, die unsere Welt 1965 erschütterten. Die Bundesrepublik bildete – so schien es jedenfalls – in diesen Turbulenzen ringsum eine Oase der Ruhe. Weder die verkorkste Politik des Erhard-Kabinetts noch die Abdankung der SPD als Oppositionspartei brachte – wie man am 19. September feststellen konnte – Bewegung in die Wählermassen. Wann wohl wird der Bundesbürger aus seinem Wohlstands-Dauerschlaf erwachen?

Es kann sein, daß 1966 bereits das große Wecken beginnt. Denn die Vorgänge in Frankreich, die Krisenerscheinungen in der EWG und NATO, das offenbar unaufhaltsam wachsende Engagement der Amerikaner im südostasiatischen Krieg, oder die steigenden Preise und die schleichende Geldentwertung im Innern könnten auch die innenpolitische Szene in Bewegung bringen. Die jungen Menschen – ich konnte es bei meinen vielen Vortragsveranstaltungen feststellen – haben zudem das Wortgeklänge der Politiker aller Parteien satt, insbesondere auf dem Gebiete der Deutschland- und Ostpolitik. Sie wissen sehr gut, was viele der Macher in Bonn verdrängen: daß vorerst neue Deutschlandinitiativen des Westens nicht zu erwarten sind. Soweit Bundestag und Bundesregierung nicht selbst auf diesem Gebiete tätig werden, wird also auch 1966 in der Deutschlandpolitik keinerlei Fortschritt zu erwarten sein.

Doch ist die von Lübke erst dieser Tage wieder in Frage gestellte Koalition dazu imstande? Wird sich vor allem die FDP endlich zu einem Verzicht auf längst überholte, illusionäre Positionen in der Deutschland- und Ostpolitik durchringen? Und kann sie das mit einem zwischen Anpassung an die Erhard-Linie und Rebellion gegen den CDU-Kurs ständig hin- und herschwankenden Parteivorsitzenden an der Spitze?

Mende hat zum Jahresende in seinem teilweise ziemlich pessimistisch gestimmten Rundbrief an die Parteifreunde mit berechtigtem Stolz auf die Ergebnisse der Politik der kleinen Schritte hingewiesen. Doch nichts deutet in seinem Schreiben darauf hin, daß wir im kommenden Jahr unsere Deutschlandpolitik weiterentwickeln werden, wie es doch nottut.